

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 45 vom 12. November 1982

16. Jahrgang

1 DM

Lambsdorff fordert krasse Reallohnsenkung

Nein zu jedem neuen Lohnverzicht!

Die Bundesregierung mischt sich mit wachsender Dreistigkeit in die gegenwärtig anlaufende Lohnrunde 82/83 ein. Hatte Norbert Blüm bereits unmittelbar nach seiner Amtseinführung als Bundesarbeitsminister seine Forderung nach allgemeiner Lohnpause erhoben und war er darin von Kanzler Kohl unterstützt worden, so schaltete sich nun auch der Bundeswirtschaftsminister ein. Graf Lambsdorff ließ über die Medien verkünden, daß er die Tarifierhöhungen in dieser Lohnrunde auf 2 Prozent beschränkt wissen will.

Lambsdorff hat den Ball von Herrn Zimmermann, dem neuen Bundesinnenminister mit der berühmten Schwurhand, aufgefangen. Zimmermann will bekanntlich den Beamten per Gesetz ein halbes Jahr Lohnpause und eine anschließende Besoldungserhöhung von nur 2 Prozent aufzwingen. Nun hat die Silberkrücke übernommen: Eine Lohnpause auch für die gewerbliche Wirtschaft halte er für sinnvoll, allerdings sei dies wahrscheinlich nicht durchzusetzen; aber 2 Prozent als Richtmarke für die Tarifierhöhung sei auch hier eine realistische Zahl.

In dieser dreisten Art hat bislang noch keine Bundesregierung Lohnleitlinien ausgegeben! Und dann auch noch solch extrem arbeiterfeindliche! Von einer Beachtung der Tarifautonomie kann hier überhaupt keine Rede mehr sein. Die Gewerkschaften müssen jetzt mit ernsthaften Maßnahmen reagieren,

um deutlich zu machen, daß sie nicht mit sich Schlitten fahren lassen!

Zwei Prozent. Das ist eine Provokation! Bei einer anzunehmenden Preissteigerungsrate von mindestens 6 Prozent (aktuell 5 Prozent plus Mehrwertsteueranhebung ab Mitte '83) würde das einen Reallohnabbau ergeben, der den von diesem Jahr noch in den Schatten stellen würde. Damit würde die Massenkaufkraft um einen ganz massiven Schlag geschwächt. Die Folge könnte nur eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise sein. Damit würde der gegenwärtige verheerende Trend zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit noch verstärkt!

Wer behauptet, mit Lohnverzicht könne die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, „der hat entweder keine Ahnung oder er lügt“. So sagte es Ilse Brusius, Mitglied des DGB-Bundesvorstands, auf der Großkundgebung des DGB in Saarbrücken

vom vergangenen Samstag. Der Graf mit der Silberkrücke hat Ahnung.

Der Wirtschaftsgraf ist selbstverständlich auch darüber informiert, daß die Unternehmensgewinne im 1. Halbjahr 1982 — wie auch das „Handelsblatt“ am 4. November meldete — mit 113,5 Milliarden Mark eine wahrhaft astronomische Höhe erreicht und sogar um 8,5 Milliarden Mark höher lagen als ein Jahr zuvor. Und speziell das Großkapital sahnt noch märchenhafter ab! Nach einer Aufstellung der Deutschen Bundesbank, die letzte Woche im Wirtschaftsmagazin „Wirtschaftswoche“ veröffentlicht wurde, konnten die Großbanken ihr Betriebsergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr um sage und schreibe 85 Prozent erhöhen!

Ein weiterer Lohnverzicht durch Tarifabschlüsse, die hinter den Preissteigerungen zurückbleiben, darf von den Gewerkschaften auf keinen Fall hingenommen werden.

Wahlfarce in der Türkei

ANKARA. — Die Wahlfarce in der Türkei ist vorüber: das Land hat jetzt eine Verfassung. 92 Prozent der Wähler, so behauptet die offizielle Propaganda, haben sich für den von der faschistischen Militärregierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf entschieden, der Juntachef Evren zum allmächtigen Diktator macht.

Mit einer freien Wahl hatte das, was sich in der Türkei abspielte, nicht das geringste zu tun. Schließlich war es nicht einmal erlaubt, um den Verfassungsentwurf eine öffentliche Auseinandersetzung zu führen — jede Kritik daran wurde schlichtweg verboten, wer sich daran nicht hielt, der wurde ins Gefängnis geworfen. Die Bevölkerung wurde vor dem Wahlgang massiv unter Druck gesetzt. In der Türkei besteht Wahlpflicht; wer seinen Protest gegen die Farce durch einen Wahlboykott ausdrücken wollte, mußte schwere Strafen einkalkulieren. Wer sich des blauen „Nein“-Stimmzettels bediente, fiel sofort auf — die Farbe schimmerte deutlich sichtbar durch die Umschläge.

Die neue Verfassung erklärt

übrigens alle nationalen Minderheiten, wie etwa die Kurden, einfach für nicht existent. Zur Unterdrückung dieser Minderheiten wird das Regime neue blutige Anstrengungen unternehmen.

Aus westlichen Ländern wurden zwar Bedenken gegen die Verfassung geäußert, das wird aber nichts daran ändern, daß Staaten wie die USA und die Bundesrepublik die Wahl als Beweis für einen erfolgreichen „Demokratisierungsvorgang“ hinstellen und ihre Beziehungen zur Junta ausbauen werden. Nicht zuletzt im Interesse der NATO. Die USA kündigten bereits den Ausbau von Stützpunkten für die NATO und die US-eigene „Schnelle Eingreiftruppe“ in der Türkei an.

Hamburg, Bremen, Saarbrücken:

Fast 150 000 bei DGB-Demonstrationen

Auch an der dritten Runde der DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn beteiligten sich viele Zehntausend Menschen. In Bremen und Saarbrücken gingen jeweils mehr als 25 000 und in Hamburg gar über 90 000 auf die Straße. Insgesamt haben damit nahezu 600 000 Kolleginnen und Kollegen an den Protestaktionen teilgenommen.

In Hamburg beteiligten sich Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Küstenbereich an den mächtigen Protestmärschen. Besonders stark war die Beteiligung von Metallern aus den Großbetrieben, nicht zuletzt aus den Werften. Die brutalen Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge der Kapitalisten waren hier besonders häufig Gegenstand von Transparenten und Sprechparolen der Gewerkschafter.

In Saarbrücken waren ebenfalls die verheerende Massenarbeitslosigkeit und speziell auch die Kahlschlagstrategie des ARBED-Konzerns ein Hauptthema. Die Belegschaft der



Raketenalarm gab es am 2. November für die Bewohner von Waldprechtsweier: Ein Fahrzeug der US-Armee geriet außer Kontrolle, überrollte mehrere PKWs und tötete einen Menschen. Das Fahrzeug trug eine Rakete, vermutlich eine Pershing II. Dieser Typ soll eigentlich erst Ende nächsten Jahres in der Bundesrepublik stationiert werden, (wenn es nicht verhindert wird!). Entsprechende Meldungen wurden später „korrigiert“: es habe sich um eine Pershing I A gehandelt. Ob die Rakete einen Sprengkopf trug, konnte aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen der US-Truppen nicht geklärt werden. (Siehe Bericht auf Seite 8.)

60 Millionen Mark
Stillegungsprämie bereitgestellt

Zeche Erin droht Stillegung!

CASTROP-RAUXEL. — Die Zeche Erin in Castrop-Rauxel bei Dortmund soll 1983 oder 1984 stillgelegt werden. 3800 Kumpel sind auf Erin beschäftigt. Das Wirtschaftsministerium in Bonn bestätigte in der vergangenen Woche, daß aus Bundesmitteln 40 Millionen Mark für den Eschweiler Bergwerks-Verein (EBV) bereitgestellt wurden, die mit der Auflage verknüpft sind, daß Erin stillgelegt wird.

Weitere 20 Millionen Mark soll der EBV vom SPD-regierten Land Nordrhein-Westfalen als Stillegungsprämie erhalten. Der EBV ist ein Tochterunternehmen des luxemburgischen Stahlkonzerns ARBED, der die saarländische Stahlindustrie beherrscht und gegenwärtig auch dort einen radikalen Kahlschlag an den Arbeitsplätzen betreibt. ARBED hat für seine „Sanierung“ der saarländischen Stahlindustrie in den letzten Jahren bereits 2,2 Milliarden Mark an Bundes- und Landesmitteln kassiert.

Die Zeche Erin, auch mit „schwarze Perle an der Ruhr“

apostrophiert, fördert Koks- und Kohlebergbau zu bieten hat. Die Stillegung wird mit den hohen Förderkosten begründet. Man muß sie und ihre Prämierung durch Bonn und Düsseldorf mit 60 Millionen Mark jedoch auf dem Hintergrund der Strategie der Energiekonzerne und der Bonner Energiepolitiker sehen, die auf Verdrängung der Kohle durch Kernenergie abzielt.

Mit der Stillegung würde Castrop-Rauxel und dem Raum Dortmund ein weiterer schwerer Schlag versetzt. Bereits jetzt liegt die offizielle Arbeitslosenquote im Raum Dortmund bei 12,7 Prozent.

Diese Woche

Protest gegen Bafög-Kürzung

Schüler- und Studentenorganisationen rufen, unterstützt von der DGB-Jugend und der GEW, für den 4. Dezember zu einer zentralen Demonstration gegen die Bafög-Kürzungen nach Bonn auf. Seite 2.

Zeichensterben an Ruhr und Saar

An der Ruhr wachsen die Kohlenhalden — dort wie auch im Saargebiet stehen neue Zechenschließungen bevor. Hintergründe zur Kohlenkrise auf den Seiten 4 und 5.

Neues von Langemann

Hans Langemann, früher oberster Staatschützer in Bayern, plante zusammen mit einem früheren BKA-Mann den Aufbau einer Terrorgruppe. Seite 6.

Datenschutz am Ende?

Wie zu erwarten war, wollen der neue Innenminister Zimmermann und sein Staatssekretär Spranger den ohnehin völlig unzureichenden Datenschutz nun endgültig liquidieren. Seite 6.

Hunger in den USA

Zwei Jahre nach Reagans Machtantritt stecken die USA in ihrer tiefsten Krise seit den dreißiger Jahren. Unter den Opfern dieser Krise grassiert jetzt wieder der Hunger. Seite 11.



90 000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich in Hamburg an der DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Kommentar der Woche

In der VW-Stadt Wolfsburg traf kürzlich ein „Türkisch-deutscher Freundeskreis“ zusammen. Das mochte auf den ersten Blick wie eine lobenswerte Initiative gegen die Ausländerfeindlichkeit aussehen. Seltsam mutete allerdings an, daß sich dieser Kreis im Nobelhotel „Holiday Inn“ versammelte, und daß unter den Teilnehmern auch Volkswagen-Boß Hahn und Volkmar Köhler, der neue Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu finden waren.

Alle möglichen Mißverständnisse wurden denn auch schnell ausgeräumt: Was sich hier zusammengerottet hatte, waren Diplomaten der türkischen Militärjunta und deren deutsche Freunde. Man feierte die neue Verfassung, über die das Regime von Ankara am vergangenen Sonntag abstimmen ließ. Und der Bonner Staatssekretär lobte diese Verfassung als einen „Neuanfang zur Demokratie“.

Neue Verfassung in der Türkei

„Neuanfang zur Demokratie?“

Das wird man wohl in der nächsten Zeit noch oft zu hören bekommen. Gewiß, die Herren in Bonn hatten — auch als die noch Schmidt oder Matthöfer hießen — schon immer ein Herz für die Foltergeneräle. Aber problemlos ließ sich die Türkei-Hilfe dennoch nicht abwickeln. Da gab es heftige Proteste, und die Machthaber in diesem Land sahen sich bloßgestellt als Helfershelfer und Hintermänner eines faschistischen Blutregimes.

Hier hat General Evren mit seiner neuen Verfassung nun Abhilfe geschaffen. „Verfassung“ — das hört sich schon so richtig demokratisch an. Wenn dann die türkischen Generäle auch noch Wahlen „in Aussicht stellen“, kann das hierzulande als der endgültige Beweis dafür verkauft werden, daß sich die Türkei nun unwiderruflich auf dem Weg zur Demokratie befindet. Und da liegt es dann auch nahe, daß man ihr mit kräftiger Ankurbelung der Türkei-Hilfe diesen schwierigen Weg erleichtern muß.

Von den Inhalten der neuen Verfassung aber werden diejenigen, die nun ihre Unterstützung für die Junta als Beitrag zur Demokratisierung der Türkei verkaufen wollen, mit Sicherheit nicht sprechen. Denn schon ein flüchtiger Blick auf dieses Gesetzeswerk zeigt in aller Deutlichkeit, daß es nichts anderes bezweckt, als die faschistische Diktatur zu verewigen und ihr einen legalen Anstrich zu geben.

Die Generäle haben sich diese Verfassung auf den Leib schneiden lassen. An der Spitze des Staates steht künftig ein Präsident, der mit diktatorischer Machtfülle ausgestattet ist: Er ernennt den Regierungschef, die Minister, die höchsten Richter, die Universitätspräsidenten, den Gouverneur der Zentralbank, den Intendanten der Fernsehgesellschaft usw. Er kann nach Belieben den Notstand oder das Kriegsrecht verhängen, natürlich auch das Parlament auflösen.

Und dieser Präsident heißt Kenan Evren. Er ist nun für zunächst sieben Jahre „gewählt“ — dann wird man weiter sehen. Politische Parteien haben nach dieser Verfassung sowieso keine Chance. Wenn sie eine „Klassenherrschaft“ anstreben — und das gilt nach türkischem Sprachgebrauch selbst für reformistische Kräfte — werden sie kurzerhand verboten. In der Gewerkschaftsfrage ist General Evren offensichtlich bei General Jaruzelski in die Schule gegangen. Man will die Zulassung von Gewerkschaften großzügig gestatten, aber mit solchen Dingen wie Tarifverhandlungen, Löhne, Arbeitszeiten usw. sollen sie nicht belastet werden. Das alles wird nach der neuen Verfassung eine Schiedskommission rechtsverbindlich regeln. Und wer wird die einsetzen? Richtig: General Evren.

Bei näherem Hinsehen also entlarvt sich die angebliche Demokratisierung der Türkei als Farce, in deren Schatten die Generäle ihr blutiges Werk der vollständigen Ausrottung jeglicher Opposition fortsetzen können. Und genau das ist schließlich auch der Auftrag, den sie von ihren Hintermännern in NATO-Metropolen bekommen haben.

Die demokratischen Kräfte in der BRD dürfen sich von dem Manöver mit der Verfassung nicht täuschen lassen. Gerade jetzt, wo zu erwarten ist, daß Bonn auf grünes Licht für eine Ausweitung der Türkei-Hilfe schalten wird, muß der Widerstand gegen jegliche Hilfe für die faschistische Junta wieder massiv sichtbar werden.

Detlef Schneider

4. Dezember: Demonstration gegen Bafög-Kahlschlag

„Bildung darf kein Privileg für Reiche werden!“

Schüler und Studenten machen gegen die von der Bundesregierung beschlossenen, drastischen Einschränkungen der Ausbildungsförderung mobil. Für den 4. Dezember rufen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und die Konferenz der Landeschülervertretungen zu einer zentralen Demonstration nach Bonn auf. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der DGB-Bundesjugendausschuß werden diese Aktion unterstützen.

Die Kohl-Regierung ist angetreten, alle Reformen im Bildungswesen, die in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt werden konnten, binnen kürzester Zeit zu liquidieren. Ein zentraler Bestandteil dieser Strategie ist der frontale Angriff auf die Ausbildungsförderung (Bafög), die wesentlich dazu beigetragen hat, daß sich beispielsweise der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulstudenten von 6 Prozent im Jahre 1960 auf jetzt 14 Prozent erhöht hat.

Nach den Beschlüssen des Kohl-Kabinetts soll künftig Bafög für Schüler nur noch dann bezahlt werden, wenn der Ausbildungsplatz in „unzumutbarer Entfernung zum Wohnort“ liegt. Damit würde sich der Kreis der Förderungsberechtigten auf Einzelfälle eingengen. Nach ersten Schätzungen würden von den jetzt geförderten 520 000 Schülern nur noch etwa 70 000 übrig bleiben. Wenn diese Maßnahmen treffen sollen, kann man aus den folgenden Zahlen leicht ersehen: 75 Prozent der Eltern von bislang geförderten Schülern verfügen über ein Gesamteinkommen von weniger als 2000 Mark netto; 40 Prozent haben sogar weniger als 1500 Mark netto pro Monat zur Verfügung.

Im konkreten Fall würde sich die Lage dieser Familien etwa so darstellen: Ein vierköpfiger Haushalt — Vater Alleinverdienender mit 2100 Mark brutto, zwei Kinder in der Ausbildung — müßte auf 550 Mark im Monat verzichten; das sind immerhin 26 Prozent des Familieneinkommens. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Bedingungen Werkstätige mit niedrigem Einkommen die Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr

finanzieren können.

Eine weitere Folge der Regierungsbeschlüsse wird die Tatsache sein, daß nun Zehntausende von Jugendlichen, die bislang berufsbildende Schulen (60 Prozent der jetzt geförderten Schüler) oder Gymnasien besucht haben, auf das ohnehin viel zu knappe Lehrstellenangebot angewiesen sein werden. Auch der zweite Bildungsweg wird für viele Werkstätige nicht

Bafög-Höchstsatz beziehen, am Ende des Studiums eine Schuldenlast von 40 000 Mark aufgetürmt haben. Und das ist natürlich gerade für diejenigen, die nicht eine väterliche Zahnarztpraxis übernehmen können, sondern beispielsweise als ausgebildete Lehrer mit Arbeitslosigkeit rechnen müssen, ein unwägbares Risiko.

Aber das soll es ja auch sein. Denn der schwarzen Reaktion in Bonn geht es mit den neuen Beschlüssen im Ausbildungsbereich nicht nur darum, den Werkstätigen und ihren Kindern einige zusätzliche Milliarden zu rauben, um die dann in der Rüstung zu verpulvern oder per Steuergeschenk in die Kassen der Konzerne fließen zu lassen.



DGB-Demonstration für Chancengleichheit

mehr gangbar sein. Die Zahl der Förderungsberechtigten ist hier halbiert worden; außerdem gibt es statt jetzt für zwölf Monate künftig nur noch für elf Monate Bafög.

Für die Studenten ist die Ausbildungsförderung vollständig auf Darlehensbasis umgestellt worden (bislang beträgt der als Darlehen gewährte Anteil am Studenten-Bafög 23 Prozent). Künftig wird sich also für Studenten, die aus einkommensschwachen Familien kommen und folglich den

Es geht auch um einen grundsätzlich anderen Kurs in der Bildungspolitik. „Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur Förderung der Elite“ — so lautete ein Beschluß des letzten CDU-Parteitag.

Und diese Elite ist ganz „zufällig“ identisch mit der herrschenden Klasse. Die Kinder der Werkstätigen sollen weitgehend von weiterführenden Schulen und Universitäten verschwinden. Bildung soll wieder zum Privileg für die Reichen werden. In diesem Zusammenhang muß

man auch eine Konferenz des Stiftungsverbandes der Deutschen Wissenschaft sehen, zu der sich letzte Woche Vertreter des Monopolkapitals (beispielsweise VEBA-Boß Benningsen-Foerder) und Funktionäre von reaktionären Standesorganisationen aus dem Ausbildungsbereich zusammengerottet haben. Da wurde die Forderung nach einer Demokratisierung der Schule eine „verheerende Philosophie“ genannt oder der sozialdemokratischen Bildungspolitik vorgeworfen, sie habe zu viele „ungeeignete“ Schüler und Studenten an die Gymnasien und Universitäten gelassen.

Im Aufruf des VDS und der Schülervertretungen zu der Demonstration am 4. Dezember heißt es unter anderem: „Der reaktionären Wende in der Bildungspolitik entgegenzutreten ist gemeinsames Interesse von Studenten, Schülern und Gewerkschaften. Den Gewerkschaften ist es nicht egal, ob sich mit der konservativen Werteideologie wieder akademischer Standesdünkel und Katzbuckelei an den Hochschulen durchsetzen. Die große Masse der Studenten erwartet längst eine Berufsperspektive in untergeordneter Tätigkeit. Deshalb treten wir für eine Ausbildung ein, die zu einer solidarischen Haltung zu den Kollegen im Labor, im Klassenzimmer, am Reißbrett oder im Büro erzieht. Deshalb ist das gemeinsame Handeln von Studenten, Schülern und Gewerkschaften notwendig.“

Wir fordern:

- Keine Streichungen der Ausbildungsförderung für Schüler!
- Keine Umstellung des Studenten-Bafögs auf Vollkredit!
- Im Bildungsbereich darf nicht noch weiter durch unsoziale Sparmaßnahmen gekürzt werden!

Wir rufen Gewerkschaftskollegen, Studenten und Hochschullehrer, Schüler, Eltern und Lehrer auf: Beteiligt euch an der zentralen Demonstration! Bildung darf kein Privileg für Reiche werden.“

FDP-Bundesparteitag

Genscher hat sich durchgesetzt

Mit 222 gegen 169 Stimmen siegte der bisherige Parteichef Genscher beim Bundeskongreß der FDP über seinen Gegenkandidaten Ronneburger. Damit war die Sache klar: Sowohl programmatisch wie auch personell wurde der linksliberale Flügel der Partei ins Abseits gedrängt.

Bezeichnend dafür ist etwa die Tatsache, daß im neugewählten zehnköpfigen Präsidium der FDP nun neun Gefolgsleute von Genscher und Lambsdorff sitzen. Als zehnter Mann darf Ex-Innenminister Baum künftig das liberale Aushängeschild spielen. Bei den Sachentscheidungen, sofern sie überhaupt zur Abstimmung standen, wurden ultrareaktionäre Positionen durchgesetzt: beispielsweise die Linie des berüchtigten Lambsdorff-Papiers in der Wirtschaftspolitik oder die ungeingeschränkte Zustimmung zum NATO-Raketenbeschluß.

Die FDP hat im politischen System dieses Staates die Rolle des Mehrheitsbeschaffers gespielt, mit dem die Bourgeoisie die ihr jeweils genehme Regierungsbildung steuern konnte. Eine nicht unwesentliche Voraussetzung dafür war die Existenz der beiden Flügel in der Partei, die sich seit dem letzten

Wechsel in Bonn in aller Offenheit bekämpft haben. Seit dem Parteitag ist aber gerade hier eine bedeutende Änderung eingetreten.

Der ausgeschaltete sozialliberale Flügel beginnt nun auf breiter Front abzubreckeln. Es gibt Massenaustritte; was noch in der FDP verbleibt, ist zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Partei hat nun eindeutig ein Profil angenommen, das sich dem der CSU immer mehr angleicht. Und damit ist sie künftig auf ein Bündnis ausschließlich mit der schwarzen Reaktion festgelegt, die sich um Franz Josef Strauß gruppiert.

Gerade diese Verschiebung innerhalb der FDP macht deutlich, daß die einflußreichsten Kräfte im Finanzkapital auf lange Sicht hin kein Interesse an einer neuen Regierungsbeteiligung der SPD haben, sondern vielmehr eine Dauerkollaboration der Strauß-Partei und der

Genscher-FDP wollen, die auch die notwendige Zeit zur Verfügung hat, um die von diesen Kräften geforderte „Wende“ durchzusetzen.

Ein erhebliches Risiko allerdings steckt in diesem Kalkül:

daß nämlich nach der Amputation des linksliberalen Flügels auch die entsprechenden Wähler wegbleiben, und dann auch Genscher und Lambsdorff von der Bonner Bühne verschwinden.



Enttäuscht verlassen sozialliberale Delegierte den FDP-Parteitag

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

„Die Solidarität der Millionen gegen die Herrschaft der Millionäre“



Hamburg



Bremen



Saarbrücken

Fast hundertfünftausend Menschen, meist Gewerkschafter, Männer und Frauen, Ausländer und Deutsche, Jung und Alt, aber auch Schüler, Studenten, Rentner, Hausfrauen, waren dem Aufruf der Gewerkschaften gefolgt. Wieder unzählige Transparente, Tafeln und Parolen. Wieder originelle Demonstrations-Ideen. In Bremen zum Beispiel marschierten Demonstranten mit Fackeln und einem Transparent mit der Aufschrift: „Wir leuchten der Regierung heim!“.

Einige Beispiele für Parolen: „Sozialabbau und Lohnverzicht retten Arbeitsplätze nicht!“, „Bluten soll die Masse — die Reichen machen Kasse!“, „Bei uns gibt es nichts zu holen — nur die Reichen haben die Kohlen!“, „Alle Räder stehen still, wenn HDW entlassen will!“, „Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung — stoppt den NATO-Rüstungswahn!“, „Friesen haben Kohl satt — aber keine Arbeit!“.

Bei den offiziellen Kundgebungsrednern war die eine oder andere Aussage von bemerkenswerter Schärfe zu registrieren. In Saarbrücken nannte Ilse Brusius vom DGB-Bundesvorstand die Bonner Sparpolitik „asozial“. In Bremen erklärte Bernhard Baumeister, der dortige Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, die Gewerkschaften

würden ihre Glaubwürdigkeit in der Arbeiterschaft aufs Spiel setzen, falls sie nicht konsequenter gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Reallohnsenkungen vorgehen würden.

Von einer klassenkämpferischen Haltung getragen war die Ansprache von Evelyn Gerdes, IGM-Vertrauensfrau bei Olympia in Leer auf der Hamburger Großkundgebung. Kollegin Gerdes sagte unter anderem: „Aber auch die Kolleginnen und Kollegen, die noch Arbeit haben, spüren täglich die Angst um den Verlust ihrer Existenzgrundlage. In einer solchen Situation versuchen die Unternehmer ihr schmutziges Geschäft der Spaltung der abhängig Beschäftigten! Um ihre Profit- und Machtinteressen durchzusetzen, spielen sie mit unserer Angst! Sie versuchen uns auseinanderzudividieren: Jungen gegen Alte, Männer gegen Frauen, Deutsche gegen Ausländer, Gesunde gegen Kranke, Arbeiter gegen Angestellte.“

Diesem unverschämten Angriff auf die organisierte Arbeiterbewegung können und müssen wir entschlossen Paroli bieten und unsere einzige, aber auch unüberwindbare Waffe entschieden einsetzen: Die Solidarität der Millionen gegen die Herrschaft der Millionäre!“

ARBED-Betrieb in Saarbrücken besetzt

„Notfalls bis über Weihnachten“

Die 220 Beschäftigten der zum ARBED-Konzern gehörenden Drahtseilfabrik Georg Heckel haben den Betrieb am Donnerstag letzter Woche besetzt, um den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze abzuwehren.

Schon im Sommer hatte es bei Heckel Protestaktionen gegeben, als bekannt wurde, daß die ARBED-Bosse eine völlige Einstellung der Drahtseilproduktion oder deren Verlagerung nach Köln planen. Damals waren Vertrauensleute der IGM und Betriebsräte in den Hungerstreik getreten.

Mit Erfolg: Es wurde eine Vereinbarung zwischen ARBED, der IGM, dem Betriebsrat und der Landesregierung erzielt, in der sich der Konzern verpflichtete, die Produktion in Burbach aufrechtzuerhalten oder aber 200 Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

Jetzt mußten die Kollegen jedoch aus den Zeitungen erfahren, daß die Stilllegung des Werks im nächsten Jahr offen-

sichtlich bereits beschlossene Sache ist — und von Ersatzarbeitsplätzen ist inzwischen auch keine Rede mehr.

Bei einer Betriebsversammlung in der letzten Woche versuchten ARBED-Vertreter die Belegschaft hinzuhalten: Es sei noch nichts entschieden. Aber damit wollten die Kollegen sich nicht abspesen lassen. Sie beschlossen die Besetzung des Werkes, die nun — bei Auf-

rechterhaltung der Produktion rund um die Uhr durchgeführt wird. Ein von der Werksleitung verhängtes Werksverbot für Betriebsfremde, das sich vor allem gegen die Familienangehörigen der Besetzer richtet, wird ignoriert.

Die Aktion der Hecker-Belegschaft ist unbefristet. Wie der Betriebsratsvorsitzende Gard erklärte, wollen die Kollegen die Betriebsbesetzung „notfalls bis über Weihnachten“ fortsetzen — bis die Einhaltung der oben erwähnten Vereinbarung durch den ARBED-Konzern sichergestellt ist.



Seit Donnerstag letzter Woche hält die Belegschaft der Drahtseilfabrik Heckel in Saarbrücken-Burbach den Betrieb besetzt. Die Kollegen wehren sich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

+++ kurz berichtet +++ kurz berichtet +++ kurz berichtet +++ kurz berichtet +++ kurz

Warnstreik für Weihnachtsgeld

Eine Kürzung des Weihnachtsgelds beschloß die Geschäftsleitung der Kabelmetall-Messing in Nürnberg. Als Reaktion auf diese Maßnahme legten fast 300 Arbeiter und Angestellte des Betriebs spontan die Arbeit nieder und versammelten sich zu einer Protestkundgebung auf dem Werkshof.

Der Warnstreik richtete sich gleichzeitig gegen Pläne, den Betrieb in absehbarer Zeit zu schließen.

Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

Die Beschäftigten der zum belgischen Konzern Union-Chemie (UCB) gehörenden Firma Bremberg-Folien in Wuppertal gingen am vergangenen Samstag auf die Straße, um gegen die noch für dieses Jahr geplante Stilllegung des Betriebs zu demonstrieren. Mit der Schließung des Werks würden 300 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bei dem Plastikfensterhersteller Heha-Plast in Giebelstadt (Unterfranken) führte die Beleg-

schaft einen Warnstreik durch. Damit wurde gegen Lohnkürzungen und gegen die geplante Entlassung von 39 Arbeitern protestiert.

Opel: massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen

Der Vorstand des Opel-Konzerns hat sich letzte Woche zu einer Geheimtagung in Saragossa (Spanien) getroffen, um über die künftige Personalpolitik zu beschließen. Konkrete Details dieser Beschlüsse sind zwar nicht durchgesickert. Es steht jedoch fest, daß die Bosse eine radikale Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Werken Bochum, Rüsselsheim und Kaiserslautern planen.

Zudem steht im nächsten Jahr Kurzarbeit auf der Tagesordnung, wobei die Ausgleichszahlung für Kurzarbeiter völlig gestrichen werden soll. Eine solche Entwicklung hat sich schon seit langem angedeutet, etwa durch die von den Opel-Bossen betriebene Rationalisierung (in den nächsten Jahren sollen etwa 2000 Roboter eingesetzt werden) oder durch die Verlagerung

von Teilen der Produktion in Billiglohnländer.

Die Opel-Kollegen fordern jetzt eine sofortige Betriebsversammlung, bei der die Bosse ihre Pläne auf den Tisch legen müssen.

Stahlkonferenz gefordert

Die Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugendvertreter der IGM auf der Thyssen-Henrichshütte in Hattingen (Ruhr) haben in einem Brief an den IGM-Vorstand ihren Widerstand gegen die vom Thyssen-Konzern geplanten Massenentlassungen bekräftigt.

Wie jetzt bekannt wurde, will der Thyssen-Vorstand in sämtlichen zum Konzern gehörenden Werken im nächsten Jahr Entlassungen vornehmen. Geplant ist unter anderem, jeden Monat in jedem Werk 29 Kollegen auf die Straße zu setzen. Bei den Angestellten sollen insgesamt fünf Prozent der jetzt Beschäftigten entlassen werden. Außerdem planen die Thyssen-Bosse die vorzeitige Pensionierung der 59 Jahre alten Kollegen, unbezahlten Zwangsurlaub für ausländische Arbeiter und Kurzarbeit in Form von Block-

stillstand.

Die IGM-Funktionäre der Henrichshütte fordern jetzt vom Vorstand ihrer Gewerkschaft, „schnellstmöglich eine Stahlkonferenz einzuberufen, auf der ein Konzept zur Abwehr der beabsichtigten Arbeitsplatzvernichtung in der Eisen- und Stahlindustrie beraten werden muß.“

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 Hamburg 6, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Die Lage im Steinkohlenbergbau spitzt sich zu

Neues Zechensterben an der Ruhr?

Über dem bundesdeutschen Steinkohlenbergbau ballt es sich unheilverkündend zusammen. Der Absatz an Kohle und Koks aus heimischen Revieren geht rapide zurück. Die Kohlehalden wachsen in nie gekanntem Tempo. Eine drastische Drosselung der Förderung für das nächste Jahr ist angekündigt.

Ebenso Zwangsurlaub und Kurzarbeit für die Kumpel der Ruhrkohle AG. Und das Gespenst eines neuen Zechensterbens steht drohend auf. Das erste Todesurteil wurde bereits ausgesprochen. Die Zeche Erin in Castrop-Rauxel, auf der zur Zeit fast 4000 Menschen Arbeit finden, soll stillgelegt werden.

Die Kohlenreviere an der Ruhr, in Aachen, an der Saar und in Ibbenbüren weisen heute noch 38 Zechen auf. Rund 188000 Menschen sind im bundesdeutschen Steinkohlenbergbau noch

beschäftigt. Ihre Existenz gerät durch das erneute Aufbrechen der Kohlenkrise in Gefahr. Und nicht nur ihre. 200000 weitere Arbeitsplätze in den vom Bergbau direkt und indirekt abhän-

gigen Wirtschaftsbereichen können auf lange Sicht mit in den Strudel der Kohlenkrise hineingerissen werden! Dies in Gebieten, die bereits in weit überdurchschnittlichem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Heute liegt die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet bereits bei 11 Prozent. Auch an der Saar und im Aachener Revier liegt sie nur um Geringes niedriger: bei mehr als 10 Prozent. Castrop-Rauxel, wo nun die Zeche Erin stillgelegt werden soll, gehört zur Region Dortmund. Die Arbeitslosenquote im Bezirk Dortmund kletterte jedoch bereits im Oktober auf 12,7 Prozent. Im unmittelbaren Stadtbereich von Dortmund sogar auf über 13 Prozent. Damit ist Dortmund trauriger Rekordhalter unter den Großstädten der Bundesrepublik. Ausgerechnet in Dortmund aber liegen zwei weitere große Zechen, die ebenfalls auf der Abschußliste der Zechenkiller ganz oben stehen: Gneisenau und Minister Stein.

Als weitere Großschachtanlage ist Schlegel und Eisen in Herten bei Recklinghausen ins Gespräch gekommen. Die Arbeitslosenquote im Bezirk Recklinghausen: 10,1 Prozent. Ferner: Ohne Zweifel würde ein Kahlschlag im bundesdeutschen Steinkohlenbergbau auch den Saarbergbau nicht ungeschoren lassen. Die Landeshauptstadt Saarbrücken zählt mit einer Arbeitslosenquote von 12,2 Prozent ebenfalls zu den beschäftigungspolitischen Notstandsgebieten.

Doppelkrise an Ruhr und Saar

Gleichzeitig mit den Hiobsbotschaften über die Zuspitzung der Lage im Steinkohlenbergbau, machten auch alarmierende Meldungen über eine weitere Verschärfung der Stahlkrise Schlagzeilen: Während Krupp an der Ruhr und Arbed an der Saar die Entlassung von insgesamt fast 10000 Stahlwerkern ankündigt, wird in den Chefetagen des Arbed-Stahlkonzerns und der Ruhrkohle AG, sowie im Bonner Wirtschaftsministerium, gleichzeitig ein neues Zechensterben eingeläutet! Das Ruhrgebiet und das Saarland geraten in den tödlichen Griff der Doppelkrise von Kohle und Stahl!

Die Zechenherren haben angekündigt, daß sie im nächsten Jahr die Kohlenförderung um etwa 10 Prozent drosseln wollen, um sie — wie sie sagen — dem sinkenden Absatz anzupassen. Daß der Absatz zur Zeit rapide sinkt, ist eine Tatsache. Die allgemeine Verschärfung der Wirtschaftskrise und die besonder Verschärfung der Krise in der Stahlindustrie wir-

Stahlkrise wirkt sich aus

Die aktuelle Krisenentwicklung im Steinkohlenbergbau hängt mit der Zuspitzung der Stahlkrise eng zusammen. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnet der bundesdeutsche Steinkohlenbergbau für 1982 eine Minderabnahme von Seiten der deutschen und europäischen Stahlindustrie der sich voraussichtlich auf zehn Millionen Tonnen addiert. In den er-

sten drei Quartalen dieses Jahres kauften die Stahlproduzenten in der Bundesrepublik und der EG 5,16 Millionen Tonnen weniger. Das ist ein Rückgang um fast 18 Prozent. Jetzt verschärft sich dieser Rückgang rapide. Im August und September schrumpfte der Verkauf an die bundesdeutschen Stahlhersteller um 29 Prozent.

Kohle billiger als andere Energieträger

Im Raum Duisburg kostete im Frühjahr 1982 deutsche Steinkohle (ohne Frachtkosten) 248 DM pro Tonne. Bezogen auf den gleichen Heizwert mußten die industriellen Großverbraucher im Raum Duisburg dagegen für schweres Heizöl 338 DM und für leichtes Heizöl 559 DM frei Haus bezahlen. Erdgas war für 399 DM zu bekommen. Koks, der zu den umweltfreundlichsten Brennstoffen gehört, war für 568 DM pro Tonne zu haben, während für den vergleichbaren Heizwert an Heizöl 700 DM und an Erdgas 661 DM gefordert wurde.

Was die Kernenergie betrifft, so ist es eine Lüge, wenn behauptet wird, Atomstrom sei billiger als der aus Kohle gewonnene Strom. Seit Einführung der AKWs ist Strom bei uns ständig teurer geworden. Die Kosten für den Bau von Atomkraftwerken und für die technologische Entwicklung der Kern-

energie einschließlich Entsorgung (die noch nicht in akzeptabler Weise gelöst ist) steigen rapide. Allein für die Entwicklung des schnellen Brutreaktors und des Hochtemperaturreaktors will die Bundesregierung noch in diesem Jahr zusätzlich 700 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Und zwar dient diese riesige Summe, laut Bundesforschungsminister Riesenhuber (CSU), nicht etwa zur Dekkung der für beide Projekte schon wieder aufklaffenden neusten „Finanzierungsücke“ (Mehrkosten) von 2,5 Milliarden Mark, sondern allein zur Finanzierung einer „Bugwelle“ von an sich bereits fälligen, aber hinausgeschobenen Zahlungsverpflichtungen.

Abgesehen von den Gefahren der Kernenergie für unsere Sicherheit ist sie auch in finanzieller Hinsicht ein Faß ohne Boden.

Halden wachsen im Rekordtempo

Zur Zeit wachsen die Kohlenhalden in der Bundesrepublik mit einer nie gekannten Geschwindigkeit. Bis zum Jahresende 1982 wird mit einem Anstieg der Haldenbestände auf 33 Millionen Tonnen gerechnet (einschließlich der aus strategischen Gründen eingerichteten „nationalen Kohlenreserve“ in Höhe von 10 Millionen Tonnen). Ein Überschreiten des bisherigen Haldenrekords von 24 (bzw. 34) Millionen Tonnen vom Jahresende 1978 ist in Sicht. In diesem Jahr wuchsen die Halden doppelt so schnell wie im letz-

ten. Alle zwei Tage vergrößern sich die Bestände um 100000 Tonnen. Bis zum Jahresende 1982 kommt allein die Ruhrkohle AG auf 11 Millionen Tonnen Steinkohle, die auf Halde genommen werden müssen. Dies entspricht einem finanziellen Wert von etwa 2 Milliarden Mark. Nach den Angaben des RAG-Vorstands ergibt sich für den bundesdeutschen Steinkohlenbergbau für 1983 eine Zinsbelastung von 460 Millionen Mark aus dem eingefrorenen finanziellen Wert der Kohle, die auf Halde genommen werden muß.

Vorrang für die heimische Kohle?

In Worten sind die Spitzen der im Bundestag momentan vertretenen Parteien stets für den „Vorrang der heimischen Kohle“. Nur ihre Taten sehen völlig anders aus. 1958 brach die sogenannte Kohlenkrise aus, die vor allem daraus entstand, daß die Energiemonopole auf das damals zu Spottpreisen aus dem Nahen Osten bezogene Erdöl umstiegen, weil ihnen dadurch riesige Extraprofite winkten. Diese „Krise“ verlief so, daß man eine Zeche nach der anderen (oft modernste Schachtanlagen) „absaufen“ ließ und die Zechenherren dafür riesige Summen als Stilllegungprämie erhielten. So hat sich die Zahl der Kohlenzechen in der Bundesrepublik von 1957 bis heute von 175 auf heute nur noch 38 vermindert. Die Förderung sank in dieser Zeit von 149,4 Millionen Tonnen auf rund 88 Millionen Tonnen. Die Beschäftigtenzahl von 610000 auf 185000!

Zehntausende von Kumpels mußten sich in anderen Städten und Regionen Arbeit suchen. Die jetzige Regierung will die Etablierung der Atomenergie als Hauptfaktor der Energiewirtschaft noch schneller vorantreiben als dies bereits die Regierung von Helmut Schmidt getan hat. Dadurch wird die Kohle weiter verdrängt. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 23.10.82 über „zählbelige Gerüchte“, daß im Bonner Wirtschaftsministerium bereits interne Papiere existieren, „die eine Drosselung der deutschen Steinkohleförderung um rund ein Drittel bis 1990 zum Ziel hätten“. Der Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik ist übrigens der modernste Tiefkohlenbergbau der Welt. Mit einer Steigerung der Leistung pro Mann und Schicht, von 1957 noch 1,6 auf heute etwa 4 Tonnen, liegt die Bundesrepublik an der Weltspitze.



ken sich auf den Kohlenabsatz aus. Wo immer mehr Betriebe stillgelegt werden, wird auch weniger Energie verbraucht. Wo die Hochöfen erkalten, wird kein Koks mehr verfeuert.

Unübersehbar ist dieser Zusammenhang im Fall der geplanten Stilllegung der Zeche Erin. Diese Zeche fördert die edle Kokssteine. Besitzer der Erin ist der Eschweiler Bergwerks-Verein. Dieser wiederum ist ein Tochterunternehmen des luxemburgischen Stahlkonzerns Arbed, der, wie schon erwähnt, im Saarland demnächst 5000

Stahlwerker auf Pflaster werfen will.

Allerdings ist die Wirtschaftskrise und ihre Verschärfung keine Naturkatastrophe sondern die Konsequenz des kapitalistischen Profitstrebens. Das unternehmerische Profitstreben, das die Krise und ihre Verschärfung heraufbeschwört, steckt auch wieder hinter all den Maßnahmen und hinter der Politik, die auf die Abwälzung der Lasten dieser Krise auf den Rücken des arbeitenden Volkes hinauslaufen.

Wo kein hoher Profit zu erwarten ist, ziehen die Herren

von Banken und Konzernen ihr Kapital heraus, machen sie die Betriebe einfach dicht. So vernichten sie rücksichtslos die wirtschaftliche Existenzgrundlage zunehmend größerer Teile der Bevölkerung. Und der Staat zahlt ihnen dafür Millionen und Milliarden an Prämien und Subventionen, die angeblich der Sicherung der Arbeitsplätze dienen. Gleichzeitig baut man die sozialen Leistungen ab und läßt die Opfer der Krise im Namen der „Sparpolitik“ im Regen stehen.

Fortsetzung auf Seite 5

„Vor Ort“, Zeitung der KPD in Recklinghausen

„Nein zum Zwangsurlaub!“

Die neue Ausgabe von „Vor Ort“, Zeitung der KPD in der Bergbau-Stadt Recklinghausen, steht unter der Losung: „Kampf dem Zechensterben“. Ein Beitrag in dem Blatt befaßt sich mit dem Ansinnen der RAG-Bosse, die Kumpel zu zwingen, ihren Urlaub einheitlich in der ersten Jahreshälfte 1983 zu nehmen, um für fünf Tage die Förderung in allen Zechen ruhen zu lassen. Der Artikel trägt die Überschrift „Nein zum Zwangsurlaub!“.

Die 5 Tage Zwangsurlaub für 1983 sind fest von der RAG eingeplant. Adolf Schmidt besaß bei der Grubenfahrt die Frechheit zu behaupten, daß die Kumpel damit einen „freiwilligen“ Beitrag leisten. Dabei kam der Vorschlag ja von der IGBE-Führung, um den RAG-Herren eine profitgünstige Regelung zur Förderdrosselung zu ermöglichen! Von freiwillig kann bei Zwangsurlaub keine Rede sein.

Die KPD fordert aber mit den Kollegen:

- Nein zum Zwangsurlaub;
- Weg mit den Überschichten;
- Abbau der Förder-schichten durch Einsatz der Kollegen in der Sicherung, Staubbekämpfung und Klimaverbesserung!!!

Jeder weiß, daß fünf Schichten überhaupt nicht gegen die Überproduktion von 20 Millionen Tonnen wirken. Sie sollen erst der



KAMPF DEM ZECHENSTERBEN

Anfang sein. Weitere Lohn-einbußen, weitere Maßnahmen sind schon geplant:

- Feierschichten und Stilllegungen im 2. Halbjahr 1983!!!

Ein Ja zum Zwangsurlaub vermeidet nicht — wie Bartz behauptet — weitere schärfere Maßnahmen.

Nur der Zusammenschluß aller Kollegen gegen jeden Angriff der Kapitalisten hilft!!!

- Statt Zwangsurlaub volle Bezahlung der Feierschichten!

Fortsetzung von Seite 4

Die Ruhrkohle AG will ihre Förderung im nächsten Jahr um mindestens fünf Millionen Tonnen auf maximal 59 Millionen Tonnen Steinkohle herunterfahren. Sicherlich wird auch die Saarberg AG, die im Jahr 1981 10,8 Millionen Tonnen Kohle förderte, ihre Produktion entsprechend zurückschrauben. Und wie die Stilllegungspläne des Eschweiler Bergwerks-Vereins zeigen, kommen entsprechende Maßnahmen der kleineren Zechenherren noch hinzu. Im Gespräch ist heute bereits eine Reduzierung der Steinkohleförderung um insgesamt zehn Millionen Tonnen für 1983!

Fünf Zechen schon auf der Abschußliste?

Die Frage ist: Soll diese Drosselung der Förderkapazitäten nur vorübergehenden Charakter haben, oder sollen diese Kapazitäten endgültig abgebaut werden? Das Letztere würde heißen: Stilllegung von Schachtanlagen! Daß diese Stilllegungen längst geplant sind, ist zu vermuten.

Karlheinz Bund, Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG und Chef des Gesamtverbandes des bundesdeutschen Steinkohlenbergbaus, drohte vor kurzem: Falls der Staat nicht Subventionen in Milliardenhöhe für den Steinkohlenbergbau bereitstelle, müsse „die Kapazitätsfrage gestellt werden“.

Im Bonner Wirtschaftsministerium allerdings — das ist dem Ruhrkohle-Chef sehr wohl bekannt — gibt man, wenn überhaupt, dann das Geld schon lieber für Stilllegungsprämien her als für die Erhaltung von gefährdeten Förderkapazitäten. Der Grund: Das goldene Kalb, um das die Herren von Finanz und Industrie heute tanzen, heißt Atomenergie. Und mit den Mächtigen der Monopole tanzen sie den „Tango-Profit“ gemeinsam mit den Regierenden in Bonn.

Milliarden und Abermilliarden stellt der Staat heute den Kapitalisten der Energiewirtschaft und der Kraftwerksindustrie zur Verfügung, damit sie die Atomenergie ohne große Eigenkosten entwickeln und ausbauen und damit sie sich gleichzeitig am Bau von Kernkraftwerken dumm und dämlich verdienen können. Die Rettung des heimischen Steinkohle-

bergbaus hingegen ist den Herren nicht viel wert. Im Gegenteil: Die Verwirklichung des Atomprogramms läuft unweigerlich auf die weitere drastische Einschränkung der Rolle des Energieträgers Kohle hinaus.

Zudem ist Importkohle aus

und Komplizen dieses Programm drastisch beschleunigen wollen.

In einschlägigen Kreisen tauchte inzwischen die Vorhersage auf, daß im bundesdeutschen Steinkohlenbergbau vier oder fünf Zechen in absehbarer Zeit stillgelegt werden. Mit der

Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis!

1979 verabschiedete das Zentralkomitee der KPD eine Erklärung zur Energiepolitik mit dem Titel „Den Ölpreistreibern entschlossen entgegenzutreten, die Energieversorgung auf Kohlebasis sichern!“ Darin wird unter anderem folgendes gefordert:

- Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Kernkraftwerke!
- Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluß der Energiemultis!

den USA, Südafrika, Kanada, Polen und Australien erheblich billiger zu haben als die heimische Kohle. Und die Ruhrkohle AG wie auch der Saarberg-Konzern besitzen in den USA und in Australien selbst Zechen und Beteiligungen am dortigen Steinkohlenbergbau (übrigens mit Billigung von IG-Bergbau-Chef Adolf Schmidt, der in den Aufsichtsräten der RAG und der mit ihr verflochtenen VEBA AG, die dick im Atomgeschäft steckt, 1. stellvertretender Vorsitzender ist).

Der Vorstand der Ruhrkohle AG hat schon seit einiger Zeit bekanntgegeben, daß der Kon-

bereits beschlossenen Stilllegung von Erin in Castrop-Rauxel hat dieser Feldzug nun offenbar schon begonnen.

Regionen im Würgegriff

Vier oder fünf Zechen! Das würde tatsächlich etwa die Vernichtung einer Förderkapazität von zehn Millionen Jahrestonnen Kohle bedeuten. Dies entspricht einer Förderleistung von ca. 20000 Bergleuten. Die Vernichtung dieser Förderkapazitäten im Steinkohlenbergbau

ungen und die damit verbundenen Entlassungen die „öffentliche Hand“ auch noch durch Sozialkosten von zunächst jährlich 1,5 Milliarden Mark belasten!

Wenn man berücksichtigt, daß auch in der Stahlindustrie ein massiver Kapazitätsabbau durchgeführt wird, dann kann man sich in etwa vorstellen, in welchem Ausmaß die wirtschaftliche Entwicklung und die öffentlichen Finanzen in den kommenden Monaten und Jahren getroffen werden. Wie dann die neuen Milliardenlöcher wieder gestopft werden sollen, kann man sich auch denken! Bestimmt nicht dadurch, daß man die Reichen, die Verantwortlichen für die Misere, zur Kasse bittet.

Die Kapitalherren der Energiewirtschaft und der Stahlindustrie, (das sind vor allem die Großbanken, die in den letzten Jahren absolute Rekordprofite einfahren konnten), sind im Begriff, die Industrieviertel an Rhein, Ruhr und Saar erbarmslos in den Würgegriff zu pressen. Wie grausam die sozialen Flurschäden sind, die dabei entstehen, läßt sich kaum ermessen. Der Trend, daß sich diese Regionen zu Elendsvierteln der Republik entwickeln, wird jedenfalls sprunghaft beschleunigt.

Noch ist es jedoch Zeit, diesen Zug aufzuhalten. Noch ist es möglich, den Stilllegungs- und



Völklingen an der Saar: Werden die Kohlen- und Stahlreviere zu Elendsvierteln der Republik?

zern seine Gesamtbelegschaft von gegenwärtig mehr als 130000 auf etwa 100000 reduzieren will, und zwar bis zum Ende der 80er Jahre. Jetzt, da sich die Krisenerscheinungen im Allgemeinen und bei Stahl und Kohle im Besonderen sprunghaft verschärfen, muß man befürchten, daß Karlheinz Bund

trifft zusätzlich noch Zulieferindustrien und andere vom Bergbau abhängige Wirtschaftszweige. Das bedeutet, daß durch diese Stilllegungen im ganzen etwa 40000 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz verlieren würden.

Der größte Teil dieser bedrohten Arbeitsplätze befindet sich im Ruhrgebiet und in den saarländischen Industriezentren. Genau dort also, wo in diesen Wochen auch ein neuer Entlassungs- und Stilllegungsfeldzug der Stahlbarone anläuft, dem ebenfalls Zehntausende von Arbeitsplätzen zum Opfer fallen sollen. Damit haben die Monopolherren von Hütte und Schacht, (die übrigens eng miteinander verflochten sind), eine massive Verschärfung der ohnedies bereits sehr hohen Arbeitslosigkeit in diesen Regionen vorprogrammiert!

Und das ist nicht alles. Die IG Bergbau und Energie hat ausgerechnet, daß die geplante Reduzierung der Förderkapazitäten im Steinkohlenbergbau um zehn Millionen Jahrestonnen das jährliche Sozialprodukt um 2,5 Milliarden Mark schrumpfen läßt, und daß dadurch außerdem der Wirtschaft jährlich Aufträge in Höhe von 1,4 Milliarden Mark entzogen werden. Dies schlägt sich natürlich in einem entsprechenden Rückgang des Steueraufkommens für die Kommunen und für Land und Bund nieder. Und zudem würden die Zechenstill-

vernichtungsplänen der Kohle- und Stahlbarone zu wehren! Diesen Kampf aufzunehmen bedeutet dann zugleich, gegen die Energiepolitik der herrschenden Finanzkreise und ihrer Bonner Helfershelfer Front zu machen. Es bedeutet, einem langfristig angelegten, radikalen Vernichtungsfeldzug gegen unsere heimische Steinkohlenförderung rechtzeitig entgegenzutreten, der nicht bei der Stilllegung von fünf Zechen stehenbleiben wird.

Hier sind vor allem unsere Gewerkschaften dringend gefordert! Sie müssen den Erhalt der Arbeitsplätze bei Kohle und Stahl und die Sicherheit der Energieversorgung auf der Basis unserer heimischen Steinkohle zum unabdingbaren Ziel machen! Dafür muß gewerkschaftliche Kampfkraft mobil gemacht, muß gegebenenfalls mit Massenaaktionen in den Betrieben und auf den Straßen eingetreten werden. So wird gegen die zerstörerischen Profitinteressen der Monopole das elementare Interesse der Arbeiter und Angestellten und der werktätigen Bevölkerung verteidigt!

Eines ist allerdings klar: Gewerkschaftsführer vom Schlage eines Adolf Schmidt oder Horst Niggemeier werden diesen Weg niemals mitgehen. Sie hängen am Rockschoß ihrer „Sozialpartner“ in den Aufsichtsrats- und Vorstandssesseln. Genau wie ihre Freunde in den Bonner Ministersesseln taumeln sie mit im Takt: „Tango-Profit“...

Kohle sichert Arbeitsplätze

Der Steinkohlenbergbau und die Stromerzeugung aus Kohle sind sehr beschäftigungsintensiv. Ihre Zurückdrängung zugunsten der Kernenergie würde unweigerlich die Arbeitslosigkeit erheblich verschärfen. Im Industrierevier an der Ruhr beträgt der Anteil der Bergbau-Beschäftigten zu den Industriebeschäftigten insgesamt 23 Prozent. An der Saar liegt er bei 19 Prozent und im Aachener Kohlenrevier bei 18 Prozent. Die Herstellung von Atomstrom erfordert extrem wenig Arbeitskräfte. Um dieselbe Menge Strom zu erzeugen wie in einem Kohlekraftwerk, benötigt man in einem AKW nur 12 Prozent der Belegschaft. In der IG-Bergbau-Zeitung „ein-

heit“ (1.-November-Ausgabe 1982) wird auf folgendes hingewiesen: „Der Betrieb eines Kohlekraftwerkes wie z. B. in Voerde bietet nach Berechnungen der STEAG Beschäftigung für 4300 industrielle Arbeitsplätze, die Kohलगewinnung und Bergbauzulieferer eingeschlossen. Weitere 13000 sind wiederum durch diese Industrie-Arbeitsplätze beschäftigt. Zählt man die Familienangehörigen dazu, leben 35500 Menschen von einem Kohlekraftwerk. Die Tabelle auf dieser Seite zeigt, daß heute unser Strom noch zu mehr als der Hälfte aus Steinkohle und Braunkohle gewonnen wird.“

Einerseits Überproduktion — andererseits verschärfte Ausbeutung

Bereits im vergangenen Jahr hat die Ruhrkohle AG laut „Süddeutsche Zeitung“ ihre Gesamtbelegschaft um 2500 Beschäftigte verringert. Seit Anfang dieses Jahres wird ein strikter Einstellungsstopp durchgeführt. „Die Zeit“ (Nr. 43/22. 10. 82) berichtet, daß in den Monaten Januar bis August 13733 Abgängen nur 7956 Neueinstellungen gegenüberstanden. Aber dies — so „Die Zeit“ — „half wenig“, weil gleichzeitig die Produktivität um 2,6 Prozent stieg: „Als Folge vorhergehender Investitionen und wohl auch deshalb, weil die Bergleute kräftiger in die Hände spucken“. Auch sei der Krankenstand kräftig gesunken. Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 28. Juni ’82 dazu zynisch: „Je mieser die Konjunktur, um so gesünder sind die Kumpel — eine uralte Tatsache“. Die Süddeutsche weiß weiter zu berichten, daß der Krankenstand bei der Ruhrkohle 1981 von 13,44 Prozent auf

12,5 Prozent gesunken ist, und daß er in diesem Jahr beschleunigt weiter zurückgeht, „so daß er am Jahresende bei 10 Prozent angelangt sein könnte“. Infolge dieser Faktoren (stärkeres „In die Hände spucken“ und „gesündere Kumpel“) — so „Die Zeit“ — habe der Personalabbau die Überproduktion nicht bremsen können. Die Förderung sei weiter gestiegen: „Erst in den letzten zwei Monaten gelang es, die Tagesproduktion um 1,2 Prozent zu drosseln“ schreibt „Die Zeit“. Die Kumpel werden also verstärkt ausgebeutet. Rücksichtslos werden sie zu verstärkter Leistung getrieben, so daß mancher es nicht einmal wagt, zu Hause zu bleiben, wenn er krank ist. Danken tun die Zechenherren dies dem Kumpel damit, daß sie die Belegschaftszahlen weiter senken und für die nächsten Monate und Jahre Kurzarbeit, Zwangsurlaub und Entlassungen auf die Tagesordnung setzen.

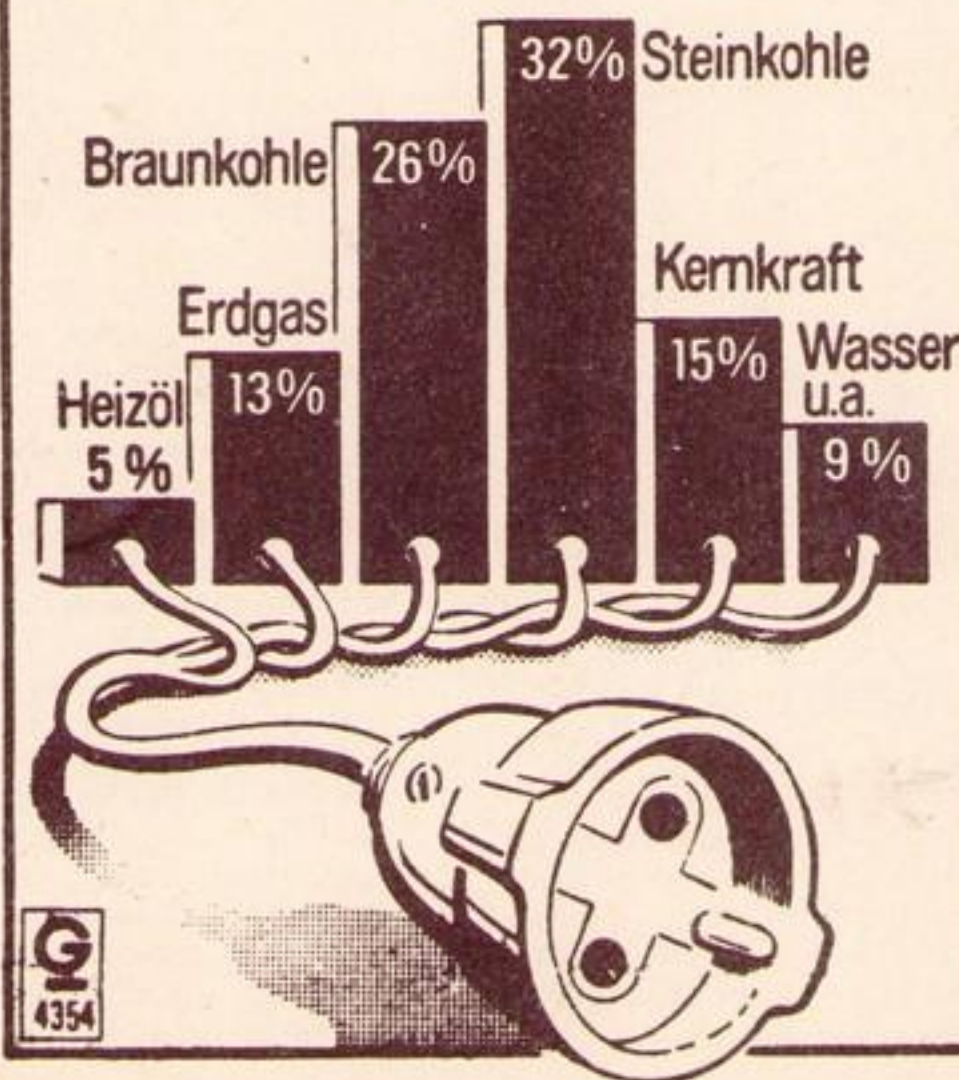
Einerseits Kohleimporte — andererseits Zechenstilllegungen

Die Energiekonzerne der Bundesrepublik importieren Kohle aus den USA, Australien, Kanada, Südafrika und Polen, weil diese Kohle erheblich billiger ist (hauptsächlich infolge günstiger Förderbedingungen). Teilweise haben die bundesdeutschen Großverbraucher sich ausländische Kohleimporte mit langfristigen Abnahmeverträgen gesichert. Der VEBA-Konzern, in dem IG-Bergbau-Chef Adolf Schmidt stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist, hat sich beispielsweise vor einiger Zeit direkt an der US-Kohlegesellschaft Westmoreland beteiligt. Im Beisein seines stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden teilte VEBA-Chef Benningens-Foerder auf der letzten Hauptversammlung seines Konzerns stolz mit: „Mit dieser Investition sichert sich der VEBA-Konzern einen Teil seines Kohlebedarfs für den eigenen Gebrauch und den Handel“. Adolf Schmidt hat auch nichts daran auszusetzen, daß die Ruhrkohle

AG, wo er ebenfalls erster stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist, vor kurzem 80 Millionen Mark in Australien für eine neue Zeche der German Creek investiert hat. RAG-Chef Bund wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die australische Kohle nur halb so viel kostet, wie die bundesdeutsche. Deshalb lohnt sich auch die Frachtkosten. Außer in Australien ist die RAG auch in den USA und Kanada am Steinkohlenbergbau beteiligt. Die Saarbergwerke AG, die zu hundert Prozent dem Staat gehört, beteiligt sich an der Kohleförderung in den USA. Zur Höhe der Kohleimporte in die Bundesrepublik heißt es in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 14. 10. ’82: „Die Importe betrugen im ersten Halbjahr 1981 — jüngere Zahlen sind von der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke nicht zu erhalten — 3 Millionen Tonnen. Die Lieferungen des deutschen Bergbaus lagen bei 15 Millionen Tonnen.“

Der meiste Strom aus Kohle

Zur Stromerzeugung 1981 trugen bei:



Energieknappheit?
Die gemachte
Krise

„Energieknappheit? — Die gemachte Krise“ — so lautet der Titel einer Broschüre, die 1979 im Verlag Roter Morgen erschienen ist. Sie beleuchtet die Hintergründe der damals so viel beschworenen „Energiekrise“ und führt den Beweis, daß diese Krise eine „gemachte“ und aus den Entwicklungsbedingungen des Imperialismus entstandene Krise ist. Außerdem enthält die Broschüre die Erklärung des ZK der KPD (damals noch KPD/ML) zur Energiepolitik, „Den Ölpreistreibern entschlossen entgegenzutreten, die Energieversorgung auf Kohlebasis sichern“. Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30. Preis: 1,80 DM.

Zimmermann will Terror

Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat das Gespenst des Terrorismus — nicht der Nazis, sondern der RAF — wieder an die Wand gemalt, von dem sich zur Zeit sicher kein normaler Bürger bedroht fühlt. Das eben soll anders werden, und so ließ Zimmermann über den Deutschen Depeschen-Dienst (ddp) verbreiten, der Terrorismus bedeute „nach wie vor eine Gefahr für den inneren Frieden“ in der Bundesrepublik, und niemand könne eine „Zunahme terroristischer Aktivitäten“ ausschließen.

Den „inneren Frieden“, den bedrohen zur Zeit vor allem Zimmermann und seine Partei- und Regierungsfreunde mit ihrem Programm des Frontal-

angriffs auf Interessen und Rechte der Werktätigen und der sozial Schwachen. Ihnen möchte Zimmermann aber mal wieder einen anderen Feind präsentieren und dabei sicher zugleich versuchen, geplante Verschärfungen der Strafgesetze, die sich im Kern vor allem gegen den Kampf der Arbeiter richten, als für den Kampf gegen den Terrorismus notwendig zu verkaufen.

Das hat sogar ein Bundestagsmitglied des Koalitionspartners FDP, nämlich der ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch, zur Sprache gebracht. Er warf Zimmermann vor, durch seine Äußerungen könne „in der Bevölkerung eine Erwartungshal-

tung zugunsten verschärfter Strafbestimmungen erzeugt werden“. Außerdem bestehe unter Umständen die Gefahr, die Terroristen in einen „Handlungszwang“ zu versetzen.

Vielleicht wird man ja tatsächlich bald einmal wieder etwas aus der sogenannten „Terrorzone“ hören. Dabei muß es sich dann allerdings keineswegs um Auswirkungen des von Hirsch vermuteten Handlungszwangs handeln. Es können auch Provokationen sein, bei denen Leute verschiedener Staatsbehörden, zum Beispiel des Verfassungsschutzes, selbst die Drahtzieher sind, vielleicht mit Billigung oder im Auftrag bestimmter Politiker und mit Sicherheit im Interesse der Reaktion.

Ließ Bayerns Innenministerium Terrorgruppen aufbauen?

Wie in den letzten Tagen durch eine Enthüllung der Zeitschrift „konkret“ bekannt wurde, hat vor dem Langemann-Untersuchungsausschuß ein gewisser Dr. Hans Kollmar, früherer Kriminaldirektor beim Bundeskriminalamt (BKA), berichtet, daß er mit Langemann wegen des Aufbaus von terroristischen Vereinigungen in Verbindung stand, deren Ziel angeblich eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus sein sollte.

Nur unter Ausschuß der Öffentlichkeit erzählte Kollmar einen Teil seiner Geschichte. Ein Langzeitprogramm zur Bekämpfung des Terrorismus mit „nachrichtendienstlichen Mitteln“ hat er Langemann, der damals höchster bayerischer Staatsschützer war, vorgeschlagen. Er bestand darin, eine Gruppe von ungefähr drei Mitgliedern einzurichten, die als Terrorgruppe parallel zu bestehenden „terroristischen Vereinigungen“ aufgebaut werden sollte. Durch eigene Aktionen und Anschläge sollte sich diese Gruppe ins Gespräch bringen,

wackere Untersuchungsausschuß nicht viel gefunden zu haben. Wie das geheime Protokoll belegt, hat er nicht versucht, tiefere Zusammenhänge herauszubekommen, zum Beispiel, ob Langemanns Dienstherr, der bayerische Innenminister Gerold Tandler, in den Plan eingeweiht wurde (eine sehr naheliegende Vermutung). Kein Ausschußmitglied fragte bei der Staatsregierung nach, ob Tandler einen solchen Plan möglicherweise gebilligt hätte. Kein Ausschußmitglied sah sich veranlaßt, Strafanzeige gegen Kollmar zu stellen, wegen

mann und Kollmar zusammen zuamindst eine Person bereits fest im Auge hatten, die bei der Terrorgruppe mitmachen sollte. Am 13. Juni 1978 schrieb Langemann einen Brief an Kollmar, in dem es heißt: „Den mir mitgeteilten Namen aus der Terroristenszene habe ich prüfen lassen und muß Ihnen mitteilen, daß es sich hierbei um ein außerordentlich gravierendes Projekt handeln könnte. Näheres bei unserer Besprechung demnächst hier.“

Es gibt ja eine Reihe von Anschlüssen, zu denen sich nie eine der bekannten Gruppe erklärt hat, in anderen Fällen tauchten plötzlich gänzlich unbekannte Namen auf. Manchmal war das ganze schon etwas plump; zu dem Sprengstoffanschlag auf das Bundesarbeitsgericht in Kassel am 23. März 1980, der nicht aufgeklärt wurde, bekannte sich zum Beispiel eine



Der Gasmann kommt

Nach dem Regierungswechsel in Bonn ist auf dem Gebiet der inneren Reaktion auch damit zu rechnen, daß die bereits begonnene Aufrüstung der Polizei mit Bürgerkriegswaffen beschleunigt vorangetrieben wird. Das wird auch für die Ausrüstung mit Kampfgas gelten, wobei das berüchtigte CS ganz oben auf der Wunschliste steht.

Vor kurzem war, wie im RM berichtet, ein junger Polizist einen Tag nach der Einatmung von CS-Gas im Zuge einer Demonstration, mit der die niedersächsische Regierung die angebliche „Ungefährlichkeit“ des als Kriegswaffe geächteten Gases nachweisen wollte, gestorben. Kein Grund für die Verantwortlichen, in ihrem Einsatz für die Einführung von CS im gesamten Bundesgebiet nachzulassen. Niedersachsens Innenminister reagierte auf den Vorwurf, CS sei gesundheitsschädlich, mit den Worten: „Zigarettenrauchen ist auch gesundheitsschädlich“.

In krimineller Weise behauptet die offizielle Propaganda, bei der beabsichtigten Dosierung beim Einsatz von CS könne aber schon gar nichts passieren. Für „gering“ wird bei der Bundeswehr, die auch mit dem Gas probt, etwa eine Konzentration von 10 Milligramm pro Kubikmeter Luft gehalten; in Räumen, wo eine solche Kon-

zentration herrscht, läßt man einfache Soldaten ihre Gasmasken auf Dichte überprüfen. Das Bundesverteidigungsministerium selbst erklärte dazu: „Diese Konzentration ist nicht gesundheitsschädigend, hat jedoch Reizwirkungen, die von manchen Personen als sehr unangenehm empfunden werden.“ Die Soldaten haben darüber eine andere Meinung.

Der Kieler Wissenschaftler Dr. Ottmar Wassermann erklärte: „Ich habe schwere Bedenken gegen eine öffentliche Äußerung des Kieler Innenministeriums erhoben, wonach der Einsatz von CS auch in weit höheren Konzentrationen als vorgesehen zu keinen Gesundheitsschäden führt.“ Diese Behauptung ist nicht haltbar. Meine Bedenken wird jeder gewissenhafte Toxikologe teilen.

Nicht gewissenhaft sind die Toxikologen des vom Militär abhängigen Fraunhofer-Instituts, die als einzige bisher dem CS-Gas Unbedenklichkeit bescheinigten und zur Zitatensquelle für alle reaktionären Politiker wurden. Aber selbst ein — bisher unveröffentlichtes — neueres Gutachten dieses Instituts vom März dieses Jahres widerspricht den hier angeführten Propagandalügen. Die „Unverträglichkeitsgrenze“ bei CS, getestet in einem Raum von 2x3x2 Metern, wird darin mit

0,38 Milligramm pro Minute und Kubikmeter angegeben; die Gutachter selbst kommentieren: „Die von uns gefundenen Unverträglichkeitswerte sind relativ gering“. Dieses Gutachten wird der Technischen Kommission der Innenministerkonferenz bei ihrer nächsten Sitzung am 1. und 2. Dezember in Hiltrup vorliegen.

Den Länderinnenministern wurde bereits im letzten Herbst von der Forschungs- und Entwicklungsstelle der Polizei-Akademie Hiltrup eine Wunschliste vorgelegt, die offenbar Teil für Teil erfüllt werden soll. Gegen die „zunehmende Kleingruppentaktik bei gewalttätigen Demonstrationen“ und „die Häufung von relativ kleinen Demonstrationen mit vorher nicht erkennbarem Gewaltpotential“ soll der „Reizstoffwerfer“ zum Einsatz kommen. Das ist eine riesige Kampfgas-Spritze mit einer Reichweite von 30 Metern, „relativ unauffällig und leicht beweglich“, die in Kleinbussen installiert wird. Um auch Personen ausschalten zu können, die sich angesichts dieser Drohungen etwa mit Masken schützen wollen, sollen eventuell „gefärbte, klebrig-schmierige Stoffe“ beigemischt werden, die durch Verkleben der Sichtscheiben die Orientierung erschweren sollen.“



Ex-BKA-Direktor Kollmar: Terrorgruppe gegründet?

um dann Kontakte zu anderen, „echten“ Terrorgruppen zu schaffen und in sie eindringen zu können.

Kollmar hat beim BKA Erfahrungen gesammelt. Er hat nach seiner Dienstzeit in dieser Behörde eine Reihe von nachrichtendienstlichen Instituten aufgebaut. Sein Plan war, wie er selbst betonte, keine „spinnerische Idee“, sondern eine exakte, detaillierte Ausarbeitung. An Langemann ist er herangetreten, weil er ihn in seiner nachrichtendienstlichen Denkweise für ausgezeichnet gehalten habe, für einen Mann, der so etwas begreift, der so etwas aufnimmt, und der es vielleicht in einer sinnvollen Weise „zu unser aller Besten weitergeben kann“.

An dieser Aussage, an diesem eigentlich sensationellen Eingeständnis, scheint der

„Gründung einer kriminellen Vereinigung“.

Die Staatsanwaltschaft hat nun von sich aus eingegriffen. Aber keineswegs zwecks Befragung von Kollmar und Langemann und zur Erhellung der Begleitumstände. Sondern sie hat ein Strafverfahren „gegen Unbekannt“ eingeleitet, um herauszubekommen, wer Zitate aus dem Geheimprotokoll weitergegeben hatte. Erste Äußerungen Kollmars waren in der Fernsehsendung „Panorama“ zu hören gewesen. So werden nicht die Verbrecher verfolgt, sondern die, die ihnen auf die Spur gekommen sind. Die Verbrecher handeln ja auch im Interesse des Staates!

Es ist durchaus möglich, daß Kollmars Pläne bereits organisatorische Folgen hatten. Fest steht zumindest, daß Lange-

„Revolutionäre Zelle in der IG Metall“. Das Ziel der Diffamierung von Gewerkschaften ist deutlich. Es hat übrigens auch schon einmal eine Meldung von einer Terrorgruppe mit dem schönen Namen „Roter Morgen“ gegeben... Was damit wohl beabsichtigt war?!

Verfassungsschützer als Bombenlieferanten sind ja auch bereits bekannt, und direkt im Auftrag des Westberliner Verfassungsschutzes hatte ja vor mehr als einem Jahrzehnt der bekannte Herr Urbach Waffen aus Verfassungsschutz-Arsenalen an verschiedene Gruppen verteilt, auch an die sich gerade formierende RAF. Kollmar paßt mit seinen Plänen also durchaus in die politische Landschaft, und eine Unterstützung seiner Pläne durch einflußreiche Politiker (wer ist einflußreich in Bayern?) wäre sicher keine große Überraschung.

Prozeß gegen Roeder-Komplizen

Vier Monate nach Abschluß des Verfahrens gegen den Chef der faschistischen Deutschen Aktionsgruppen, Manfred Roeder, und drei weitere Mitglieder dieser Mörderbande, stehen jetzt in Stuttgart weitere Anhänger der Vereinigung vor Gericht.

Nach einer Serie von Anschlüssen, bei denen in einem Hamburger Asylantenwohnheim zwei Vietnamesen ermordet wurden, waren bisher zwei Bandenmitglieder zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Roeder, der eigentliche Kopf der Bande, erhielt dagegen lediglich eine Haftstrafe von 13 Jahren.

Bei den jetzt Angeklagten handelt es sich um folgende Personen: Werner Hörnle (24 Jah-

re, Kraftfahrer), Ursula Rauscher (33 Jahre, Kinderpflegerin), Horst Robert Patzke (52, Versicherungsangestellter), Melitta Schubert (55 Jahre, Verwaltungsangestellte), Alberta Schrader (48 Jahre, Industriekauffrau) und Georg Schrader (68 Jahre, Rentner). Alle kommen aus dem Großraum Stuttgart. Ihnen wird zur Last gelegt, abwechselnd Beihilfe zu Sprengstoff- und Brandanschlägen ge-

leistet zu haben.

Diese Anklagen erfolgen spät, obwohl die Namen lange bekannt sind, und es sind auch immer noch nicht alle Anhänger Roeders erfaßt. Auf die Urteile kann man gespannt sein, nachdem im ersten Prozeß ja zum erstenmal lebenslange Haftstrafen gegen faschistische Mörder ausgesprochen worden waren, was zweifellos ein Erfolg für die antifaschistische Bewegung ist. Die verhältnismäßig geringe Strafe für Roeder zeigt andererseits, daß die Justiz rechte Gewaltverbrecher immer noch viel milder anfaßt als Menschen, die sie für Anhänger beispielsweise der RAF hält, denn als solcher kann man „lebenslanglich“ bekommen, ohne daß eine direkte Beteiligung, z.B. an einer Erschießung, nachgewiesen werden muß. Im Falle der Roeder-Bande, Deutsche Aktionsgruppen, besteht kein Zweifel, daß es sich um eine wahrhaft terroristische Vereinigung mit mörderischen Zielen handelt, was allen Bandenmitgliedern sicher bekannt war.

Buch über Langemann-Affäre verboten

Das Buch „Operation Eva — die Affäre Langemann“ (Konkret Literatur Verlag, Hamburg) darf nicht mehr verbreitet werden. Das hat die 21. Zivilkammer des Landgerichts München verfügt. Sie entsprach damit

dem Willen des Geheimagenten, dessen „Persönlichkeitsrechte“ sie angeblich beeinträchtigt sieht. Der Verlag hat Widerspruch gegen diese Entscheidung eingelegt.



„Aber solange es uns nicht gelingt, den Sensometer, den Gedanken- und Gefühlsleser, zu entwickeln, bleibt aller Fortschritt nur Stückwerk und halber Kram“

Gesellschaftssanitäter im Einsatz

Die weitere Einschränkung der Datenschutzbestimmungen gehört zum aktuellen Programm der neuen Regierung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), erklärte, die Bundesregierung werde jedem konkreten Hinweis nachgehen, „ob etwa überzogene Datenschutzregelungen oder falsch verstandene Anwendung zu nicht gerechtfertigten Defiziten bei der Kriminalitäts-Bekämpfung führen.“

Datenschutz dürfe „keinen absoluten Vorrang vor den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit“ haben, sagte Spranger. Eine Ausweitung der Speicherung persönlicher Daten von Bürgern kann seinen Ausführungen zufolge gar keine Einschränkung persönlicher Freiheit bedeuten. Zwischen Freiheit und Sicherheit bestünde kein Gegensatz, denn in einem Rechtsstaat wie unserem diene die Sicherheit — also jede Betätigung der „Sicherheitsdienste“ — „der Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung, in deren Rahmen sich die Freiheit des Einzelnen voll entfalten kann.“ Und wehe, jemand ist anderer Meinung!

„Freiheit in Sicherheit“ ist das Schlagwort, und das bedeutet: Der Bürger hat soviel Freiheit, wie die Herrschenden ihm zugestehen, damit er ihre eigene Sicherheit nicht gefährden kann. Und der Spielraum der Freiheit wird dem konkreten „Sicherheitsbedürfnis“ angepasst.

Folgerichtig sagte Spranger auch „mit aller Deutlichkeit“, daß sich die „Freiheitsrechte der Verfassung der Bundesrepublik“ nicht dadurch zu bewahren hätten, daß sie „den Gegnern der Verfassung und Rechtsordnung jeden von ihnen gewünschten Handlungsspielraum“ verschaffen. Die Bundesregierung widerstehe sich „mit aller Entschiedenheit dem Mißbrauch von Freiheitsrechten durch einzelne Minderheiten“. Gleichschaltung ist angesagt. In ihrem Dienst stehen auch die Datenbanken.

Unser Staat ist ja nicht die große Volksgemeinschaft, wie Zimmermann glaubhaft machen möchte, sondern ein Machtinstrument in Händen einer Klasse, in den Händen der Kapitalisten, der Ausbeuter. Diese Klasse hat das aktuelle Ziel, der großen Masse der Bevölkerung viele der Errungenschaften wegzunehmen, die sie sich im Laufe der Zeit erkämpft hat, die radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in die Taschen der Kapitalisten steht auf der Tagesordnung. Sie fordern dabei vom Staat, von der Regierung, Maßnahmen, diesen Feldzug abzusichern, Vorbereitungen auf zu erwartenden Widerstand zu treffen, Grundlagen zu schaf-

fen, ihn brechen zu können. Neben vielem anderen gehört dazu auch der Wegfall der letzten lästigen Bestimmungen, die dem Ziel entgegenstehen, den Herrschenden den „gläsernen Bürger“ zu präsentieren, der nach Bedarf auszurechnen und auszuschalten ist.

Spranger machte seine Äußerungen zur Eröffnung einer Fachtagung des Bundeskriminalamtes (BKA) zum Thema „Polizeiliche Datenverarbeitung“. Auf dieser Tagung lobte BKA-Präsident Heinrich Boge die Leistungsmöglichkeiten des elektronischen Datenverbundes von Bund und Ländern, mit dessen Aufbau vor rund zehn Jahren sein Amtsvorgänger Herold begonnen hatte.

In der Tat, dieses System ist sehr leistungsfähig. Wie leistungsfähig und wofür — das kennzeichnete bereits vor mehr als zwei Jahren der Regensburg-er Rechtswissenschaftler Professor Wilhelm Steinmüller, langjähriger Datenschutzgutachter der Bundesregierung, so: „Hätten wir morgen einen faschistischen Schwenk, so wären heute alle wesentlichen rechtlichen und technischen Grundlagen angelegt, um das Ganze in relativ kurzer Zeit als ein einziges, gigantisches, aber unsichtbares Kontrollnetz zu mißbrauchen.“ — Die Richtung ist angegeben.

Boges Vorgänger beim BKA, Horst Herold, hatte manchmal Differenzen mit dem früheren Innenminister Baum. Dieser mochte sich nicht ohne weiteres hinter all die sehr offen formulierten Zielvorstellungen des BKA-Chefs stellen, da er doch ein liberales Gesicht zu wahren hatte; allerdings tat er auch nichts, um den auf das Ziel ausgerichteten Kurs des BKA zu stoppen. Boge setzte im wesentlichen auf Kontinuität.

Baum ist weg vom Fenster, Zimmermann und Spranger sind da andere Figuren, und vielleicht identifizieren sie sich ja offener mit den Vorstellungen Herolds, an die hier aus gegebenem Anlaß erinnert werden soll. Herold schrieb der Polizei „gesellschaftssanitäre Aufgaben“ zu:

„Wir müßten (...) die gewaltige Datenmenge, die die Polizei ja hat, durchdringen und mehr dimensional verknüpfen. Die heutige Technik würde das be-

wältigen. Wenn die Datenneurose nicht wäre, wäre das eine einfache Sache (...). Daß man dieses Wissen nicht ausschöpfen und verbinden kann zu einem Gemälde der Gesellschaft! Dies würde doch die Möglichkeit einer Therapie eröffnen. Oder anders ausgedrückt: Was ich anstrebe, ist die Polizei als gesellschaftliches Diagnoseinstrument (...). Stellen sie sich mal vor, was uns da zuwachsen würde: Auf Knopfdruck kann ich Zusammenhänge feststellen — wie zwischen Fingerabdruck und Vererbung, Körpergröße und Verbrechen (...). Ich kann ständig wie ein Arzt — deshalb das Wort gesellschaftssanitär — den Puls der Gesellschaft fühlen und mit Hilfe rationaler Einsichten unser Rechtssystem dynamisch halten.“

Und diese Vorstellungen dienten weder allein der allgemeinen Verbrechensbekämpfung, noch der „Terroristenjagd“. Die treibende Motivation formulierte Herold seinerzeit so:

„Ich meine, daß alle Erscheinungen ihre objektiven Ursachen haben, ihre objektiven Gesetzmäßigkeiten, und daß wir Terrorismus auch unabhängig von der Person seiner Träger hätten (...). Terrorismus war und ist immer ein Indiz für das Herannahen gesellschaftlicher Umstrukturierungen, vom Ausmaß eines Bebens (...). Wir müssen mit Situationen kalkulieren, die mir nicht für immer ausgeschlossen scheinen: wirtschaftlich-ökonomische Krisen etwa, depressive Prozesse, in denen die schmale Zuwachsraten von 2 Prozent sich auf null minimiert, was sich dann schlagartig im Bewußtsein der Bevölkerung niederschlagen kann. Staatsverdrossenheit, Loyalitätskrisen, Erschütterung der staatlichen Organe, Umwertung der Traditionen, die die Staatsapparate in aller Welt tragen: Pflichtgefühl, Gehorsam, Disziplin, Verschwiegenheit, Geheimnis, Leistung — all dies ist längst in einem Umformungsprozeß begriffen...“ Und er warnte auch davor, das „schlafende Proletariat“ könne aufwachen.

Man vergleiche die Entwicklungsskizze Horst Herolds mit der gegenwärtigen Situation, und es wird klar, warum Zimmermann, Spranger und Co. die wirklich wenigen letzten Hindernisse für die hemmungslose Ausnutzung der Computerdateien aus dem Weg räumen wollen. Der allwissende Polizeistaat als Mittel gegen eine revolutionäre Erhebung der Massen, das paßt gut in ihr Konzept.

Freilassung der verhafteten Atomkraft-Gegner!

Im Verlauf der am 30.10.1982 durchgeführten Demonstration gegen die geplante Atommüll-Endlagerung im Schacht Konrad in Salzgitter-Bleckenstedt, wurden über 20 Personen festgenommen.

Nach dem Gesetz hat jeder beschuldigte Bürger das Recht, sich jederzeit des Beistandes eines Verteidigers zu bedienen (§ 137 StPO). Die Ausübung dieses Rechts wurde am 30.10. d.J. auf mehrfache Weise unterbunden bzw. behindert.

So wurde es festgenommenen nicht gestattet, einen Rechtsanwalt anzurufen; Rechtsanwälten wurde seitens der Polizei trotz entsprechender Kenntnis nicht mitgeteilt, wo sich die Festgenommenen befinden. Erst als zwei Rechtsanwälte sich direkt auf das Gelände des Schachtes Konrad begaben, wurde ihnen eröffnet, daß sich die Festgenommenen dort und in Salzgitter-Watenstedt befinden.

Weiteren Verteidigern, die am Schachtgelände eintrafen, wurde zunächst der Zutritt untersagt, wobei jeweils Bedienstete der Schachtanlage und Polizeiführung auf das Hausrecht des anderen verwiesen. Auch

zwei anwesende Staatsanwälte beteiligten sich an diesem Manöver und erklärten sich außerstande, die nach dem Gesetz vorgesehene Kontaktaufnahme zwischen Festgenommenen und Verteidigern zu gewährleisten.

Die Vorgehensweise von Polizei und Staatsanwaltschaft belegt erneut, daß die Exekutive systematisch das Recht von Beschuldigten auf jederzeitigen Kontakt mit einem Verteidiger einschränkt.

Nahtlos fügt sich an dieses Vorgehen die Behandlung der Betroffenen bei Gericht an:

Die Staatsanwaltschaft füllte Antragsvordrucke für Haftbefehle gegen sieben Festgenommene aus; in die Formulare wurden nur noch die „Tat“ (schwerer Landfriedensbruch), die entsprechenden Paragraphen und der angebliche Polizeizeuge eingetragen. Haftgründe usw. waren auf dem Vordruck bereits enthalten.

Auf dieser Grundlage wurden dann sieben Haftbefehle durch Bereitschaftsrichter am Sonntag, dem 31.10.1982, verkündet. (Einer wurde außer Vollzug gesetzt.) In diesen Haftbefehlen wurde wiederum lediglich der Gesetzestext und der

angebliche Zeuge mitgeteilt, alsdann lapidar, daß wegen der zu erwartenden hohen Strafe Fluchtgefahr gegeben sei. Dabei sind in fast allen Fällen fester Wohnsitz, persönliche und soziale Bindungen, sowie Arbeits- und Ausbildungsstellen vorhanden. Offensichtlich sollte und soll Abschreckungswirkung erzielt werden. Die Parallele zu den Nürnberger Massenverhaftungen drängt sich auf.

Wie hier politische Absichten durchgesetzt werden — und nebenbei die einschlägigen Vorschriften der Strafprozeßordnung in völlig rechtswidriger Weise beiseite geschoben werden — zeigt, was gegen die Gegner der Atommüll-Endlagerung im Schacht Konrad geplant ist: Die Brokdorf-Urteile gegen Markus Mohr (3 Jahre) und Michael Duffke (5 1/2 Jahre) weisen die Richtung.

Wir als die Verteidiger der Inhaftierten fordern dagegen die Freilassung unserer Mandanten!

Rechtsanwälte
Michael Hoppe, Reinhard Kettler, Barbara Kramer, Joachim Rollhäuser, Dirk Schoenian, Jens Vollmer, Bernd-Michael Weide

Freiheit für Thomas Hansen!

Betr.: Fall des Kriegsdienstverweigerers Thomas Hansen aus Gelsenkirchen

Der 22-jährige, von den „Gewissens“-Prüfungs-Instanzen dies nicht erkannten, deshalb muß nun Thomas Hansen ins Gefängnis. Ziel der abschreckenden Bestrafung: Die „Funktionsfähigkeit der Landesverteidigung“ soll aufrecht erhalten werden, auch wenn bzw. indem dafür die Identität eines Einzelnen gebrochen wird. Das Generalsekretariat von amnesty international in London hat erklärt, daß Thomas Hansen für den Fall seiner Inhaftierung als politischer Gefangener aus Gewissensgründen anzusehen sei. Dieser Erklärung schließen wir uns an. Denn angesichts planvoller staatlicher Vorbereitungen auf einen Krieg, dessen Führbarkeit bereits gedacht wird, verfolgt diese hemmungslose Bestrafung eines Kriegsdienstverweigerers den Zweck, konsequente Kriegsgegnerschaft überhaupt zu disziplinieren und ins Zwielicht nur

einer einmal verbindlich getroffenen Entscheidung beruht, die tief in seiner gesamten Persönlichkeit verwurzelt ist. Weil die „Gewissens“-Prüfungs-Instanzen dies nicht erkannten, deshalb muß nun Thomas Hansen ins Gefängnis. Ziel der abschreckenden Bestrafung: Die „Funktionsfähigkeit der Landesverteidigung“ soll aufrecht erhalten werden, auch wenn bzw. indem dafür die Identität eines Einzelnen gebrochen wird.

Das Generalsekretariat von amnesty international in London hat erklärt, daß Thomas Hansen für den Fall seiner Inhaftierung als politischer Gefangener aus Gewissensgründen anzusehen sei. Dieser Erklärung schließen wir uns an. Denn angesichts planvoller staatlicher Vorbereitungen auf einen Krieg, dessen Führbarkeit bereits gedacht wird, verfolgt diese hemmungslose Bestrafung eines Kriegsdienstverweigerers den Zweck, konsequente Kriegsgegnerschaft überhaupt zu disziplinieren und ins Zwielicht nur

halber Rechtsstaatlichkeit zu rücken.

Der Verteidiger von Thomas Hansen hat bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg beantragt, die Vollstreckung der Freiheitsstrafe bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerde auszusetzen.

Diesem Antrag schließen wir uns mit allem Nachdruck an. Denn angesichts der von allen Parteien angestrebten Veränderung des inquisitorischen Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer, angesichts der Forderung nach Amnestie für nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die bestraft wurden, erscheint die Vollstreckung der Freiheitsstrafe gegen Thomas Hansen völlig unangemessen und unverhältnismäßig.

i. A. der Rechtshilfe Oldenburg,
Thomas Schmitz
Zwergstraße 15
2900 Oldenburg
Tel.: 0441 / 12662

Strauß-Beleidigungsaktie

Volksfront
Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

DM AKTIE Nr. 0121070

DEUTSCHE MARK

DER INHABER DIESER AKTIE IST AN NEBENSTEHENDER BELEIDIGUNG (WERT: 10- 15000 DM) MIT DEM OBIGEN ANTEIL ALS AKTIONÄR BETEILIGT.

STRAUß - BELEIDIGUNGSGESELLSCHAFT

DER VORSTAND

Handwritten signatures

Aus Anlaß eines weiteren Prozesses gegen Volksfrontler wegen der Bundestagswahl-Propaganda von 1980 geben Frankfurter Strauß-Gegner diese „Strauß-Beleidigungs-Aktie“ heraus. Spenden für die Angeklagten sind übrigens heißt ersehnt!

Berichtigung

Die im letzten „Roten Morgen“ angekündigten Schulungen der KPD sind **Wochenschulungen** (und keine Wochenendschulungen!). Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen. Die Termine sind alle richtig angegeben.

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Raketenalarm in Waldprechtsweiler

In Waldprechtsweiler bei Karlsruhe geriet ein Militärtransporter der US-Armee außer Kontrolle und zermalmte einen PKW, dessen Fahrer umkam.

Der Transporter trug eine Rakete; offiziellen Angaben zufolge war es eine Pershing I A ohne Atomsprenkopf, was aber angezweifelt werden muß.

Einige Eindrücke vom Geschehen vor Ort vermittelt die folgende Volkskorrespondenz.

Gestern, Freitag, um 17 Uhr war eine Demonstration von gut 1000 Teilnehmern. Das ist für die kurze Vorbereitungszeit ziemlich gut für Karlsruhe.

Wir hatten von der Volksfront ein Flugblatt verteilt, und dabei konnte ich mit einem Waldprechtsweilerer Bürger, der auch bei einem Hilfstrupp am Unfallort war, interessante Dinge hören. Er sagte Folgendes:

Er ist sich ziemlich sicher, daß es sich um eine Pershing II handelte. Er sagte, er hätte dies ganz am Anfang in der größten Aufregung mitgekriegt. Er hatte, als die Spezialisten von Böh-

lingen anrückten, um die Zünder zu entschärfen, genau beobachtet, wie sie zwei große weiße Behälter vorsichtig aus der Rakete entnahmen und sich nachher umarmten und die Hände drückten. Überhaupt sei die Stimmung unter der Bevölkerung sehr mißtrauisch zu den durchgegebenen Nachrichten, um welchen Raketentyp es sich handele.

Es gibt danach nun eine Bürgerinitiative, die sich auch mit anderen Friedensinitiativen zusammensetzen will, um die Sache in die Hand zu nehmen, wo die Raketen hingebracht werden

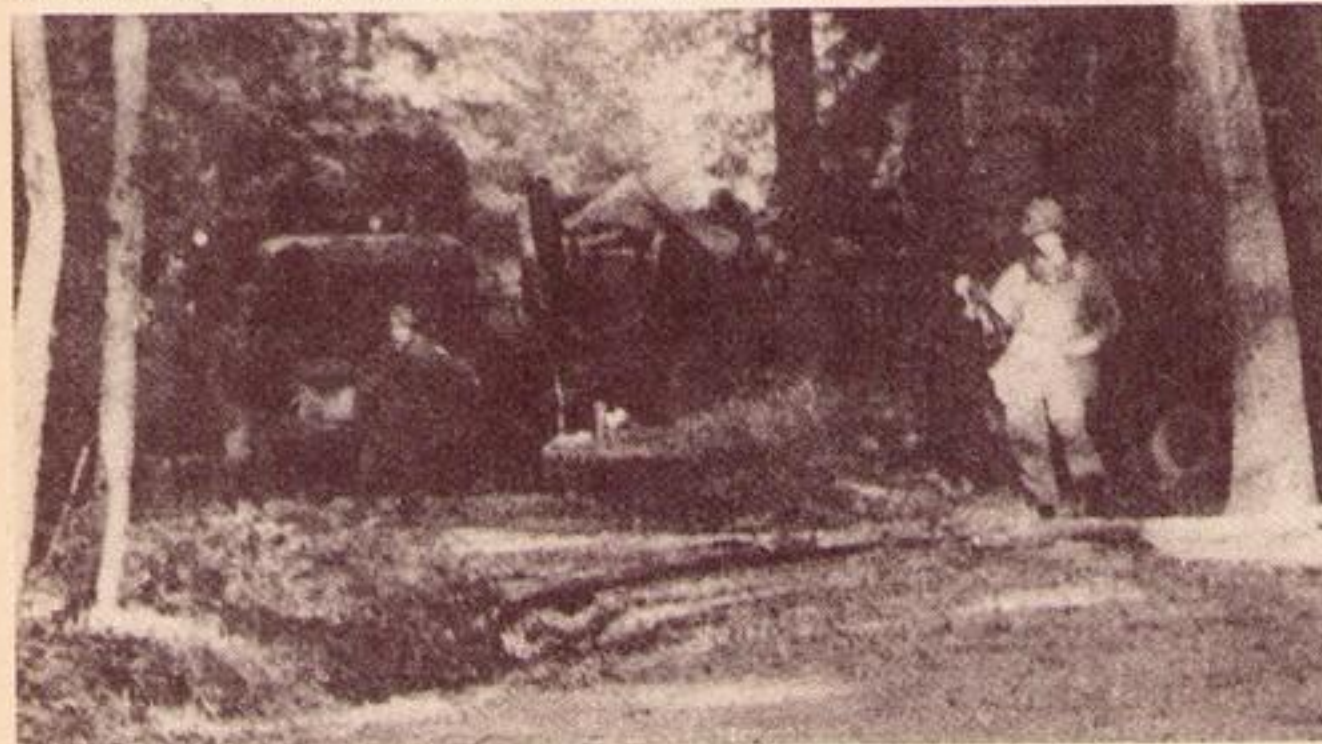


sollten usw. Er sagte auch, für ihn sei klar, daß dieser eine Tote das Leben der Gemeinde Waldprechtsweiler und Umgebung gerettet habe. Er meinte: wenn der Transporter nicht durch den PKW gestoppt worden wäre, wäre er voll auf eine Hauswand gerast, und dahinter fuhr ja der Transporter mit dem Treibstoff, und es wäre zu einer Explosion gekommen. Überhaupt meinte der Bürger, lasse er sich nicht mehr durch die Meldungen beruhigen, und er werde mithelfen, einige Sachen aufzuklären. Zum Beispiel gibt es in der Nähe vom Ort einen Bunker, der Jahrelang geschlossen war, und seit ca. einem Jahr ist dort ein reges Tun. Er meinte, daß da die Amis ein Depot hätten. Der Mann macht nicht den Eindruck, als ob er sich wichtig machen wolle. (...)

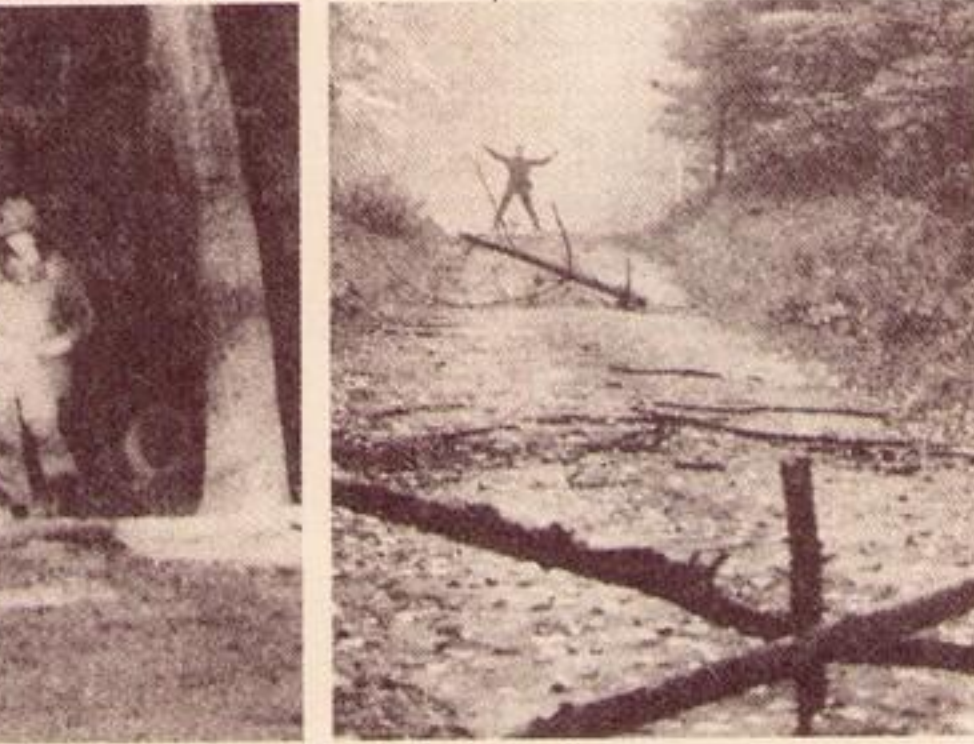
Noch ein Kalauer zum Schluß: Von einem Freund, der bei den Amis im Reparaturdienst arbeitete, erfuhren wir, daß ein „Spezialist“ zur Unfallstelle abgestellt worden sei — der aber von seiner fachlichen Qualifikation her im Betrieb nur die Aufgabe hat, die Sicherheit und Instandsetzung der Feuerlöscher zu kontrollieren!



Etwa 1000 Menschen demonstrierten aus Anlaß des Unfalls gegen die Kriegsvorbereitungen



Nur wenige Kilometer vom Unfallort entfernt hatte einer der drei Züge des US-Verbandes, der nicht in den Unfall verwickelt war, seine Pershing streng geheim aufgebaut — auf einem öffentlichen Weg, der mit Baumstämmen blockiert worden war.



Anlieger und Besucher einer Ausflugsgaststätte zwischen Völkersbach und Schluttenbach wurden zum Teil mit Maschinengewehren empfangen und auf einen Umweg geschickt.

Korrespondenz aus Stuttgart

5 Jahre Knast für einen Mollie

Am Montag, dem 25.10.82, wurden auf Beschluß des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe sieben Wohnungen und Gebäude im Raum Stuttgart durchsucht. Die Ermittlungen — gegen Unbekannt — wegen Vergehen nach § 129a StGB und anderer „gemeingefährlicher“ Straftaten (§§ 306 — 308 StGB und § 102 StPO) galten insbesondere auch neun „verdächtigen“ Personen aus der Stuttgarter „Antimperialistischen Bewegung“.

Verdächtig werden diese Personen, zwischen 20.7. und 6.10.82 fünf kleinere Brandanschläge gegen US-Militäreinrichtungen begangen zu haben.

Als Verdachtsmomente werden aufgeführt: Schriftstücke, die sich mit dem US-Imperialismus befassen, sowie eine Auf-

stellung über NATO-Einrichtungen in Baden-Württemberg, wovon etliche gekennzeichnet waren; eine dieser Personen steht mit dem in Straubing einsitzenden RAF-Gefangenen Bernd Rössner in Verbindung; die Verdächtigen haben des öfteren sie verfolgende Zivilpolizisten abgeschüttelt (konspiratives Verhalten).

Aus dem Sachverhalt bezüglich der Anschläge und der Aufmachung der Bekennerbriefe ginge hervor, daß es sich in beiden Fällen um eine oder mehrere terroristische Vereinigungen handele.

Darüber hinaus bestünde der Verdacht, daß die Täter die Ziele der terroristischen Vereinigung RAF unterstützen wollten.

Was sich hinsichtlich der Schaffung — seitens der Bundesanwaltschaft — einer „lega-

len RAF“ und damit des „Konstrukts der ‚Unterstützung einer terroristischen Vereinigung‘ durch weite Teile der antimperialistischen Bewegung“ beim Prozeß vor einigen Wochen in Stuttgart-Stammheim gegen Karl Grosser und Jürgen Schneider als Tendenz andeutete, wird durch diesen Ermittlungsschluß bestätigt.

Es kommt dann in den zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Stationierung ameri-

kanischer Mittelstreckenraketen nicht mehr darauf an, ob Kriegsminister Wörner entführt wird oder ein Mollie in eine Kaserne fliegt, beide Taten sind der RAF und ihrem „legalen“ Arm, ihren Unterstützern zuzuordnen.

Fünf Jahre Knast mit Hilfe des § 129a für einen Mollie.

So gedenken die Herrschenden hierzulande den Widerstand gegen ihre Kriegspläne zu brechen.

Unangebrachte Ironie

Liebe Genossen!

Eigentlich bin ich gegen Leserbriefschlachten! (Bei uns im „Weser-Kurier“ finden sie meistens nur über Hundekacke auf öffentlichen Plätzen statt.) Aber über den Leserbrief „Von

Frauen und Männern“ im RM Nr. 44 habe ich mich doch geärgert!

Ich finde so etwas von unangebrachter Ironie sollte man lassen — unter Genossen sowieso! Rotfront und liebe Grüße! Kirsten (Bremen)

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohende werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

...

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Zum 40. Jahrestag des Zentralorgans der PAA

„Zëri i popullit“ — Stimme des Volkes

Das Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens „Zëri i popullit“ [„Stimme des Volkes“] hat seinen Namen von Anfang an sehr ernst genommen. Seit ihrer ersten Ausgabe am 25. August 1942 ist sie niemals der Gefahr erlegen, nur eine „Fachzeitschrift für Berufsrevolutionäre“ zu sein, mit der die werktätigen Massen nichts anfangen können; und während sich heute große, ehemals kommunistische Zeitungen wie die „Prawda“ („Wahrheit“) in Unwahrheit verwandelt haben und das „Neue Deutschland“ alles andere als ein neues Deutschland verkörpert, ist „Zëri i popullit“ bis in unsere Tage über 40 Jahre hinweg ihrem Namen „Stimme des Volkes“ treu geblieben. Im folgenden ein Portrait der Zeitung.

„Zëri i popullit“ hat eine Aufgabe, hat ein Ziel: das gesamte albanische Volk um dieses Organ zu scharen, alles, was ehrlich und antifaschistisch ist, ohne Unterschied der Religion, der politischen Zugehörigkeit und der verschiedenen Strömungen zu vereinigen. „Zëri i popullit“ ist entschlossen, die Besatzung zu bekämpfen“ (1). Mit diesen Worten beginnt der von Genossen Enver Hoxha verfaßte Leitartikel der ersten Ausgabe.

Seit drei Jahren, und gut vier Monaten steht der italienische Besatzer im Land, seit knapp einem Jahr gibt es die Kommunistische Partei in Albanien. Von Anfang an verfolgte die KPA, die sich auf ihrem 1. ordentlichen Parteitag im November 1948 in PAA umbenannte, eine korrekte Einheitsfrontpolitik. Und man wird bis zur vollständigen Befreiung Albaniens am 29. November 1944 keinen einzigen Artikel finden, der über das von der Gründungsversammlung der Partei (am 8. November 1941) bestimmte strategische Ziel der damaligen Etappe hinausgegangen wäre: „Kampf für die nationale Unabhängigkeit des Volkes und für eine volksdemokratische Regierung in einem vom Faschismus freien Albanien.“

Einheitsfrontpolitik der Komintern

Diese korrekte Einheitsfrontpolitik war das Ergebnis eines heftigen politischen und ideologischen Kampfes, der insbesondere vor, aber auch nach der Parteigründung gegen das Sektierertum geführt werden mußte. Das lag an der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung, die sich natürlich auch in der jungen Partei widerspiegelte; das lag an mangelnder Erfahrung und Schulung; das lag aber vor allem an verkappten trotzkistischen Parteifeinden, die diese objektiven Schwächen auszunutzen versuchten, eine Fraktion bildeten, aber Ende Juni 1942 auf einer außerordentlichen Parteikonferenz ausgeschlossen wurden. Diese Leute redeten ständig von der „proletarischen Revolution“, hielten aber die Arbeiterklasse, soweit sie sie nicht völlig leugneten, für zu unreif für dieses „große Ziel“, wollten infolgedessen ihre Kader im Verborgenen erziehen, um sie, wenn es „endlich so weit ist“, an die Spitze der Revolution stellen zu können; die Bauern hielten sie für eine reaktionäre Schicht. So leugneten sie letzten Endes den Klassenkampf; an die Organisation des Nationalen Befreiungskampfes, den das Volk, ohne diese „Strategen“ zu fragen, von sich aus begonnen hatte, oft mit Kommunisten an der Spitze, war so natürlich gar nicht zu denken.

So kann man also die Herausgabe von „Zëri i popullit“

etwa zwei Monate nach dem Ausschluß der Fraktionisten durchaus als wichtigen Sieg im Kampf gegen das Sektierertum, für eine korrekte Einheitsfrontpolitik, bezeichnen. Die Linie der KPA im Nationalen Befreiungskampf war die schöpferische Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern auf die konkreten Bedingungen in Albanien.

„Zëri i popullit“ wurde sehr schnell das Sprachrohr nicht nur der albanischen Kommunisten, sondern aller Albaner, die gegen die Besatzer kämpfen wollten. Mit dieser Linie — und entsprechenden daraus resultierenden Organisationsformen — gelang es der Partei, aus einem weniger als eine Million zählenden Volk eine Befreiungsarmee von 70000 Kämpfern aufzustellen, die die Besatzer aus eigener Kraft verjagte und die Landesverräter schlug.

Eine Zeitung mit Massencharakter braucht natürlich einen entsprechenden Arbeitsstil. Zwar war mitten im Krieg nicht daran zu denken, ein breites Volkskorrespondentenetz aufzubauen, doch mußte zumindest innerhalb der Redaktion ein kollegialer Arbeitsstil herrschen, um die Mission der Zeitung voll auf erfüllen zu können.

Im November 1943 weist Genosse Enver Hoxha den Genossen Naku Spiro, der damals leitender Redakteur war, in einem Brief darauf hin, daß es nicht richtig sei, wie er die Zeitung mache. Er schreibe die ganze Zeitung allein, von der ersten bis zur letzten Zeile, anstatt sich auf den Leitartikel zu konzentrieren und auch andere talentierte Genossen heranzuziehen bzw. anzulernen. Auf die Volkskorrespondenzen kam man im August 1952 zurück, zuvor aber steht die Frage an, welche Rolle das Zentralorgan der KPA nach der Befreiung gespielt hat.

Die ersten Jahre nach der Befreiung waren nicht nur für das albanische Volk auf Grund der ungeheuren Kriegsschäden und der völlig am Boden liegenden Wirtschaft außerordentlich schwer, auch die Partei mußte einen ihrer wichtigsten, innerparteilichen Kämpfe bestehen, bei dem es schließlich um ihre Existenz als unabhängige marxistisch-leninistische Partei ging. Dieser Kampf spiegelt sich in „Zëri i popullit“ nicht wider, denn „Zëri i popullit“ ist bis zum 5. November 1948 überhaupt nicht erschienen. Und das kam so.

Einheitsfrontpolitik „made in Belgrad“

Bereits in den letzten Tagen des Befreiungskampfes, im November 1944, ist es den damals noch nicht entlarvten jugoslawischen Revisionisten gelungen, im Zen-

tralkomitee und im Politbüro der KPA hinter dem Rücken des Generalsekretärs Enver Hoxha eine Fraktion aufzuziehen. Vermittels dieser Fraktion, und begünstigt durch die mangelnde Erfahrung der albanischen Kommunisten beim Aufbau der neuen Ordnung, gelang es den Tito-Revisionisten, der KPA für eine gewisse Zeit unter dem Deckmantel einer „besonders konsequenten Einheitsfrontpolitik“ einige rechte Einstellungen ihrer im Prinzip richtigen Generallinie aufzuzwingen. So wurde zum Beispiel (nach jugoslawischem Vorbild) die Kommunistische Partei, obwohl sie die ungeteilte Macht in den Händen hielt, nicht legalisiert, die Kommunisten verheimlichten ihre Parteimitgliedschaft im Volk; auf dieser Grundlage wurde „Zëri i popullit“ eingestellt. Die Direktiven des ZK, das faktisch das ganze Leben des Landes führte, wurden als Beschlüsse der Demokratischen Front propagiert und in „Bashkimi“, dem Organ der Front, veröffentlicht.



Genossenschaftsbauern beim Lesen von „Zëri i Popullit“.

Doch in der Praxis zeigte sich schnell, daß diese Politik mit Einheitsfront nichts, mit Versöhnung mit dem Feind aber alles zu tun hatte; und wäre diese Politik nicht schließlich am Widerstand des korrekten Teils des ZK gescheitert, so wäre das höchste Gut, das wertvollste Kapital der KPA, die Volkseinheit, zerbrochen, hätte das Volk die mit so viel Blut eroberte Macht wieder verloren, denn die Tito-Revisionisten und ihre albanischen Agenten ließen nichts unversucht, um ehemalige Kollaborateure mit den Besatzern in die neuen Machtorgane zu hieven, um die reichen Elemente in der Bauernschaft vor der Agrarreform zu retten usw., mit einem Wort, die Macht mit jenen Elementen zu teilen, die auf dem Rücken des Volkes leben wollten, und wohl gemerkt, alles unter dem Deckmantel, der Einheitsfrontpolitik.

Als die Fraktion und der Verrat Titos schließlich im September 1948 auf dem 11. Plenum des ZK der PAA aufgedeckt wurden, wurden die Einstellungen in der Linie beseitigt. Seitdem ist „Zëri i popullit“ ohne Unterbrechung erschienen.

Volkskorrespondenzen

Zurück zur Frage, wie es der

Zeitung gelungen ist, das Ohr an den Massen zu haben. Es versteht sich von selbst, daß eine noch so hervorragende Redaktion am Schreibtisch in Tirana solches nicht realisieren kann. Wer heute einen Blick in das albanische Zentralorgan wirft, wird regelmäßig zwei, drei kleinere Beiträge mit „korrespondent vullnetar“ (freiwilliger Korrespondent) unterzeichnet sehen. Um dieses Problem geht es unter anderem auch in der Grußbotschaft des ZK der Partei vom 24. August 1952, aus Anlaß des 10. Jahrestages von „Zëri i popullit“:

„Das Zentralkomitee der Partei lenkt die Aufmerksamkeit der Redaktion auf die unzureichende Arbeit, die bezüglich der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten gemacht worden ist, und weist an, zur Beseitigung dieses Mangels Dringlichkeitsmaßnahmen auf Grund der Beschlüsse unserer Partei zu ergreifen. Die möglichst enge Verbindung mit den Massen, die unaufhörliche und systematische Arbeit zur Ausweitung und

lanzen mit gut ausgebildeten Fachkräften besetzt sind. Der Leser, der solchen Problemen auch in seinem Wohngebiet oder Betrieb begegnet ist, kann gegen solcherlei Mängel natürlich mit dem Zentralorgan in der Hand viel besser vorgehen.

Somit sind die „korrespondent vullnetar“ eines der Mittel des Zentralorgans, den Klassenkampf, den Kampf gegen Mängel und Schwächen, den Kampf zur Festigung der Erfolge und des Neuen, Fortschrittlichen, auch in den kleinsten Dingen des Lebens, ohne den der Klassenkampf um die entscheidenden Fragen des sozialistischen Aufbaus überhaupt nicht begriffen werden kann, voranzutreiben.

Das heutige Gesicht von „Zëri i popullit“

Seite 1 bringt in der Regel Informationen aus den verschiedenen Bezirken, spiegelt Volksberatungen wider (gegenwärtig die Diskussion um die Ausarbeitung des Jahresplans 1983), verbreitet Erfolge, prangert Mängel an usw.

Die Seiten 2 und 3 bringen in unregelmäßiger Reihenfolge immer wiederkehrende Rubriken,

Genossen Enver Hoxha und anderer Parteiführer besprochen und historischer Ereignisse gedacht.

Im Gegensatz zu der einfachen Berichterstattung werden im Rahmen der Rubriken konkrete Fragestellungen herausgegriffen. Wenn zum Beispiel der Betrieb X seit Jahren mit Verlust arbeitet, oder die Spezialisten des geologischen Betriebs Y sich mehr auf den Boulevards der Stadt als in den Bergen herumtreiben, so wird hier nicht einfach angeprangert und verurteilt, sondern wissenschaftlich, anhand genauer Recherchierens analysiert, wie es dazu kam, wo die Versäumnisse liegen, welche Maßnahmen man rechtzeitig hätte treffen sollen bzw. welche man besser nicht hätte treffen sollen usw.

Oft wird der betreffende Betrieb mit einem Betrieb mit etwa gleichen Bedingungen, der aber besser gearbeitet hat, verglichen, und so entspringen der Analyse wertvolle Erfahrungen für das ganze Land. Ganz ähnlich wird in diesem Rahmen auch mit außergewöhnlichen Erfolgen umgegangen, sie werden nicht einfach nur als Vorbild für alle propagiert; vielmehr wird ihre Geschichte analysiert, ihre Grundlage herausgearbeitet, mit einem Wort, es tritt überaus deutlich zutage, auf welche Art und Weise sich die Linie der PAA in wirkliches, materielles Leben verwandelt bzw. was passiert, wenn man sie nicht beherzigt; das trägt selbstverständlich auch dazu bei, diese Linie zu bereichern, Dinge, die sich in der Praxis als nutzlos oder unrichtig erweisen, zu verwerfen usw. Anders ausgedrückt: Hier findet der Klassenkampf innerhalb Albaniens seinen ganz konkreten Ausdruck; die Auslandspropaganda Albaniens auch mit diesem Material zu bereichern, würde ihre Überzeugungskraft mit Sicherheit weiter vergrößern.

Zwei- bis dreimal in der Woche werden Probleme dieser Art auch in fettgedruckten, redaktionellen Artikeln auf Seite 1 behandelt, die Direktivencharakter haben.

Seite 4 schließlich behandelt internationale Fragen in Meldung und Kommentar. Dem Kasten unten rechts kann man das Fernseh- und Radioprogramm des jeweiligen Tages entnehmen.

Man kann den 40jährigen Weg von „Zëri i popullit“ unmöglich würdigen, ohne auch auf die bedeutende Rolle einzugehen, die „Zëri i popullit“ im Kampf gegen den modernen Revisionismus gespielt hat, und zwar sowohl auf nationaler Ebene als auch auf internationaler.

Seit ihrer Wiederveröffentlichung im November 1948 bis heute hat sich in „Zëri i popullit“ der frontale, offene und konsequente Kampf gegen den Tito-Revisionismus gezeigt.

Fortsetzung auf Seite 10

z. B. „ideologische Probleme“, „Fragen der Verbindung der Partei mit den Massen“, „Probleme der Organisation und Leitung in der Landwirtschaft“, „Transportwesen“, „Leicht- und Nahrungsmittelindustrie“, „Kunst und Kultur“, „Bildung“, „Fragen der militärischen Ausbildung“, „die Arbeit der Partei in den Massenorganisationen“, um nur einige zu nennen. Die Berichterstattung der Seite 1 setzt sich auch auf den Seiten 2 und 3 fort; hier werden Leserbriefe abgedruckt, mitunter auch theoretische Fragen behandelt, die Werke des

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Zum 40. Jahrestag des Zentralorgans der PAA

Fortsetzung von Seite 9

Der offene Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus begann in der zweiten Hälfte 1961, als Chruschtschow von der Tribüne des 22. Parteitags der KPdSU herab die Führer der PAA als Agenten des Imperialismus verleumdete, die sich „für 30 Silberlinge verkauft hätten“.

Aber schon vorher hatte das ZK der PAA die Plattform des 20. Parteitags der KPdSU in allen wichtigen Fragen zurückgewiesen, allerdings ohne Roß und Reiter zu nennen, etwa im Bericht des Genossen Enver Hoxha an das ZK-Plenum (3) vom 13. Februar 1957, der auch in „Zëri i popullit“ abgedruckt wurde.

„Zëri i popullit“ im Kampf gegen den modernen Revisionismus

Am 22. Dezember 1961, der offene Kampf gegen den sowjetischen Revisionismus hatte gerade begonnen, beschäftigte

zätzlich der Erziehung der Massen zur Überwindung aller Schwierigkeiten, die die Feinde unserer Partei und unseres Landes — die Imperialisten und ihre Agenten, die modernen Revisionisten — uns in den Weg zu legen versuchen;

b) um den großen Elan der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bei der Arbeit, der in den Tagen des IV. Parteitages und danach ausgebrochen ist, lebendig zu halten und weiter zu entfalten;

c) wobei im Mittelpunkt der Zeitung der neue Mensch zu stehen hat, der Erbauer des Sozialismus, um zur Erziehung der Massen zur sozialistischen Haltung gegenüber Arbeit und gemeinsamem Eigentum (4) beizutragen und um die kleinbürgerlichen Überreste und alle für unser neues Leben fremden Dinge anzugreifen.“ (5)

Und unter Punkt 2 heißt es dann unter anderem: „... sowie die Ideologie und die Werke der modernen Revisionisten nachdrücklicher zu entlarven.“ (6)

Aus Punkt 1 geht deutlich hervor, daß die PAA und das ganze Volk auf der gesamten

zweck geführt hat. Die entsprechenden Artikel von „Zëri i popullit“ sind nicht einfach gelungene Aufsätze von theoretisch sattelfesten Leuten, denen im stillen Kämmerlein beim Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin die Erleuchtung gekommen ist, daß Tito, Chruschtschow, Mao, Marchais usw. vom Marxismus-Leninismus abgewichen sind. (Natürlich haben sie auch die Klassiker intensivst zu Rate gezogen!) Doch diese Artikel sind zuallererst der Ausdruck einer tief in den werktätigen Massen verankerten Partei, die den Revisionismus als solche unweigerlich bekämpfen mußte — und das dann auch theoretisch tat —, weil er den Klasseninteressen des Proletariats zuwiderläuft, weil er den nationalen Interessen des albanischen Volkes zuwiderläuft, weil er die Verbindungen der Partei zu den Massen löst und sie in eine der Arbeiterklasse als Gegner gegenüberstehende Partei verwandelt. Die PAA hat den Revisionismus niemals nur mit Pamphleten bekämpft.

Die Verdienste der PAA im



sich das Politbüro des ZK der PAA mit der Arbeit von „Zëri i popullit“ und faßte den Beschluß „Über die weitere Hebung des Niveaus der Zeitung „Zëri i popullit““. Wenn man sich vor Augen hält, daß mit dem einseitigen und treulosen Abbruch sämtlicher Beziehungen zu Albanien seitens der Sowjetunion der imperialistisch-revisionistische Belagerungszustand über Albanien verhängt wurde, so versteht sich von selbst, daß der Kampf gegen den modernen Revisionismus, den die PAA geführt hat und führt, niemals nur eine theoretische Auseinandersetzung darüber gewesen ist, wie man nun Marx, Engels und Lenin auszulegen hätte. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus war für die PAA und die Volksrepublik Albanien stets eine Frage des Überlebens als wahrhaft sozialistischer Staat. Also gab es in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Aufgaben für das Zentralorgan. Im folgenden wird Punkt 1 des erwähnten Beschlusses zitiert:

„1. Die Zeitung „Zëri i popullit“ hat eine größeren Beitrag zur Organisation und Mobilisierung der Massen für die Realisierung der Aufgaben des 3. Fünfjahrplans (den der IV. Parteitag im Februar 1961 verabschiedet hatte — J.V.) zu leisten,

a) seitens einer größeren und qualifizierteren Propaganda be-

Front des nationalen und internationalen Klassenkampfes auf den modernen Revisionismus reagieren mußten, und nicht nur theoretisch.

Gleichwohl hat gerade der theoretische Kampf der PAA gegen den modernen Revisionismus — die wichtigsten Artikel sind alle in Fremdsprachen erschienen — viel dazu beigetragen, daß sich die wirklichen Kommunisten in den verschiedenen, entarteten Parteien von den Revisionisten lossagen konnten.

Dieselbe Rolle spielten dann die Artikel, die „Zëri i popullit“ nach dem VII. Parteitag der PAA im November 1976 gegen den chinesischen Revisionismus veröffentlicht hat, insbesondere der Artikel „Theorie und Praxis der Revolution“, den auch der „Rote Morgen“ in einer Beilage herausgegeben hat.

Niemals nur mit Pamphleten

Mit ihren Artikeln gegen den modernen Revisionismus jedweder Schattierung haben sich die PAA und ihre Zentralorgan in der internationalen kommunistischen Bewegung den Ruf des Vorkämpfers gegen den Rechtsopportunisten erworben, und das mit vollem Recht!

Man sollte allerdings niemals vergessen, daß die PAA den Kampf gegen den modernen Revisionismus nicht als Selbst-

Kampf gegen den modernen Revisionismus sind kolossal, doch sie liegen nicht nur im Kampf gegen den modernen Revisionismus. Sie liegen vor allem im schwierigen und komplizierten, aber erfolgreichen Kampf für die Herstellung einer größtmöglichen Einheit im Volk, und erst auf diesem Hintergrund kann auch ihr Kampf gegen den modernen Revisionismus allseitig eingeschätzt und umfassend gewürdigt werden.

In diesem Sinne ist der Name des albanischen Zentralorgans „Stimme des Volkes“ nicht nur irgendein sentimentaler Begriff, sondern ein ganzes Programm, das der politischen Tätigkeit der PAA von Anfang an zugrunde gelegen hat und das sehr schnell, schon in den Tagen des Befreiungskampfes, Wirklichkeit geworden ist.

— jvt —

1. Enver Hoxha, Ausgewählte Werke, Bd. I, Dortmund, S. 36
2. Partia e Punës e Shqipërisë për shtypin, Tirana 1981, S. 123
3. Siehe auch: Enver Hoxha, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Dortmund 1974, S. 1
4. Zum Verständnis der Frage zur Haltung gegenüber Arbeit und Eigentum siehe auch: Enver Hoxha, Bericht an den VIII. Parteitag der PAA, Tirana 1981, S. 144 F.
5. Partia e Punës (...) për shtypin, S. 177
6. ebenda

Wahlen in den USA

Reagans Niederlage hält sich in Grenzen

Erfolge für die „Freeze“-Bewegung

Bei den Wahlen zum Kongreß, dem US-Parlament, konnte die Demokratische Partei erwartungsgemäß beträchtliche Gewinne verbuchen. Sie baute ihre schon bestehende Mehrheit im Abgeordnetenhaus mit 26 zusätzlichen Sitzen weiter aus, während in der anderen Kammer des Kongresses, dem Senat, Reagans Republikaner ihre Mehrheit behaupten konnten.

Auch bei den Wahlen der Gouverneure, (die in etwa den Ministerpräsidenten der Länder in der BRD entsprechen), erzielten die Demokraten Erfolge: Sie konnten neun Republikaner aus dem Amt drängen und dabei fünf Gouverneursposten allein im Mittleren Westen erobern, einer traditionell republikanischen Region, die aber in den letzten Jahren mit weit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zu einem Notstandsgebiet

zent der Berechtigten in den USA gaben letzte Woche ihre Stimme ab. Typisch für die Haltung der Mehrheit der Amerikaner zu parlamentarischen Wahlen ist eine jüngst veröffentlichte Meinungsumfrage, bei der beispielsweise 72 Prozent der Befragten erklärten, die zur Wahl stehenden Kandidaten würden ihre Versprechungen sowieso nie einhalten.

Zur Festigung einer solchen Einstellung trägt wesentlich bei,

talkräftigen Gruppen holen, beispielsweise bei einem der über 3150 Politischen Aktionskomitees (PAC). Diese Komitees, in denen sich zumeist Unternehmen zusammengeschlossen haben, rücken ihr Geld übrigens nur dann heraus, wenn sich der Kandidat ausdrücklich verpflichtet, im Kongreß gemäß den Interessen der jeweiligen PAC zu stimmen. Selbst die US-Zeitung „New York Times“ sah sich kürzlich zu der Mahnung veranlaßt: „Der enge Zusammenhang zwischen interessengebundenen Spenden und gesetzgeberischen Abstimmungen erweckt den Eindruck, als stehe der Kongreß zum Verkauf.“ Aber das ist eben nicht nur ein Eindruck, sondern die ganze Wahrheit.

Angeichts solcher Verhältnisse ist es denn auch nicht verwunderlich, daß Abstimmungen im amerikanischen Parlament nicht so aussehen wie bei uns, daß nämlich die Parteien jeweils relativ geschlossen für oder gegen ein Gesetz stimmen. Im Kongreß geht das vielmehr quer Beert, und Reagan konnte sich bei der Durchsetzung seiner Programme auch immer auf die Stimmen von ca. 20 Abgeordneten der Demokraten stützen. Das wird nun nach dem Wahlergebnis von letzter Woche nicht mehr so leicht sein. Reagan wird also mehr taktieren müssen. Er hat allerdings bereits angekündigt, daß er seinen ultrarechten Kurs nicht abändern will.

Parallel zu den Wahlen wurden in neun Bundesstaaten, in Washington und dreißig weiteren Großstädten und Gemeinden, Abstimmungen über „Freeze“ (das Einfrieren der atomaren Rüstung auf den jetzigen Stand) durchgeführt. 25 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an dieser Abstimmung; bis auf Arizona gab es überall klare Mehrheiten um 70 Prozent für ein Einfrieren — ein deutliches Votum gegen Reagans Kriegspolitik.



Protest gegen Atomrüstung

geworden ist. Ausschlaggebend für die Gewinne der Demokraten, die ihren Wahlkampf ganz auf Reagans Wirtschaftspolitik abgerichtet hatten, waren die Stimmen der Arbeiter, der Schwarzen, der Rentner usw. — also der Opfer des Reaganschen Krisenprogramms (bei der Präsidentschaftswahl vor zwei Jahren hatten von den Arbeitern, die sich daran beteiligten, noch 55 Prozent für Reagan gestimmt).

Insgesamt blieben die Verluste der Republikaner jedoch begrenzt; der von vielen erhoffte Erdbeben zugunsten der Demokraten hat nicht stattgefunden. Nun sind aber US-Wahlen auch nicht mit Wahlen in Westeuropa zu vergleichen. Das wird offenkundig vor allem in der Wahlbeteiligung: Nur 38 Pro-

daß die Wahlen in den USA ganz offen den Charakter einer Farce haben. Zum einen haben durch das dort herrschende Mehrheitswahlrecht ausschließlich die Kandidaten der beiden großen Parteien des Monopolkapitals, der Demokraten und der Republikaner, eine Chance. Zum anderen gibt es keine Parteienfinanzierung wie bei uns: Die Kandidaten müssen ihre aufwendigen Wahlkampfkosten selbst bestreiten. Und für einen Sitz im Repräsentantenhaus werden etwa 500 000 bis eine Million Dollar veranschlagt; ein Senatsitz „kostet“ gar bis zu zehn Millionen Dollar.

Die Kandidaten müssen also entweder selbst Millionäre sein, oder sie müssen sich das Geld für ihren Wahlkampf bei kapi-

Streiks und Demonstrationen

Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Ähnlich wie in der Bundesrepublik hat es auch in anderen westeuropäischen Ländern Protestaktionen der Gewerkschaften gegen die Krisenpolitik der bürgerlichen Regierungen gegeben. In Kopenhagen beispielsweise gingen vorletzten Montag wieder 80 000 Werktätige auf die Straße.

Die meisten von ihnen hatten vorzeitig die Fabriken und Büros verlassen, um sich in die Demonstrationen einzureihen. Insgesamt haben sich in den letzten Wochen mehrere 100 000 Werktätige in Dänemark an den Protestaktionen beteiligt. Diese Aktionen richten sich gegen das Krisenprogramm der konservativen Regierung, die seit einigen Monaten im Amt ist. Danach wird die bislang geltende Koppelung der jährlichen Lohnerhöhungen an die Teuerungsrate für mehrere Jahre außer Kraft gesetzt; bis zum nächsten Frühjahr ist sogar ein vollständiger Lohnstopp verfügt worden.

Das Arbeitslosengeld ist eingefroren worden; Krankengeld wird es künftig erst nach einem Karenztag geben; soziale Leistungen wurden gekürzt usw. Auch auf politischem Gebiet nehmen die Angriffe gegen die dänische Arbeiterklasse zu. Der Unternehmerverband will 14 lokale Gewerkschaftsorganisationen vor Gericht zerren, weil sie

Proteststreiks gegen den Sozialabbau organisiert hatten. Mehrere tausend Arbeiter demonstrierten vor dem Gebäude des Unternehmerverbands in Kopenhagen gegen diese Attacken der Kapitalisten.

In den belgischen Provinzen Hainaut und Brabant sind 6000 Beschäftigte des Verkehrswe-

sens für mehrere Tage in den Streik getreten, um geplante Massenentlassungen abzuwehren. Gestreikt wurde auch in Norwegen: Dort hatten die Gewerkschaften am vergangenen Donnerstag einen einstündigen Warnstreik angesetzt, mit dem gegen die Sparpolitik der Regierung protestiert werden sollte.



Demonstration in Kopenhagen



Arme in den USA

USA: 35 Millionen Menschen leben in Armut

Hunger im reichsten Land der Welt

Katastrophale Bilanz nach zwei Jahren Reagan

Als Abstimmung über die sogenannte Reaganomics, den von Reagan und seinen Hinterleuten betriebenen Wirtschaftskurs, sind die Wahlen von letzter Woche (siehe Artikel auf Seite 10) in den USA bezeichnet worden. Und wenn der Republikanischen Partei des Präsidenten die werktätigen Wähler in Scharen davongelaufen sind, dann liegt das tatsächlich in erster Linie daran, daß jetzt — zur Halbzeit der Reaganschen Amtsperiode — die verheerenden Folgen dieses Wirtschaftskurses offen zutage liegen.

Nur der Präsident selbst strahlt als gelernter Schauspieler, der sich für sein Staatsamt unter anderem durch erfolgreiche Fernseh-Werbespots qualifiziert hat, noch berufsmäßigen Optimismus aus: „Ich weiß, wohin wir

sie nicht. Also muß man nur eine Umverteilungsaktion zugunsten der Reichen in Gang setzen, und schon wird wieder investiert, steigt die Nachfrage nach Arbeitsplätzen, löst sich die ganze Krise in Wohlgefallen auf.

kommens- und Körperschaftssteuer um 25 Prozent. Das war eines der populärsten Wahlversprechen des neuen Präsidenten gewesen. Inzwischen aber hat es für die Werktätigen, die große Hoffnungen mit dieser Maßnahme verknüpften, ein böses Erwachen gegeben. Profitiert von der Steuersenkung haben nämlich nur die Reichen. Wer beispielsweise 100 000 Dollar im Jahr verdient, bekommt nun 15 000 Dollar geschenkt; für die Bezieher kleiner Einkommen dagegen summiert sich die Steuerersparnis auf den Gegenwert einiger Schachteln Zigaretten.

sen, werden es 1985 schon 30 Prozent sein.

Es liegt auf der Hand, daß diese in der US-Geschichte einmaligen Rüstungsausgaben ebenso wie die Steuergeschenke riesige Löcher in den Staatshaushalt reißen. Reagan, der bis zum übernächsten Jahr die Verschuldung völlig abbauen wollte, hat seinen letzten Haushalt gerade mit einem Defizit von 109 Milliarden Dollar abgeschlossen. Insgesamt ist die Schuldenlast des Staates inzwischen auf die kaum noch vorstellbare Summe von einer Billion Dollar angestiegen; bei den nach wie vor extrem hohen Zinssätzen ein Bombengeschäft, vor allem für die Banken.

Wachsende Armut

Trotz ungehemmt steigender Verschuldung aber will Reagan, das hat er unlängst noch einmal klargestellt, sowohl sein Steuer-senkungsprogramm für die Reichen wie auch sein Rüstungsprogramm uneingeschränkt durchziehen. Das bedeutet aber nichts anderes als die weitere Kürzung der Staatsausgaben in anderen Bereichen. Und wo wird gekürzt? Natürlich im Sozialhaushalt. Reagan hat jetzt schon nahezu all das beseitigt, was in der Sozialgesetzgebung unter Kennedy und Johnson in den sechziger Jahren gerade den ärmsten Bevölkerungsschichten gewisse Erleichterungen gebracht hatte: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Erziehungsprogramme für Angehörige der nationalen Minderheiten, Lebensmittelbeihilfen usw.

Im jetzt abgeschlossenen Haushaltsjahr wurden 35 Milliarden Dollar aus Sozialprogrammen gekürzt; im nächsten Jahr sollen es 40 Milliarden sein — und so geht es immer weiter. Die Folge der Reaganschen Politik ist nicht nur die Tatsache, daß immer mehr Menschen unter die Armuts-grenze sinken (gegenwärtig gibt es 35 Millionen „offiziell Arme“). Immer mehr dieser Menschen fallen auch aus allen Maßnahmen staatlicher Unterstützung heraus. Bekamen 1974 noch 66 Prozent der offiziell als arm geltenden US-Bürger eine solche Unterstützung, so sind es heute nur noch 41 Prozent. Die übrigen sind vollständig auf die Hilfe von Verwandten und Freunden oder auf kirchliche oder private Wohltätigkeitsorganisationen angewiesen. Schon vor Monaten berichtete die amerikanische Presse darüber, daß sich vor den von diesen Organisationen eingerichteten Suppenküchen nicht mehr nur Stadtstreicher oder andere entwurzelte Menschen anstellen, sondern zunehmend auch Kinder und Jugendliche.

Und die Zahl der Armen wächst weiter. Der größte Schub kommt gegenwärtig aus dem

immer mehr anschwellenden Millionenheer der Arbeitslosen.

Elf Millionen Arbeitslose

Denn Reagan und seine Leute haben zwar — wie geplant — die große Umverteilungsaktion in Gang gesetzt, sie haben wirklich die Reichen noch reicher und die Armen ärmer gemacht — den versprochenen Abbau der Arbeitslosigkeit aber hat das nicht gebracht. Einmal abgesehen davon, daß die Kapitalisten schon bei Reagans Machtantritt keineswegs so unbemittelt waren, wie der Präsident stets behauptete: Heute jedenfalls schwimmen sie geradezu im Geld. Allein die 400 größten Konzerne verfügen gegenwärtig über 80 Milliarden Dollar flüssige Mittel — mehr als dreimal so viel wie noch vor zehn Jahren. Nur: sie denken nicht im Traum daran, diese Gelder in ihre Betriebe zu investieren.

Und das ist aus ihrer Perspektive auch nicht verwunderlich. Denn heute ist die industrielle Kapazität durchschnitt-

lichen sogar jeder zweite.

Dabei hat die Arbeitslosigkeit in den USA auf die Betroffenen noch weitaus schlimmere Auswirkungen als beispielsweise in der BRD. Das kann man schon daraus ersehen, daß von den über 11 Millionen Erwerbslosen nur ganze fünf Millionen überhaupt eine Unterstützung bekommen. Denn die wird nur für etwa ein halbes Jahr gewährt; und der Unterstützungssatz beträgt auch nur 50 Prozent vom letzten Lohn. Reagan hat hier also schon Verhältnisse verwirklicht, von denen der BDI in der Bundesrepublik bislang nur träumen kann. Aber das Lambsdorff-Papier, im BDI-Auftrag verfaßt, hat ja bekanntlich den Weg in solche Verhältnisse auch für die BRD vorgezeichnet.

Auf Almosen angewiesen

In den USA jedenfalls bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes heute schon den unmittelbaren Abstieg in Armut und Elend. Wie in den dreißiger Jahren zie-



Protest gegen Sozialabbau

lich nur zu 67,5 Prozent ausgelastet. In den Krisenbranchen sieht es noch katastrophaler aus. In der Autoindustrie beispielsweise sind die vorhandenen Kapazitäten nur noch zur Hälfte, bei Stahl gar nur zu 40 Prozent ausgelastet. Und gerade Reagans Sparprogramme, zusammen mit der wachsenden Arbeitslosigkeit, drücken die Kaufkraft und damit die Nachfrage immer weiter herunter.

So verwandeln die Großkapitalisten ihre flüssigen Mittel lieber in Leihkapital und kassieren satte Zinsen; und wenn überhaupt investiert wird, dann in großangelegte Rationalisierungsprogramme. General Motors beispielsweise, der größte Autokonzern der Welt, plant gegenwärtig die Installation von 14 000 Industrierobotern und damit die Vernichtung von weiteren 50 000 Arbeitsplätzen.

Heute hat die Arbeitslosigkeit in den USA den höchsten Stand seit den frühen vierziger Jahren erreicht. Unmittelbar vor den Wahlen hat die Rate die „magische“ Grenze von zehn Prozent überschritten. Das bedeutet: 11,3 Millionen Amerikaner sind als beschäftigungslos registriert; hinzu kommen mindestens weitere 1,6 Millionen, die nicht mehr in den offiziellen Statistiken geführt werden. Und zusätzliche 6,6 Millionen Werktätige sind als Kurzarbeiter auf die Hälfte ihres normalen Lohns gesetzt.

Aufgeschlüsselt auf einzelne Bereiche nimmt sich das Bild der Arbeitslosigkeit in den USA noch verheerender aus. So beträgt der Anteil der erwerbslosen Arbeiter heute schon 15,6 Prozent, in der metallproduzierenden und verarbeitenden Industrie sind 24,6 Prozent der Werktätigen ohne Arbeit, in der Stahlindustrie sind es gar 40 Prozent. Jeder vierte Jugendliche in Reagans Land ist ohne Job, bei den schwarzen Jugend-

hen auch heute wieder ganze Heerscharen auf bloße Gerüchte hin, daß irgendwo Arbeitskräfte gebraucht werden, durch das ganze Land. Heute ist es keine Seltenheit mehr, daß Arbeitslose unter Brücken oder in ihren Autos schlafen, weil sie die Miete ihrer Wohnungen nicht mehr bezahlen können.

Und es gibt in diesem reichsten Land der Welt, was man sonst nur aus Berichten über Entwicklungsländer kennt — den nackten Hunger. Erst vor wenigen Wochen äußerten sich die freiwilligen Wohltätigkeitsvereinigungen in New York besorgt über die wachsende Zahl von Menschen, die kein Geld mehr für Lebensmittel haben. Die Leiterin einer dieser Organisationen wandte sich an die Bevölkerung der Millionenstadt mit einer Erklärung, in der es hieß: „Wenn wir über Hunger in der Stadt reden, glauben die Menschen, daß wir über die Obdachlosen sprechen. Den Menschen kommt aber nicht in den Sinn, daß vielleicht der Nachbar seit drei Tagen nichts mehr zu essen hat.“

Und das Gesundheitsministerium des Staates New York erklärte kürzlich, daß ein Fünftel der in den Krankenhäusern des Staates behandelten Patienten an Beschwerden litten, die auf Unterernährung zurückzuführen seien. So ist für die Opfer der kapitalistischen Krise in den USA das Gespenst des Hungers zur alltäglichen Wirklichkeit geworden. Wer im System der Produktion keinen Platz mehr findet, wer „unrentabel“ geworden ist, der wird ausgestoßen und sein Überleben hängt nur von privater Wohltätigkeit ab. Allein in der Stadt New York gibt es heute schon 90 Suppenküchen, die von karitativen Organisationen betrieben werden — für immer mehr Arbeitslose und ihre Familien die letzte Station, um nicht buchstäblich zu verrecken.



Arbeitslose Landarbeiter

gehen — vorwärts“. Für die Opfer seiner Politik hat unter Reagan allerdings ein Marsch zurück begonnen: Schon heute ähnelt vieles in den USA wieder den Verhältnissen während der großen Depression zu Beginn der dreißiger Jahre, einer Zeit des bislang größten Massenelends in der Geschichte des reichsten Landes der Welt.

Dabei hatte Ronald Reagan vor zwei Jahren viel versprochen. Er wollte die Wirtschaft wieder ankurbeln, die Arbeitslosigkeit abbauen, die Staatsverschuldung beseitigen usw. Das Mittel dazu sollte die „Reaganomics“ sein, jene Strategie, die in den Stäben des Finanzkapitals ausgearbeitet worden war und die der Präsident bei seinen Fernsehauftritten dem breiten Publikum so gekonnt erklärte: Die Reichen verdienen zu wenig, deshalb investieren sie nicht. Die Armen verdienen wegen all der Segnungen des Wohlfahrtsstaats zuviel, deshalb arbeiten

Ähnlichkeiten dieser Strategie mit den Plänen und Äußerungen der Strauß, Lambsdorff und Kohl sind keineswegs zufällig. Denn die neuen Machthaber in Bonn haben sich ebenso wie ihre großkapitalistischen Hintermänner stets in aller Offenheit als Bewunderer der Reaganschen Politik zu verstehen gegeben. Und so zeigt uns ein Blick auf die gegenwärtige Lage der USA in gewisser Hinsicht auch, was uns hier blüht, wenn die Verwirklichung der Rezepte à la Ragan in diesem Land nicht rechtzeitig gestoppt wird.

Reagan beschenkt die Reichen

Die US-Regierung hat mit der großen Umverteilungsaktion sofort nach der Aufnahme ihrer Geschäfte vor zwei Jahren begonnen. Die spektakulärste Maßnahme war eine auf drei Jahre verteilte Senkung der Ein-

Allein diese einzige Maßnahme wird insgesamt 250 Milliarden Dollar zusätzlich in die Taschen der Reichen und Superreichen fließen lassen. Und auch sonst zeigte sich Reagan nicht knauserig. Weitere Steuererleichterungen für die Konzerne oder etwa die „Entschärfung“ von Arbeitsschutz- und Umweltschutzbestimmungen schlagen mit zusätzlichen Milliardenbeträgen zu Buche.

Goldene Zeiten sind mit Reagans Machtantritt vor allem für die Konzerne der Rüstungsindustrie angebrochen. Sie können mit sicheren Staatsaufträgen rechnen, die im Zeitraum von 1980 bis 1985 ein Volumen von 1800 Milliarden Dollar umfassen sollen. In welch tiefgreifendem Maße damit eine Militarisierung der gesamten amerikanischen Wirtschaft verbunden ist, zeigen die folgenden Zahlen: Während 1981 „nur“ sechs Prozent der Warenproduktion in die Rüstung flos-

Birne Helene

oder: Helmut Kohls Liebeserklärung an die deutsche Frau

Auch ein Mann wie Helmut Kohl findet Frauen, die ihn mögen. Eine hat ihn sogar geheiratet. Er aber liebt sie *alle*. Nur *deutsch* müssen sie schon sein. Ganz im Zeichen dieser Liebe steht die Frauen- und Familienpolitik der neuen Bundesregierung. Eine Liebe solchen Überschwangs, daß ihr Erwidern und Erfüllung sicher nicht vorenthalten wird.

Wir bitten deshalb besonders unsere Genossinnen und alle Leserinnen unserer Zeitung, mit offenen Herzen das folgende Interview zu lesen, das unsere Bundesbirne leider nicht dem „Roten Morgen“, sondern der höchst aktuellen Zeitschrift „Bild der Frau“ gegeben hat.

BILD der Frau: Was raten Sie den Frauen der Arbeitslosen?

Kohl: Ihren Männern zu helfen, zu ihnen zu halten. Arbeitslose haben ein schlimmes Schicksal, und sie sind daran meist völlig unschuldig. (...)

BILD: Für viele Frauen kam diese Krise wie ein Blitz aus heiterem Himmel...

Kohl: Genau — und deshalb müssen wir alle wieder lernen, zusammenzustehen. In guten wie in schlechten Tagen — das gilt für die Ehe wie für den Staat. Vielleicht hilft die Frau mit, für den Mann einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Krisen schweißen doch zusammen!

BILD: Sie haben auch die Stärkung der Familie gefordert.

Heißt das: Frauen raus aus dem Beruf, zurück an den Herd?

Kohl: (energisch) Natürlich nicht! Wir sind ein freies Land mit freien Bürgern. Es ist die freie Entscheidung der Frau, ob sie in den Beruf gehen oder zu Hause bleiben will. Aber es ist doch auch bewundernswert, wenn eine Frau entscheidet: Die Kinder brauchen mich — ich bleibe zu Hause. Und ich finde es unerträglich, daß sie für dieses Opfer auch noch bestraft wird. Erstens, indem man abwertend von der „Nur-Hausfrau“ spricht — und zweitens finanziell. Deshalb muß das, was eine Frau und Mutter leistet, endlich bei der Altersversorgung berücksichtigt werden.

BILD: Also Hausfrauenrente?

Kohl: Ja. In zwei bis drei Jahren sind wir sicher finanziell aus dem Gröbsten raus — dann packen wir das Thema Hausfrauenrente an. (...) Das Ja zum Kind ist auch ein Ja zum Optimismus, zur Lebensfreude — zur Zukunft Deutschlands.

BILD: 40 Prozent der Wähler sind Frauen. Aber in jeder Regierung seit Adenauer saß immer nur eine Frau als Minister.

Kohl: Sie haben sehr recht... Wir haben in Deutschland zwar verfassungsrechtlich die Gleichberechtigung, aber die gelebte Verfassung ist noch meilenweit davon weg. (...) Wir Männer benehmen uns im Beruf immer noch paschahaft. Bei der eigenen Frau sind wir nicht so mutig.

BILD: Und das soll so bleiben?

Kohl: Das darf nicht so bleiben! Und wird nicht (er strahlt triumphierend): Die Frauen sind ungeheuer im Kommen. Ich prophezeie Ihnen: Schon in ein paar Jahren, da gibt es in allen Gremien viele Frauen!

BILD: Nur da, wo die Frau „hingehört“ — ins Ressort der Familie, Gesundheit...

Kohl: Nein! Ich bekämpfe dieses „Ghetto“ — Denken ganz energisch. Warum soll zum Beispiel eine Frau nicht Außen-

ministerin werden?!

BILD: Welche Frau bewundern Sie am meisten?

Kohl: (lehnt sich zurück — ein warmes Lächeln breitet sich aus): Meine Mutter

BILD: Und Frauen in der Politik?

Kohl: Auch da gibt es große Persönlichkeiten. Z. B. Luise Schröder in Berlin: Eine unbeugsame Demokratin, die den Nazis wie den Kommunisten tapfer die Stirn bot. Oder Margaret Thatcher. Was hat diese Frau für ein Stehvermögen — für einen Löwenmut. Sie beweist, daß alle diese Eigenschaften nichts mit dem Geschlecht zu tun haben.

BILD: Sind Frauen nicht oft sogar mutiger als Männer?

Kohl: Bestimmt. Nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer wollten viele Männer nicht mehr bei mir im Auto sitzen. Aus Angst vor Attentätern. (Er lächelt — fast mit leisem Stolz.) Aber kein einziges Mal hat eine Frau gezögert, mit mir zu fahren!

BILD: Das ist ja eine richtige Liebeserklärung.

Kohl: Jawohl — zu Recht! Oft sagen mir Freunde aus dem Ausland: „Helmut, was habt ihr für tolle Frauen!“ Wirklich — wenn ich mich in den Büros oder auf der Straße umschaue. Trotz aller Emanzipation sind unsere Frauen wunderbar weiblich geblieben!

Und als letztes möchte ich heute — wo alle von der Jugend reden — das einmal umkehren: Meine Hochachtung unseren Müttern, die ein Leben lang ihre Pflicht getan haben, ohne zu protestieren. Die nie demonstrieren konnten — gar nicht wissen, wie das geht. Die aufopfernd diese ungeheure Leistung vollbracht haben, nach zwei Kriegen. Jetzt — in dieser kritischen Zeit — wird sich zeigen, daß die Enkelin genauso tapfer sein kann wie die Oma! *Auszüge aus dem Interview von Bundeskanzler Kohl in „Bild der Frau“ vom 2. 11. 82*

Tips

Samstag, 13. November, 21.15 Uhr, NDR III
Lieder zum Fürchten. Kabarettprogramm mit Georg Kreisler und Barbara Peters.

Samstag, 13. November, 22.00 Uhr, ARD
Gloria. Der amerikanische Regisseur John Cassavetes, den die ARD gegenwärtig mit einer Werkschau vorstellt, erzählt in diesem Film die Geschichte einer dramatischen Flucht durch New York. Gloria, eine ehemalige Gangsterbraut, versucht einen kleinen, puertorikanischen Jungen zu retten, hinter dem die Killer des Syndikats her sind. Mit Gena Rowlands, John Adams u.a.

Sonntag, 14. November, 21.10 Uhr, ARD
Holocaust. Die mit den Mitteln amerikanischer Fernsehproduktions-gestrickte Geschichte einer jüdischen Familie in Hitler-Deutschland löste vor drei Jahren betroffene Zuschauerreaktionen aus und trug nicht unwesentlich zu einer intensiveren Beschäftigung mit der faschistischen Diktatur bei. Die ARD wiederholt die Serie jetzt im 1. Programm.

Montag, 15. November, 21.15 Uhr, ARD
Blutiger Sommer. Film von Ulrich Kienle über die von den Israelis zerstörte libanesishe Hauptstadt Beirut.

Dienstag, 16. November, 21.45 Uhr, ARD
Holocaust. 2. Teil der Serie.

Mittwoch, 17. November, 20.15 Uhr, ARD
Holocaust. 3. Teil der Serie.

Mittwoch, 17. November, 22.05 Uhr, NDR III
Mr. Klein. Film von Joseph Losey über einen Kunsthändler im von den Nazis besetzten Paris, der die Notlage der Juden ausnutzt, dann aber selbst auf die schwarze Liste der Faschisten gerät. Mit Alain Delon, Jeanne Moreau u.a.

Mittwoch, 17. November, 22.30 Uhr, WDR III
No Nukes. Dokumentarfilm über ein Rockfestival, das 1979 fünf Tage lang im New Yorker Madison Square Garden über die Bühne ging, und das unter dem Motto „No Nukes“ (Keine Atomkraft) stand.

Freitag, 19. November, 20.15 Uhr, ARD
Die Verweigerung. Claude Goretta, von dem kürzlich schon der Film „Die Spitzenköpplerin“ zu sehen war, schildert hier die Versuche einer jungen Frau aus der französischen Provinz, sich in Paris zu behaupten. Mit Nathalie Baye, Bruno Ganz, Angela Winkler u.a.

Fugger-Bonbon

Liebe Genossen,

auf der Zugfahrt von Augsburg zur Nürnberger DGB-Demo gegen Rüstungswahnsinn, Sozialabbau... verteilten drei Junggeverschafter, verkleidet als Fugger-Familie, ein „Fugger-bonbon“, das in beiliegenden Text eingewickelt war, ein satirischer Aufzug, der bei allen Kollegen bestens ankam.

Rot-Front
K. - H.

Fuggerei = Siedlung für arme Augsburger, die katholisch und gut beleumundet sein mußten; gegründet von Jakob Fugger, dem Reichen, im Jahre 1514 — vollendet 1523. Die Siedlung wird noch heute gegen eine jährliche Miete von 1 rhein. Gulden (= 1,71 DM) bewohnt. Die Einwohner verpflichten sich, jeden Tag ein Dankgebet für die Fuggerei zu sprechen.

Wider den klassenkämpferischen Ungeist

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie nehmen heute an einer gegen die gottgewollte Obrigkeit gerichteten Demonstration teil. Haben Sie sich das gut überlegt? Wir Reiche warnen Sie dringend davor! Es ist nicht zu ihrem Nutzen!

Schauen Sie in die Vergangenheit: Mein Urahn, Jakob Fugger, der Reiche, herrschte in ganz Europa; und das gut und weise. Tausende von Bauern, Hörigen und Knechten, und nicht zu vergessen, die Bergknappen in den Silberbergwerken Tirols, fanden bei ihm Arbeit und Brot. Er stiftete von seinem Reichtum, der lediglich 10 Prozent des damaligen Volksvermögens ausmachte, die

Fuggerei

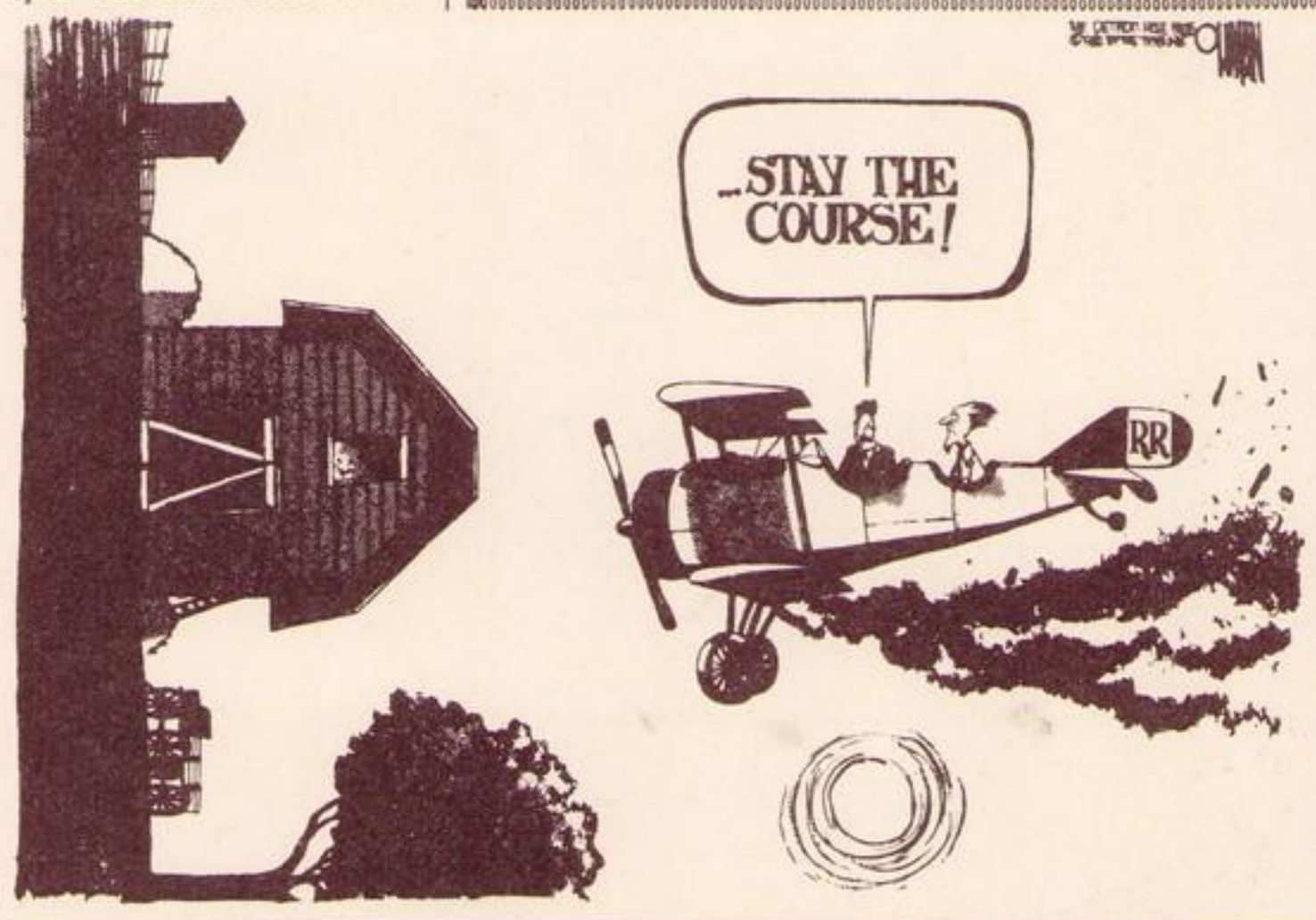
bleibendes Symbol für die Größe, den Humanismus und die Mildtätigkeit deutschen Unternehmertums. Welch große Ordnung! Welche Weitsicht! 300000 Goldgulden investierte er in Landsknechtheere des Truchseß von Waldenburg-Zeil, damit die aufständischen Bauern aus Oberschwaben diese Ordnung verstehen lernten. Ein späterer Urahn, Otto Heinrich von Fugger, wurde in den Grafenstand erhoben (auf diesen Titel sind wir heute noch stolz), als Belohnung dafür, daß er 1635 die Stadt Augsburg belagerte, eroberte und einen protestantisch-aufrührerischen Rat aus emporgekommenen Weibern und sonstigem Pöbel davonjagte.

Wir Reiche, — Unternehmer und Aristokraten — wir haben lange Erfahrung im Ordnen und Führen. Mein letzter Vorfahre, Fürst Josef Ernst Fugger von Glött, war einer jener begnadeten großen Menschen. Früh erkannte er die Zeichen der Zeit (SS-Mitgliedsnummer 71044!). Heinrich Himmler verlieh ihm den „Ehrenring des Reichsführers der SS“, war 1949 Mitbegründer der CSU Schwabens, deren Schatzmeister und wurde schließlich von Adenauer mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet. Sein Rat war gefragt: „Dieser... Weltmann... dient der bayerischen Politik und diesem letztlich konservativen Lande vor allem als einer der Berater des CSU-Landesvorsitzenden...“ schrieb der „Münchner Merkur“ über ihn.

Sie sehen, wir Reiche verfügen über großartige Führungskräfte. Vertrauen Sie auf die neue Regierung, wenn Sie jetzt um höhere Steuern gebeten werden. Es hat Sinn, mehr für uns zu bezahlen. Graf Lambsdorff hat schon recht: Wir Reichen dürfen nicht noch mehr besteuert werden. Wir brauchen das Geld für die großen Unternehmungen, für unsere Zukunft! Lassen Sie das Aufbegehren, lassen Sie das Fordern, daß die Reichen zahlen sollten. So weiß ich von meinem Freund Prinz Johannes von Thurn und Taxis, daß er seiner Frau das monatliche Taschengeld auf nur 20000 DM gekürzt hat. Und Arndt von Bohlen und Halbach hat mir erzählt, daß er täglich nur noch 1000 DM Klimpergeld in die Jackettasche steckt.

In der Tradition meiner großen Ahnen habe ich mich zu einer Stiftung entschlossen und überreiche ihnen ein fürstliches Almosen, das ihnen ihr hartes Los versüßen soll. Tragen wir die Bürde gemeinsam.

Jakob Fugger
— der vorläufig letzte Reiche —



Eine nette Karikatur aus Amerika. „Stay the Course“ — den Kurs halten — ist der Wahlkampf-Slogan der Republikaner, die bei den „Halbzeitwahlen“ vor einigen Tagen einen ersten Dämpfer erlitten. Reagan wünschen wir von Herzen, daß er — im Sinne der Karikatur — seinen Kurs fortsetzt und bald an der Endstation eintrifft (bzw. auftrifft).



Ein noch viel „netteres“ Bild, ist es doch ganz real. Beispiele des Zusammenhaltens zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern werden mehr denn je gebraucht, um den Kurs der Regierung zu stoppen; in der letzten Oktoberwoche gaben es Kollegen von der Bremer Vulkan.

Vorschlag der KPD für ein Wahlbündnis

Den Zusammenschluß der klassenkämpferischen Kräfte vorantreiben

Seitdem sich die Möglichkeit von Neuwahlen zum Bundestag abzeichnet, ist die KPD für die Schaffung eines breiten linken Wahlbündnisses eingetreten. Das Festhalten der Grünen an der Eigenkandidatur und die Reaktion alternativer und sozialistischer Organisationen darauf (siehe Artikel auf dieser Seite), haben einem solchen Bündnis jedoch den Boden entzogen. In dem im Folgenden abgedruckten Brief, hat sich das ZK der Partei mit dem Vorschlag an die unten genannten Organisationen gewandt, auch unter diesen Bedingungen eine gemeinsame Kandidatur durchzuführen.

An: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Bund Westdeutscher Kommunisten, Gruppe Internationale Marxisten, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie euch bekannt sein dürfte, ist unsere Partei, wie verschiedene andere Parteien und Organisationen der Linken, für ein linkes Wahlbündnis zur voraussetzlichen, vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März eingetreten. Unsere diesbezügliche Stellungnahme haben wir euch seinerzeit zugeschickt. Die darin enthaltenen Auffassungen zum Charakter eines möglichen linken Wahlbündnisses wiederholen wir darum in diesem Schreiben nicht noch einmal.

Seit unserer Stellungnahme „Für ein linkes Wahlbündnis“ hat sich insofern eine Veränderung der Situation ergeben, als mittlerweile feststeht, daß es eine grüne Alleinkandidatur mit offenen Listen geben wird, wobei noch dahingestellt ist, wie offen diese grünen Listen tatsächlich sein werden. Seitens der Bundespartei Die Grünen steht diese Alleinkandidatur jedenfalls schon seit längerem nicht mehr ernsthaft zur Diskussion.

Auf dem Kongreß der Alternativen Listen in Hannover wurde sich für eine Unterstützung der offenen Listen der Grünen ausgesprochen.

Die Initiative Demokratische Sozialisten hat sich auf ihrer außerordentlichen Delegiertenversammlung ebenfalls für eine Unterstützung der offenen Listen der Grünen entschieden.

Unsere Partei kann sich mit dieser Entwicklung nicht zufrieden geben. Wir sehen keine Möglichkeit, die von uns für notwendig erachtete, klassenkämpferische Orientierung im Rahmen der Unterstützung einer Kandidatur der Grünen zu verfolgen.

Wir übersehen dabei nicht, daß die Grünen in einer Reihe von Fragen fortschrittliche Positionen vertreten, und daß sich daraus die Möglichkeit und Notwendigkeit von Aktionseinheiten ergibt, was ja auch bei vielen Anlässen bislang praktiziert wurde und sicher auch in Zukunft praktiziert werden wird.

Bei den parlamentarischen Wahlen geht es aber nicht um einzelne Fragen, sondern um die grundsätzliche Orientierung der zur Wahl stehenden Parteien bzw. Listen. Dabei lautet die für unsere Partei entscheidende Frage: Können wir durch eine Unterstützung der Kandidatur der Grünen dazu beitragen, die notwendige Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten zu fördern, eine Linksentwicklung der Gewerkschaften zu begünstigen, die klassenkämpferischen und sozialistischen Kräfte zu stärken? Diese Frage wird von uns verneint.

Nach wie vor tritt unsere Partei deshalb für ein linkes

Wahlbündnis ein, obwohl uns klar ist, daß bei dem geschilderten Stand der Dinge (Beschlußlage bei Grünen und Demokratischen Sozialisten, Meinungsbild bei den Alternativen) ein noch möglich erscheinendes linkes Wahlbündnis nicht mehr die Breite und Anziehungskraft wird entfalten können, die Voraussetzung dafür wäre, ein Überspringen der 5-Prozent-Klausel, auch nur als im Bereich des Möglichen liegend zu betrachten.

Wir halten es aber auch für falsch, die Frage eines linken Wahlbündnisses nur unter der Voraussetzung, daß der Einzug ins Parlament geschafft werden kann, positiv zu beantworten. Dabei verkennen wir nicht, daß es ein erheblicher Vorteil wäre, wenn parlamentarische Möglichkeiten genutzt werden könnten, im Interesse des Kampfes der Arbeiterklasse und der anderen sozialen Bewegungen. Falsch aber wird es, wenn das Überspringen der 5-Prozent-Klausel zum obersten Ziel erhoben wird, und jede inhaltliche Auseinandersetzung damit weitestgehend abgeblockt wird.

So erfreulich es ist, daß innerhalb der Linken breit (bis weit in die Partei der Grünen hinein) die Vorrangigkeit des außerparlamentarischen Kampfes betont wird, so offenkundig ist, daß in der „Wahldiskussion“ kaum ernsthaft von dieser richtigen Erkenntnis ausgegangen wird. Stattdessen werden die Möglichkeiten des Parlamentarismus für eine antikapitalistische Politik maßlos übertrieben, wird sich kaum noch darum bemüht, den Bezug zwischen parlamentarischem Kampf und dem Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten, sowie dem außerparlamentarischen Kampf im allgemeinen, möglichst konkret zu bestimmen. Unübersehbar hat das bereits dazu geführt, daß die Diskussion über die Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit über weite Strecken zu einem Streit über Möglichkeiten bürgerlicher Koalitionspolitik verkommen ist.

Unserer Auffassung nach sollte ein linkes Wahlbündnis sich vor allem die Aufgabe stellen, den Zusammenschluß der klassenkämpferischen Kräfte über den Wahltag hinaus voranzutreiben, den klassenbewußten Arbeitern, die gegen Kapital und schwarze Reaktion kämpfen, und sich auch nicht länger mit der SPD als kleinerem Übel abfinden wollen, eine klassenkämpferische Alternative aufzuzeigen. Wir ziehen ein Wahlbündnis einer Alleinkandidatur unserer Partei vor, weil ein Wahlbündnis einen Fortschritt in der Überwindung der Zersplitterung der politischen Linken mit sich bringen könnte und damit auch einen Fortschritt bei der Schaffung der notwendigen Einheit der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte gegen Kapital und Reaktion.

In Anbetracht der äußerst knappen Zeit, halten wir ein Übereinkommen zwischen lin-

ken Organisationen auf zentraler Ebene für den einzig verbleibenden realistischen Weg, ein solches Wahlbündnis überhaupt noch zustandezubringen. Deshalb wenden wir uns an euch und die anderen oben genannten Organisationen, weil wir den Eindruck haben, daß zwischen diesen Organisationen eine ausreichende politische Übereinkunft auch relativ kurzfristig zu erzielen sein müßte.

Wir halten es für notwendig, daß möglichst bald ein Treffen von Vertretern aller an dem Zustandekommen eines Wahlbündnisses grundsätzlich interessierten Organisationen zustandekommt, um die politischen Inhalte einer gemeinsamen Kandidatur und denkbare Formen der Organisation zu beraten. Wir bitten euch, uns möglichst bald mitzuteilen, ob ihr an einem solchen Treffen interessiert seid. Wir werden uns unsererseits im Laufe der nächsten Woche bei euch telefonisch melden, falls ihr euch bis dahin zu unserem Vorschlag noch nicht geäußert habt.

Wir geben zu, daß ein Wahlbündnis, das nur den von uns angesprochenen Kreis von Organisationen umfaßt, den Herausforderungen der aktuellen politischen Entwicklung bei weitem nicht ausreichend gerecht werden kann. Wir sind aber der Meinung, daß es ein jetzt noch möglicher Schritt in die richtige Richtung wäre.

Mit solidarischen Grüßen
ZK der KPD,
Horst-Dieter Koch

Nach dem Bundestreffen Alternativer Listen:

Parlamentarische Illusionen verhinderten ein breites linkes Wahlbündnis

Am 30. 10. fand in Hannover ein bundesweites Treffen Alternativer Listen statt, bei dem das vorrangige politische Interesse der Frage galt, wie sich die Alternativen bei einer vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 verhalten werden. Das Treffen erbrachte ein eindeutiges Meinungsbild zugunsten einer kritischen Unterstützung der offenen Listen der Grünen. Das Eintreten unserer Partei für ein klassenkämpferisch orientiertes, linkes Wahlbündnis, notfalls auch ohne die grüne Bundespartei, fand dagegen keine Unterstützung.

Die Diskussion in Hannover war im wesentlichen geprägt durch die schon länger feststehende Entscheidung der Grünen, auf jeden Fall eine Alleinkandidatur ihrer Partei durchzuführen, und allenfalls die Möglichkeit der Kandidatur von Nichtmitgliedern der grünen Bundespartei auf den grünen Listen (deshalb „offene Listen“) einzuräumen. An sich war wohl eine überwältigende Mehrheit der in Hannover Anwesenden für ein breiteres Wahlbündnis, auch wenn es Stimmen gab, die sich generell für eine Mitarbeit in der grünen Partei aussprachen. Nur war außer unserer Partei faktisch niemand für ein linkes Wahlbündnis ohne die Grünen, was ja auch eine Konkurrenz dieses linken Wahlbündnisses zu den Grünen bedeutet hätte.

In der Diskussion wurde in schöner Einmütigkeit die Vorrangigkeit des außerparlamentarischen Kampfes vor dem Nutzen parlamentarischer Möglichkeiten betont. In Wirklichkeit aber kam diese richtige Erkenntnis in der Diskussion kaum zum Tragen. Dreh- und Angelpunkt der Diskussion war vielmehr unausgesprochen, daß der Einzug in den Bundestag, also die Überwindung der 5-Prozent-Hürde, Vorrang hat vor der inhaltlichen Auseinandersetzung über den Charakter eines möglichen Wahlbündnisses.

Entsprechend drehten sich auch die Diskussionsbeiträge,

die sich mit der positiven Perspektive eines möglichen Einzugs der Grünen in den Bundestag befaßten, nicht eigentlich um die Frage, wie parlamentarische Tätigkeit zur Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes nützen kann. Vielmehr war in diesem Zusammenhang der meistzitierteste Mann Willi Brandt, der nach der Hessen-Wahl ja erklärt hat, es gäbe die Mehrheit links von der CDU. In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde aufgerufen, dieses Wort Willi Brandts aufzugreifen. Widersprochen wurde dem eigentlich nur von dem Vertreter unserer Partei, während andere Genossen (z.B. Alexander Schubart) lediglich meinten, in den angestrebten Verhandlungen mit der SPD dürfe kein „Ausverkauf“ betrieben werden.

In diesen Diskussionsbeiträgen kam vor allem zweierlei zum Ausdruck: Eine verblüffende Portion politischer Naivität, wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß manche, die es eigentlich besser wissen, sich einer kurzfristig sicher relativ bequemen Selbsttäuschung hingeben, und eine enorme Übertreibung der Möglichkeiten des bürgerlichen Parlamentarismus für eine antikapitalistische Politik, wobei allerdings in der Diskussion vor lauter „Realpolitik“ auch immer unklar blieb, wer eigentlich ernsthaft vom Kampf gegen den Kapitalismus als System (und nicht nur gegen bestimmte Erscheinungen des Kapitalismus) ausgeht.

Die Begeisterung über Willi Brandts Worte hat offensichtlich bei vielen den Sinn für Realitäten geschwächt. So hat Willi Brandt ja durchaus nicht von einer „linken Mehrheit“ gesprochen. „Links von der CDU“ ist ja doch nicht links. Diese „Mehrheit links von der CDU“ im Sinne Willi Brandts hat es 13 Jahre lang gegeben, und sie hat sich parlamentarisch niedergeschlagen in der SPD/FDP-Koalition. Diese parlamentarische Mehrheit links von der CDU ist kurzfristig doch nur vorstellbar, wenn bei den Grünen sich der rechte Flügel durchsetzt und die Grünen, falls sie in den Bundestag kommen, den Mehrheitsbeschaffer für eine sozialdemokratische Regierungspolitik spielen, die natürlich keineswegs links sein wird, sondern eben nur „links von der CDU“.

Die Illusion, der sich so viele hingeben, liegt einfach in der Hoffnung, eine kleine grüne Parlamentsfraktion könne die SPD tatsächlich nach links ziehen, weil die SPD ja möglicherweise auf die grünen Stimmen im Bundestag angewiesen sei. Schon Hamburg hat gezeigt, daß das so nicht funktioniert. Zweierlei wird bei dieser Milchmädchenrechnung übersehen. Erstens wird übersehen, daß die SPD aufgrund ihrer Einbindung in das System der bürgerlichen Machtausübung nur über einen gewissen Spielraum bei der Festlegung ihrer Politik verfügt. Zweitens wird übersehen, daß ja

nicht nur die Grün-Alternativen Druck auf die SPD ausüben können, sondern daß umgekehrt bereits heute die SPD ein viel größeres Druckmittel gegenüber den Grün-Alternativen in der Hand hat: Die SPD stellt die Grün-Alternativen faktisch vor die Entscheidung, entweder die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers für die mit einigen kosmetischen Korrekturen versehene bürgerliche SPD-Politik zu spielen, oder sich dem Vorwurf auszusetzen, eine SPD-Regierung verhindert und eine CDU-Regierung ermöglicht zu haben. Die SPD-Führer wissen natürlich, daß letzteres den Grün-Alternativen der Großteil ihrer Wähler nicht verzeihen würde. Schon heute ist sichtbar, daß dieser Druck bei den Grünen jene Kräfte stärkt, die den linken Ballast abwerfen wollen, um sich möglichst schnell zu einer regierungsfähigen Koalitionspartei zu mausern.

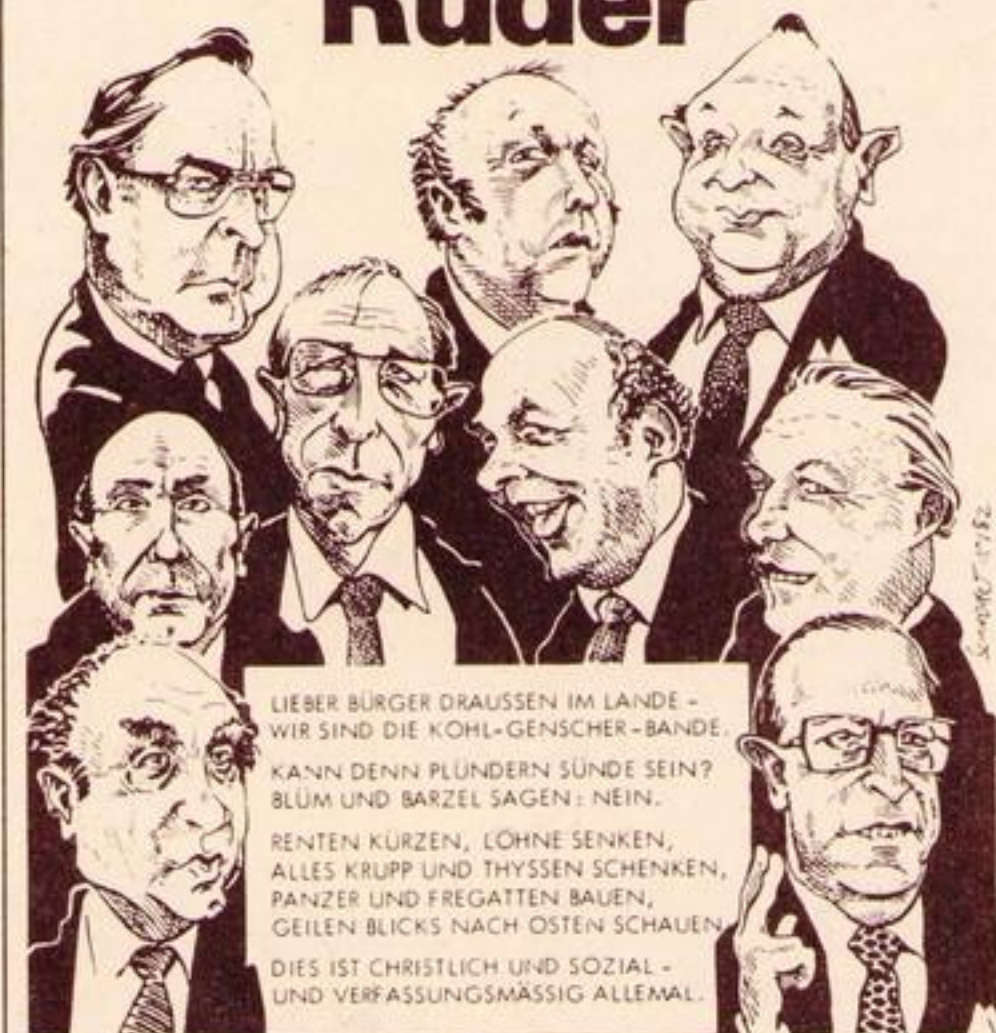
In dieses Dilemma kommt man zwangsläufig, wenn man den Einzug ins Parlament zum eigentlichen politischen Ziel erhebt, anstatt politisch möglichst konkret zu bestimmen, wie eine parlamentarische Tätigkeit zur Entfaltung des Klassenkampfes, des außerparlamentarischen Massenkampfes beitragen kann.

Auf dem Hannoveraner Treffen gab es auch so gut wie keine Stimme, die ernsthaft einer Orientierung auf den Klassenkampf das Wort redete. Stattdessen wurde immer wieder von den Grünen gefordert, die „soziale Frage“ aufzugreifen. Gemeint war damit, daß die Grünen Problemen wie Sozialabbau und Arbeitslosigkeit einen entsprechenden Stellenwert in ihren Programmaussagen einräumen sollten.

So richtig diese Forderung ist, so wenig trifft sie den Kern des Problems. Es geht nicht einfach darum, die soziale Frage aufzugreifen und möglichst viele richtige Forderungen zu nennen. Das tut durchaus auch die SPD. Die Frage ist, ob man die Arbeiter als „soziale Schwache“ sieht, für die man aus Gründen der Gerechtigkeit deshalb etwas fordert, oder ob man den Klassenkampf der Arbeiter unterstützt, seine Ziele anerkennt und für die Überzeugung eintritt, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein kann. Ob die Grünen nun die eine oder andere Arbeiterforderung in ihr Wahlprogramm aufnehmen wird, wird nichts an der zentralen Frage ändern, daß die Kandidatur der Grünen in keiner Weise die Absicht verfolgt, den Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten zu unterstützen und zu entfalten, daß die Grünen der marxistischen Auffassung vom Klassenkampf eine ganz andere Ideologie entgegenstellen.

Genau hier müßte die Diskussion über ein linkes Wahlbündnis beginnen. Auf dem AL-Treffen in Hannover war diese Diskussion aber wohl ernsthaft gar nicht mehr beabsichtigt. Das bedauern wir.

Machtwechsel in Bonn Die schwarze Reaktion am Ruder



Widerstand tut jetzt not

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 45, Kasım 1982

Yıl: 16

1 DM

Lambsdorff, ücretlerin düşürülmesini talep ediyor

Ücretlerin dondurulmasına hayır!

Federal Hükümet başlayacak 1983/84 ücret turlarına açıkça müdahale etmektedir. Federal Çalışma Bakanı Norbert Blüm göreve başlamasının hemen ardından ücretlerin genel olarak dondurulmasını talep etti ve bu talebini Başbakan Kohl da destekledi. Ayrıca Federal Ekonomi Bakanı Graf Lambsdorff bu yılki toplu sözleşme turlarında ücret artışlarının sadece yüzde 2 ile sınırlandırılmasını istediğini basına açıkladı.

Lambsdorff, daha önce Federal İşçileri Bakanı Zimmermann'ın söylediklerini devraldı. Zimmermann devlet memurları için kanunen 6 ay maaşlarının dondurulmasını sağlamak ve daha sonra ise sadece yüzde 2'lik bir maaş artışını kabul ettirmek istiyor. Ve şimdi Lambsdorff bunun aynısının tüm diğer sanayi dalları için öneriyor. Ancak altı ay ücretlerin dondurulmasını basitçe gerçekleştiremeyeceğinden dolayı, yüzde 2'lik bir ücret artışını uygun gördüğünü söylüyor eski ve yeni Ekonomi Bakanı.

Yüzde iki ücret zammı! Bu bir provakasyondur! Resmi olarak yüzde 6'lık bir hayat pahalılığı ile (resmi fiyat artışı ortalaması şu an yüzde 5'tir.) Buna bir de '83 yılının yaz aylarından itibaren yükseltilecek katma değer vergisini de eklemeliyiz) bu gerçek ücretlerin

yoğun bir şekilde düşürülmesi demektir. Ve bu şimdiye değin yapılan ücret artışı anlaşmalarını bile gölgede bırakır. Bu bir hamlede kitlelerin alın gücünün yoğun bir şekilde düşürülmesi anlamına gelir. Kitlelerin alım gücünün düşmesi, ekonomik krizin daha da derinleşmesine ve dolayısıyla da kitlesel işsizliğin daha da artmasına yol açar!

Geçen cumartesi günü Saarbrücken'de yapılan yürüyüşte konuşan DGB Merkezi Yönetim Kurulu üyesi Ilse Brusius, ücret artışlarından vaz geçmekle işsizliğin önlenebileceğini ileri süren birisi "ya her şeyden habersiz ya da yalan söylüyor" dedi. Ancak görüldüğü kadarıyla Graf Lambsdorff'un her şeyden haberi var!

4 Kasım tarihli kapitalist gazetesi "Handelsblatt" 1982'nin ilk yarısında kapitalistlerin

kârlarının 113,5 milyar Mark'ı bulduğunu ve geçen yıla göre 8,5 milyar Mark daha arttığını yazdı. Pekâlâ bunu Ekonomi Bakanı da biliyor. Ve büyük sermayenin kârları ise muazzam bir şekilde arttı! Geçen hafta "Wirtschaftswoche"nin yayınladığı Alman Merkez Bankası'nın listesinde büyük bankaların önceki yıla oranla kârlarının yüzde 85 arttığı belirtilmektedir!

Fiyat artışlarının gerisinde bir yeni toplu sözleşme anlaşması asla sendikalar tarafından kabul edilmemelidir. Bu yıl gene sadece gerçek ücretlerin garanti altına alınması talebi tekrarlanmamalı, aynı zamanda tüm sendikal mücadele metodlarına baş vurularak bu talep gerçekleştirilmelidir de. Bu mücadele, şimdiden işyerlerinde ve sendikalarda hazırlanmamız gereken çetin bir mücadele olacaktır! („Nein zu jedem Lohnverzicht!")

Castrop-Rauxel'de

Erin Kömür Ocağı kapatılmak isteniyor!

CASTROP-RAUXEL. — Erin kömür ocağını patronlar 1983 ya da 1984 yılında tamamen kapatmak istiyorlar. Şu an Erin kömür ocağında 3800 işçi arkadaş çalışmaktadır. Geçen hafta Bonn Ekonomi Bakanlığı, Eschweiler Kömür Ocağı Birliği (EBV)'ye Erin'in kapatılması kaydıyla Federal kasadan 40 milyon Mark para verdiklerini tasdikledi.

Bunun yanı sıra 20 milyon Mark ise EBV'ye Kuzey Ren Vestfalye SPD'li Eyalet Hükümeti tarafından kapatma primi olarak verilmesi öngörülmüyor. EBV, Lüksemburg çelik tekele ARBED'in bir yan kuruluşudur. ARBED tekele Saarland çelik sanayisini elinde bulunduran ve şu anda binlerce işyeri yok etmek isteyen bir tekele.

ARBED tekele, Saarland Çelik Sanayisini "onarmak" için daha son yıllar içinde 2,2 milyar Mark Federal ve Eyalet Kasalarından yardım almıştı.

"Ruhr'da siyah inci" adıyla da anılan Erin kömür ocağı, bu sektörde en önemli olan kömürünü çıkarıyor. Kömür ocağının kapatılmasına, patronlar kömür çıkarma masraflarının yüksek olması gerekçesini gösteriyorlar. Bu kömür ocağının kapatılması için gerek Bonn'un gerekse de Düsseldorf'taki Eya-

let Hükümeti'nin toplam olarak 60 milyon Mark prim vermesinin, enerji tekelinin stratejisi ve Bonn'un enerji politikası ile bağını kuralıyız. Bu politika ve strateji, kömür çıkartılmasının durdurularak yerine nükleer enerji üretimine geçilmesinden başka hiç bir şey değildir.

Kömür ocağının kapatılması ile Castrop-Rauxel'e ve Dortmund'a bir yeni darbe vurulmuş olmaktadır. Daha şimdiden bile Dortmund'da resmi işsiz sayısı yüzde 12,7'dir. Bu kömür ocağının kapatılması ile hem işsiz sayısı daha da artacak, hem de şimdiye değin burada çalışan işçiler gelecekte kendi ve ailelerinin yaşamını üç beş kuruşluk işsizlik yardımı ile sürdürmek zorunda kalacaklar. Çünkü yeni bir iş bulma ihtimali hemen hemen yok denebilir. („Zeche Erin droht Stilllegung")

Bremen, Saarbrücken ve Hamburg'ta

150 bine yakın yerli ve yabancı işçi DGB yürüyüşlerine katıldı

Sosyal hakların kısıtlanmasına, çılgınca silahlanmaya ve yabancı düşmanlığına karşı DGB yürüyüşlerinin üçüncü turunda da on binlerce işçi alanları doldurdu. Bremen ve Saarbrücken'de 25'er bini aşkın ve Hamburg'ta ise 90 binin üzerinde işçi geçen hafta sesini yükseltti. Böylece şimdiye kadar düzenlenen DGB yürüyüşlerine toplam olarak 600 bine yakın yerli ve yabancı, kadın ve erkek işçi katıldı.

Hamburg'ta görkemli protesto eylemine tüm sahil bölümünden işçiler katıldılar. Özellikle büyük metal işletmelerinden ve tersanelerden binlerce yerli ve yabancı işçi harekete geçti.

Yürüyüşte, kapitalistlerin yoğun bir şekilde sürdürdüğü rasyonalleştirilmelere ve toptan çıkışlara karşı pankartlara da sık sık rastlanabiliyordu.

Saarbrücken'de düzenlenen yürüyüşte de hükümetin sosyal hakları kısıtlama politikasına ve yabancı düşmanlığına karşı şiarların yanı sıra özel olarak ise ARBED çelik tekelinin işyerlerini yok etme stratejisine karşı sloganlar damgasını vuruyordu. Bu yürüyüşte ayrıca işyerleri



Her hafta
Cumartesi günü çıkar

ROKET ALARMI 2 Kasım'da Waldprechtweier'de oturan halk için roket alarmı verildi. ABD ordusuna ait bir araba bir çok otomobile çarptı ve bir insanın ölümüne yol açtı. Arabanın üzerinde tahminen Pershing 2 roketi bulunuyordu. Şayet yerleştirilmesi önlenmezse, bu tip roketler gelecek yıl Federal Almanya'ya yerleştirilmek isteniyor. Roketin bir Pershing 2 roketi olduğunu ileri süren tüm haberler sonra "düzeltildi" ve Pershing 1 A roketinin olduğu belirtildi. Roketin beraberinde başlığının da olup olmadığı, ABD birliklerinin güvenliği açısından açıklanmadı.

Türkiye'de Faşist cuntanın referandum komedisi

ANKARA. — Türkiye'de Anayasa oylaması güldürüsü sona erdi. Şimdi ülke yeni bir Anayasaya sahip. Faşist cuntanın direktifi ve emriyle hazırlanan ve beşli çetenin başı Evren'e her türlü yetkiyi veren, işçi sınıfı ve emekçi halka, kurulacak yeni siyasi partilere, parlamentoya ve sendikalara her türlü hakkı yasaklayan bu Anayasa'ya seçmenlerin yüzde 92'sinin "evet" oyu verdiklerini resmi kaynaklar ileri sürmektedir.

Faşist cuntanın doğrudan denetimi ve silah zoruyla yapılan referandumun hür bir seçimle yakından uzaktan hiç bağı yoktur ve olamazda. Nitekim daha başından bu Anayasanın nasıl olması gerektiğinin sınırları çizilmişti. Daha referandum yapılmadan önce bu Anayasa'nın göstermelik bir eleştirisine gidildi ki, faşist cunta bu eleştirilerin Anayasa Taslağı'nın değiştirilmesi için belirleyici olmadığını belirtti ve sonra ise tüm eleştirileri yasakladı.

7 Kasım'dan önce eli kanlı faşist generaller, Anayasa'yı tanıtmaya, daha doğrusu halkı tehdit gezilerine çıktılar. Bu

gezilerde faşist generaller güruhu halka yoğun bir tehdit savurdu, oylamaya katılmayanların cezalandırılacağını, 5 yıllığına seçme ve seçilme hakkını kaybedeceğini, vs. belirttiler.

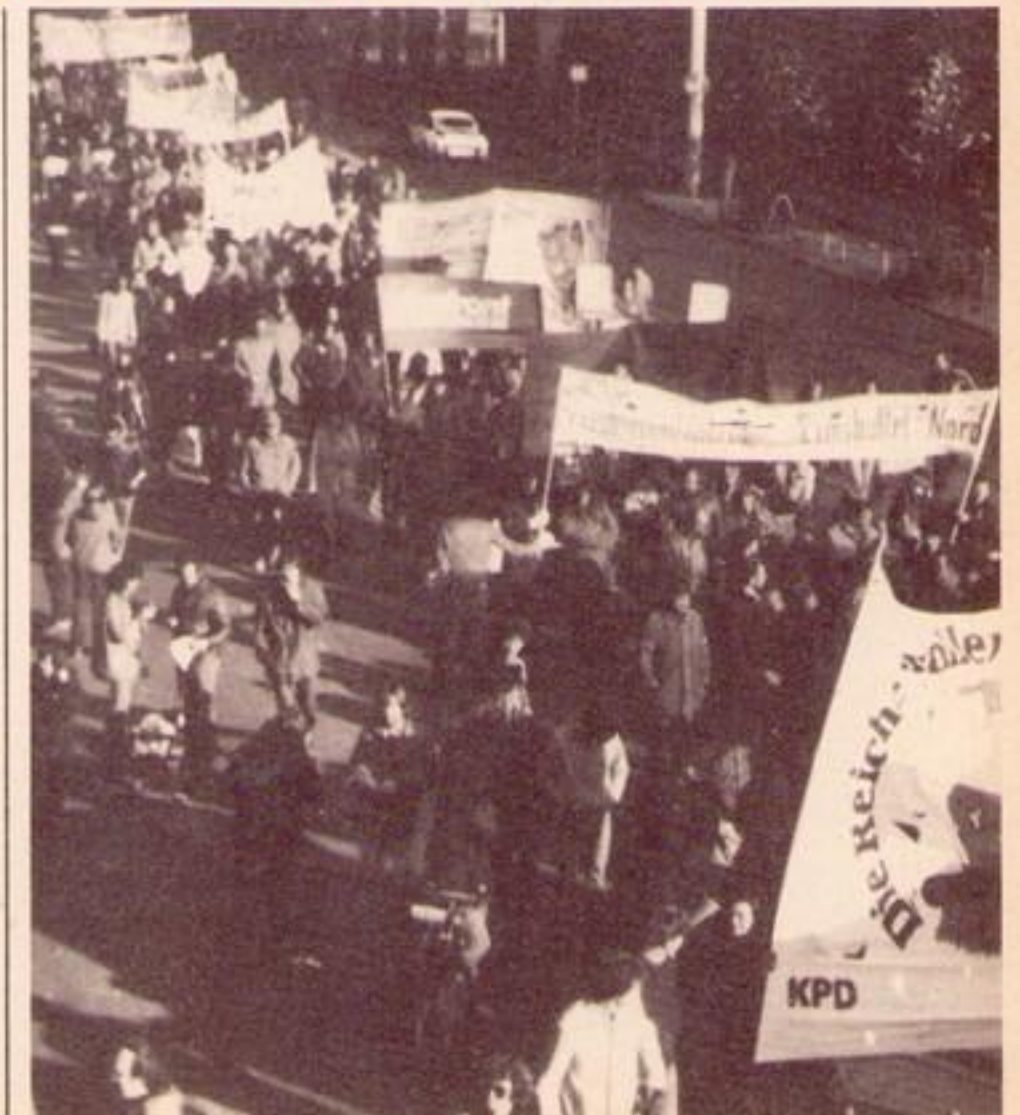
Halkın yoğun bir şekilde baskı altında tutulduğu "oylamada" Anayasa'ya hayır ve evet seçmen kartları çok usta bir şekilde hazırlanmıştı. Mavi renk olan "hayır" kartını kullananlar çok basit bir şekilde açığa çıkarılabiliyordu. Çünkü oylama kartlarının konulduğu zarfın ince olmasından kimin hangi seçmen kartını kullandığı görülebiliyordu. Böylece "Anayasa'ya hayır oyunu" kullananlar

açığa çıkarılıp hemen haklarında gerekli "işlemler" yapıliyordu.

Ayrıca kırsal alanlarda halkın oylamada "Anayasa'ya evet oyu" vermelerinde çoğunluğunun okur yazarlığının olmaması, böylece başkaları tarafından gösterilen kartı kullanması da büyük bir rol oynamaktadır. Kısacası, bin bir oyunlarla ve tehditlerle Anayasa'ya halk evet oyunu kullanmaya zorlandı. Anayasa'nın "kabul edilmesi" ile faşist cuntanın yasallaştırılması için ilk adım atılmış oldu.

Gerçi batılı devletlerin bazıları Anayasa'ya olan çeşitli tereddütlerini dile getirdiyse de, bu ABD ve Batı Alman emperyalist hükümetlerinin "Anayasa'nın kabulünü" demokrasiye geçişin belgesi olarak piyasaya sürmelerinde ve cuntayla ilişkilerini daha da genişletmelerinde hiç bir şey değiştirmeyecektir.

(„Wahlfarce in der Türkei")



Hamburg'daki DGB yürüyüşünden.

(„Fast 150 000 bei DGB-Demonstrationen")

5. Bölüm

CDU/CSU ve FDP arasında yabancılar politikası üzerine yapılan koalisyon anlaşmalarının belirli bir bölümünü de yabancılar kanununun daha da sertleştirilmesi oluşturuyor.

Bunun için özel bir komisyon görevlendirildi. Komisyonun görevi ise 1 Mart 1983'e kadar "yabancıların kendi aralarındaki siyasi anlaşmazlıklarını burada şiddetle dönüştürmelerinin" nasıl "etkili bir biçimde önlenilebileceği" ve "suçlu yabancıların sınır dışı edilmesi için", "mekanizmanın nasıl düzeltililebileceği" yönünde önlemler hazırlamaktır.

CDU/CSU, pratikte sık sık yaşanan şiddetle dayalı çatışmaların ya da saldırıların ardından yatan nedenleri araştırmak çabası içine girmek yerine gene "zorbacı yabancılar" nakaratını tekrarlıyor. Peki yeni hükümetin sorunu bu şekilde ele alması bir rastlantı mı? Elbette değil. Bununla belirli bir siyasi amaç güdüyor.

Yabancılar Kanunu'nun sertleştirilmesi-nin amacı

Şimdiye değin izlenen pratik, yabancı gerici ve faşist örgütlerin Federal Almanya'da rahatça yayılmalarına izin verildiğini gösteriyor. Örneğin Strauss ile iyi ilişkileri olan faşist Türkler 1979 yılında elini kolunu sallayarak katilleri ile birlikte Dortmund Westfalenhalle'de bir toplantı düzenleyebildi. Ancak sorun sadece onların açtıkları açığa bir toplantı düzenlemeleri ile sınırlı kalmamaktadır. Özellikle de Türkiyeli faşistler ilerici ve demokrat insanları ölüme tehdit etmekte, onlara saldırmakta ve hatta katletmektedirler. Batı Alman devletinin bu faşist sürüsünü yasaklaması, katilleri cezalandırması şöyle dursun, bunun yerine o onların saldırısına uğrayan anti-faşistleri, demokratları takip etmekte ve sınır dışı etmeye kalkışmaktadır. Örneğin Aachen'de Katip Salatan'ın, Batı Berlin'de Celalettin Kesim'in vb. katledilmesinde katiller açığa çıkarılıp cezalandırılmadı, tahkikat durduruldu. Bu da faşist katillerin yeni katliamlara girişmeleri için zemin yaratılmaktan başka hiç bir anlam taşımamaktadır. Aynı zamanda Frankfurt'ta faşist Türk Federasyonu'nun bir kışkırtma gecesine karşı protesto gösterisi yapan anti-faşistlere Batı Alman devletinin baskı güçleri saldırarak bir çok anti-faşisti göz altına aldı, hatta Doğan Ö. ve bazı anti-faşistleri sınır dışı etmeye çalıştı. Ancak anti-faşist ve demokratların yoğun protestoları sonucunda bunu başaramadı. Bu örnekleri daha çoğaltabiliriz. Ancak bu kadarı yeterli olduğu düşüncesindeyiz.

"Hem sağa, hem de sola mu karşı?"

Batı Alman Hükümeti'nin ve devlet organlarının yabancı faşist örgütlere ve faşist katillere karşı önlemler alması, yabancı anti-faşist ve demokrat örgütleri koruması anlamına gelecektir. Ama bunu Batı Alman devleti istemiyor. Resmi makamların açıklamalarına bakılacak olursa, onlar sözde "hiç taraf tutmadıkları" iki yüzlülüğünü, "zorbacı çalışmalardan" bahsettiklerini ve önlemler alınması gerektiğinden dem vurdıklarını görürüz. Onlar bu tür açıklamaları ile kendilerini bağımsızmış gibi göstererek halkın gözünü boyamaya çalışmaktalar. Ken-

CDU/CSU'nun ve yeni Federal Hükümet'in yabancılar politikası üzerine

"Yabancılar dışarı" resmi hükümet politikası mı olacak?

CDU/CSU'nun ve yeni Federal Hükümet'in yabancılar politikası üzerine yayınladığımız dizinin dördüncü bölümüne kadar CDU/CSU ve FDP arasında bu yönde yapılan koalisyon anlaşmalarının ve Birlik Partilerinin görüşlerinin ana noktalarını inceledik. İltica hakkını ortadan kaldırmaya yönelik olan yeni

dilerin hem sağa hem de sola karşı oldukları süsünü vermekteler. Ancak yaşanan sosyal pratik onların resmi açıklamalarının aksini göstermektedir. Üstteki örneklerde de görülebildiği gibi faşistlerin saldırısına uğrayanlar takip edilmekte, cezalandırılmakta, faşist ve gerici katiller ise korunmaktadır.

İşte yeni hükümetin önlemler alınması talebinin ardında yatan gerçekler bunlardır. Bu önlemlerin hangi yönde olması gerektiğini, CDU/CSU'nun bu yılın mayıs ayında Federal Parlamento'ya sunduğu kanun tasarısında en çıplaklığıyla görebilmekteyiz.

Bu kanun tasarısında yabancıların "şiddetle baş vurmaları" ele alınmaktadır. Ancak sadece bu da değil. "Yabancıların katildıkları toplantılarda" yabancı aşırı siyasi örgütlerin ajitasyon çalışmalarına ve "yabancı aşırı siyasi grupların örgütsel tabanının genişlemesine" karşı önlemlerin alınmasından bahsediliyor. CDU/CSU'nun bu tasarısından aktardığımız üç eğiliminde "Federal Almanya'nın kamu güvenliğini tehdit ettiği" ileri sürülüyor. Ve devamla bu tasarıda şöyle yazıyor. "Geçerli olan yabancılar kanunu, özellikle de yabancılar kanunun 10 maddesinin 1. bendine göre sınır dışı etmede geçerli olan tek tek suç unsurları katalağı, yabancı aşırı grupların kanuna aykırı tüm şiddetle başvurma olaylarında veya dernek ve toplantı kanununun ağır bir şekilde zedelenmesinde, her şeyden önce bunları önleyici önlemler nedeniyle düzenli bir biçimde gerekli olan yabancıların derhal sınır dışı edilmelerini sağlamak için yeterli değil." (Bundesdrucksache, 9/1701, 1.6.1982)

Kanun tasarısının B noktasında bunun çözümü için şu görüşler ileri sürülmektedir: Ceza Kanununa göre mahkum edilip edilmeyeceğinden ve ne zaman bunun yapılacağından bağımsız olarak siyasi nedenlerden ötürü bir yabancı tarafından girilen bireysel ya da ortaklaşa zorbalıkta, kendisine özgü bazı önemli şeyler hariç, onun hakkında sınır dışı etmeyle kovuşturma yapılmalı. Aynı önlemler derhal yerine getirilmesi gereken emir sonucunda yasaklanan yabancı derneklerinin Yönetim Kurulu üyeleri için de geçerlidir. Her iki halde de itirazın ve fesip davasının (sınır dışı edilmeyi, KŞ) hiç bir erteleme etkisi yoktur.

Bu zorunlu sınır dışı etme nedenlerinin yanı sıra yabancılar tarafından toplanma ve dernek kanunu yönetmenliklerinin ya da buna bağlı olarak alınan yükümlülüklerin ve verilen talimatların çiğnenmesi de sınır dışı edilmeyi beraberinde getirir.

İltica isteminde bulunanlar, sadece kamu güvenliğini ve düzenini ağır bir şekilde sarsmaları durumunda sınır dışı edilebilirler. Bu ağır sarsma nedenleri, iltica isteminde bulunanın, tekrar tekrar hapis cezası çekmesi ya da uyuşturucu madde sektöründe kriminal bir işgüzarlıkla faaliyet göstermesi hallerinde söz konusudur.

Şayet kendisi için vatanında ne idam cezası ne de insanlık onurunu çiğneyen bir muamele söz konusu değilse, bu gibi haller de yabancı vatanına da gönderilebilir. C. alternatif yok. D. masraf yok. (agy).

Bu kanunun çıkarılmasının ne CDU/CSU'ya ne de Federal Almanya'daki egemen sınıflara bir masrafı oluyor. Ancak buna karşılık bu, anti-faşistler ve demokratlar için demokratik hakların daha da sınırlandırılması, yabancı özellikle de biz Türkiyeli anti-faşist, demokrat ve komünistler için ise hayatımıza bile mal olabilir.

Gerek hükümetin gerekse de devletin diğer resmi makamlarının kendilerini "aşırı uçlara" karşılamış gibi göstermelerinde hiç bir yanlışlığa düşmemeliyiz. Aslında onlar sadece ve sadece yabancı, özellikle de Türkiyeli ilerici, demokrat ve komünist örgütlere ve bireylere karşı ve onların istedikleri ise bizim sınır dışı edilmemizdir. Nitekim yukarıda verdiğimiz örnekler bu olguyu doğrulamaktadır.

Faşistlere karşı mücadelenin talebi

Diğer yandan diyelim ki anti-faşistlere karşı saldırıya ve kışkırtmaya girişen faşistler de sınır dışı edilecek. Bunu faşist örgütlere karşı mücadelede temel bir başarı olarak değerlendirebilir miyiz? Bizce değil. Niçin? Çünkü yabancı gerici ve faşist örgütler de Alman faşist örgütleri gibi dağıtılmalı, yasaklanmalı ve katiller burada cezalandırılmalıdır. Bugün Federal Almanya'da biz anti-faşist, devrimci ve komünistlere saldırı katliama girişen yabancı faşistler burada geçerli olan kanunlara göre ceza giymelidirler. Çünkü, birincisi yabancı faşistlerin sınır dışı edilmeleri ile onların yeni saldırılara girişmeleri önlenmiş değildir. Onlar kendi ülkelerinde de katliamlarını sürdürmeye devam edeceklerdir. İkincisi ise, onların sınır dışı edilmesi cezalarını çekmeme anlamına da gelir. Genellikle sınır dışı edilen birisi kendi ülkesinde burada işlediği suç için cezalandırılmamaktadır. Hele hele yabancı gerici ve faşistlerin genellikle de faşist diktatörlüklerle yönetilen ülkelerden geldiklerini göz önünde bulundurmalıyız. Bu da bu faşist katillerin kendi ülkelerinde cezalandırılmayacağı, hatta yeni saldırılara bulunmaları için teşvik edilebilecekleri anlamına gelir. Buna karşılık biz ise bu faşist katillerin burada işledikleri bir suçun cezasını çekmeleri için sınır dışı edilmeleri durumunda hiç bir etki yapamayacağız, ya da doğrusu etki yapma imkanlarımız alabildiğince sınırlanmış olur. Ancak biz yabancı anti-faşistlerin ve komünistlerin sınır dışı edilmesinde durum tamamen değişir.

Batı Almanya'da yabancı anti-faşistlerin ve komünistlerin sınır dışı edilmesinin korkunç bir geleneği vardır. Örneğin bunlar arasında bilinen büyük

saldırıları ortaya koyduk. Federal Almanya'da "fazla yabancıların, özellikle Türkiyelilerin olduğu" şimdi yeni başbakanın da söylediğini belirttik. Yazımızın son bölümünde ise yabancılar kanununun sertleştirilmesi planını ve buna karşı direnişin örgütlenmesinin gerekliliğini ele alacağız.

olaylardan biri İranlı demokrat ve devrimcilerin Şah rejiminin cellatlarına teslim edilmeleridir. Aynı dönemde hayatları tehlikeye olan bazı anti-faşistlerin sınır dışı edilmelerini ise düzenlenen geniş dayanışma eylemleri önledi. Aynı şekilde bunun için Franko faşist rejiminin cellatlarına teslim edilen FRAP üyesi devrimcileri de gösterebiliriz. Bunların büyük çoğunluğunu idam kararları bekliyordu.

Ancak şimdi sınır dışı edilmenin hızlandırılması dayanışma eylemi sonucunda burada kalmanın mümkün olabileceğini de zorlaştırmaktadır.

İşte bunun içindir ki CDU/CSU "derhal sınır dışı etmekten" bahsediyor. Ve bundan sadece "zorbacı eylemlere karşı yabancılar" değil, aynı zamanda "toplama ve dernek kanununu çiğneyen" her yabancı etkilenmektedir. Örneğin yürüyüşlerde polis keyfice koyduğu yükümlülükler derhal uyulmadığında da toplama kanununa karşı gelmiş oluyorsun. Görüldüğü gibi CDU/CSU biz yabancıların her türlü siyasi özgürlüğünü tasfiye etmek istiyor. Çünkü yabancı anti-faşist ve devrimci örgütlerin, her şeyden önce yabancı işçiler arasında "ajitasyon faaliyeti" sürdürerek, onları hakları için mücadeleye seferber etmeleri, ya da ilerici dernekler kurmalarını

bugün herhangi bir olayda yer alan bir yabancı hemen sınır dışı etmek mümkün değil, bunun için ilk önce duruşma yapılması ve suçlu ispatlanması lazım. İşte bugün CDU/CSU'nun istemediği de budur. Bunun için de CDU/CSU kanun tasarısında şunları yazıyor: "Yaşanan deneyimler siyasi eğilimli zorbalara karşı ceza davalarının, ispat göstermenin zorluğundan dolayı özellikle uzun sürdüğünü ortaya koyuyor, böylece bu, devletin yabancılar hukukuna göre gerekli önlemleri derhal almasını zorlaştırıyor ya da tamamen engelliyor. Ne vakti derhal sınır dışı etme güçlü zorbalı korkutabilir (...)"

İster suçlu isterse de suçsuz olsun, o bir olayda kendisini savunmak için mi yoksa saldırı için mi yer aldı; bunların hiç biri önemli değil CDU/CSU için. Onlar için bir yabancı suçsuzluğunun ispatlanması gereksiz ve bürokratik bir engeli teşkil ediyor. Çünkü yabancı—tabi ki söz konusu olan anti-faşist ve devrimciler—suçlu olduğunu her olayda ispatlamak zor olacak. O halde bir eylemde yer alan yabancıyı en kısa yoldan sınır dışı etmek lazım! Bir kere yabancı sınır dışı edildikten sonra buraya geri gelmesi oldukça zor. Böylece sözüm ona "hukuk devletinin" en son maskesi de düşmüş oluyor.



Hükümetin yabancı düşmanı politikasına karşı mücadele etmek yerli ve yabancı işçilerin ortak bir görevi olmalı.

CDU/CSU'nun işine gelmiyor. Örneğin bu konuda CDU/CSU şöyle diyor: "Yabancı aşırı siyasi gruplar (...) dernekler kurmakla Federal Almanya'da sağlam örgütsel ve maddi bir temel yarattı ve bunun sonucunda onların tehlikeleri alabildiğince arttı"

CDU/CSU'nun yabancı gruplar arasında kastettiği ilkin biz Türkiyeli anti-faşistleri ve devrimcilerin kurduğu derneklerdir. Ancak Birlik Partileri (CDU/CSU) bunları yasaklamak için mevcut gerici Yalılı katlika görmüyorlar, çünkü bu yabancılar karşı derhal sert önlemler alabilmelerinin önüne henüz bazı kısmi hukuki engeller çıkıyor. Örneğin

Bugün CDU/CSU Hükümeti'nin yapmak istediğini Türkiye özelinde ele alacak olursak, bu nitekim Türkiye'deki faşist cuntanın da işine yararmaktadır. Faşist cunta "oradaki teröristleri gönderin de işine bakalım, başınıza bela olur" diye barbar bağırıyordu ve bağırma. Aynı sözleri cuntanın borazanı Tercüman, Hürriyet ve Milliyet gibi faşist ve gerici basın Kohl Hükümeti'nin başa gelmesinin hemen ardından tekrarladılar, üstelikte tam bir sevinç duyusuydu. Bunu Kohl Hükümeti "yabancı aşırı grupları sınır dışı etmek istiyor" vs. şeklinde ifade etti. Böylece cuntaya dostluğunu

gizlemeyen CDU/CSU Federal Almanya'daki Türkiyeli anti-faşistleri, demokratları ve devrimcileri sınır dışı etmenin yollarını arıyor. Yeni hükümetin başta olması demek biz yabancılar üzerinde saldırıların daha da yoğunlaşacağı demektir.

Mücadeleyi örgütlemeliyiz!

Bu yazı dizimizle koalisyon anlaşmalarında yer alan yeni hükümetin yabancılar politikasının kapsamını ne olduğunu ve bugün koalisyon ortakları arasında yapılan anlaşmalarda henüz net bir şekilde açıklanmamış, yabancılar kanununun sertleştirilmesi noktasını CDU/CSU'nun şimdiye değin ortaya koyduğu görüşler doğrultusunda değerlendirmeye çalıştık. Hiç kuşkusuz bugün yabancılar politikasının şu ya da bu bölümünün sertleştirilmesi için esas etkeni FDP değil, tam tersine CDU/CSU oluşturuyor. Örneğin ailelerin birleştirilmesi konusunda basında CDU/CSU ve FDP arasında bir takım görüş ayrılıklarının olduğu ileri sürülüyse de, burada belirleyici rolü CDU/CSU oynadı ve oynuyor. Ayrıca bugün İçişleri Politikası için bir FDP'li Baum değil, büyük bir kışkırtmacı olan CSU'lu Zimmermann sorumludur. Bu ise rotasını acımasızca gerçekleştirmek istiyor. Tabi ki mücadelenin düzeyine göre bazı taktiklere başvurmaktan kaçınmayacaktır.

CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti bir yandan Almanya'daki tüm demokratik hakları tasfiye etmek isterken, diğer yandan ise buna bağlı olarak yabancılar politikasını daha da sertleştirme amacını güdüyor. Ayrıca bu bölümdeki çizgisini gerçekleştirmesi için pek büyük taktiklere bile başvurmaya gerek yok.

Bu yazımızın amacı şimdiye değin SPD Hükümeti'nin izlediği yabancı düşmanı politikayı ele almak değildir. Gerçekten buna yer verecek olsaydık, bu birincisi yazımızın kapsamını aşardı, ikincisini ise bugünkü tehlikenin esas itibarıyla hangi yönden geldiğinin anlaşılmasını zorlaştırırdı. Hiç kuşkusuz bugün çeşitli eyaletlerde ve merkezi alanda bazı SPD temsilcileri de yabancı düşmanlığını körüklemeye devam ediyorlar. Örneğin Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti'nden bazı SPD temsilcilerinin yaptıkları gibi. Şüphesiz ki onların yabancı düşmanı politikası mahkum edilmelidir.

Bu dizimizde özellikle sık sık sözünü ettiğimiz "dönüşümün" yabancılar politikasında da hissedilir olduğunu ortaya koymaya çalıştık. Örneğin bu politikayla devletin faşistleştirilmesi daha da hızlandırılmaktadır. Bu durumda CDU/CSU hükümetinin rotasını reddeden tüm siyasi güçler her türlü mücadele metoduna başvurarak cephe almalıdırlar. Biz komünistler olarak kendi payımıza düşeni yerine getirmeliyiz.

Şurası tartışma götürmez bir gerçektir ki, CDU/CSU hükümetinin toplumsal yaşamın her alanındaki saldırılarına karşı durmak yerli ve yabancı işçilerin ortak mücadelesinin bir ürünü olmalıdır. Ve gericiğin saldırılarının püskürtülmesinin ve mevzilerinin korunmasının gerektiğini kavrayan her sınıf bilinçli ve devrimci yabancı işçiyi partimizin, KPD'nin saflarına kazanmalıyız. Çünkü aynı sınıfın halkalarını oluşturan yerli ve yabancı işçilerin en ileri ve sınıf bilinçlileri tek bir komünist partisinin safında birleştikleri oranca hem demokratik haklarını savunabilir hem de sosyal kurtuluş mücadelesinde başarılar kaydedebilirler.

Bursların kısıtlanmasına karşı 4 Aralık'ta yürüyüş yapılacaktır

“Eğitim, zenginlerin bir imtiyazı olmamalı!”

Federal Hükümet Orta ve Yüksek okul öğrencilerinin eğitim yardımlarının çok etkili bir şekilde kısıtlanmasını kararlaştırdı. Bunun üzerine Birleşik Alman Öğrenci Kolları (VDS) ve Eyalet Öğrenci Temsilcilikleri Konferansı 4 Aralık'ta Bonn'da bir merkezi yürüyüşün yapılması için çağrı yaptılar. Eğitim ve Bilim Sendikası GEW ve DGB Merkezi Gençlik Kurulu bu eylemi desteklemekteler.

Kohl Hükümeti başa gelir gelmez, eğitim dalında son yıllarda mücadele sonucunda yapılan tüm reformları kısa zaman zarfında tasfiye etmek istiyor. Bu saldırı halkasının önemli bir bölümünü bursların kaldırılması oluşturuyor. Burs alma hakkının kazanılması sonucunda 1960 yılında yüksek öğrenim yapan işçi çocuklarının sayısı yüzde altı civarında olurken, bugün yüzde 14'e yükselmiş durumdadır.

Kohl Kabinesi'nin aldığı yeni karara göre orta dereceli okullara giden yerli ve yabancı öğrencilere bursların sadece “ev ile okul arasında oldukça büyük bir mesafe” olması halinde verilmesi öngörülmektedir. Bu da burs alan öğrencilerin sayılarının alabildiğince azalacağı demektir. Şu an yapılan ilk tahminlere göre bu, 520 bin burs alan yerli ve yabancı öğrenciden

gelecekte sadece 70 binin burs alma hakkı olacağı anlamına taşır.

Yeni Hükümet'in aldığı bu kararın kimi etkilediği çok açık. Şimdiye kadar burs alan öğrencilerin ebeveynlerinin yüzde 75'inin toplam olarak 2000 Mark'ın altında net bir geliri olurken, yüzde 40'ının ise ayda 1500 Mark'ın daha az net bir para eline geçmektedir.

CDU/CSU-FDP Hükümeti'nin aldığı bu kararlar yerli ve yabancı işçileri ve emekçi halkı etkilemektedir. Tüm diğer alanlardaki kısıtlamaları göz ardı edecek olsak bile, bu karar işçi ailelerinin gelecekte çocuklarının eğitim masraflarını karşı-

layamayacakları anlamına gelir.

Hükümetin bu kararı aynı zaman şu an meslek okullarına ya da liseye giden öğrencilerin büyük çoğunluğunun zaten çok az olan çirak yeri aramak zorunda bırakılacağı demektir. Ayrıca şimdiye değin 12 ay ödenen öğrenci bursları gelecekte sadece 11 ay verilecek.

Yüksek okul öğrencileri için ise şimdiye değin hemen hemen karşılıksız verilen burslar önümüzdeki ders yılından itibaren sadece kredi olarak verilecek. Şimdiye değin bursun sadece yüzde 23'ü kredi olarak veriliyordu. Böylece gelecekte dar gelirli bir aile çocuğunun yüksek öğrenim görmesi alabildiğince zorlaşacağı gibi, öğreniminin sonunda binlerce Mark borç geri ödemek zorunda kalacaktır. Ki babalarından devralacakları bir işletmesi olmayan ve işsiz kalma tehlikesi ile başbaşa olan yüksek okul öğrencilerinin büyük çoğunluğunun bugün bu rizikoyu göz almalari mümkün değildir.

Zaten gericiliğin bu kararla amaçladığı da budur. Çünkü Bonn'daki koyu gericilik eğitime yönelik kararı ile sadece yerli ve yabancı emekçilerin ve çocuklarının ceplerinden bir kaç milyar Mark talan ederek silahlanmaya yatırmayı ve tekellere vermeyi değil, aynı zamanda eğitim politikasında tamamen değişik bir rota izlemeyi amaçlıyor. Son CDU Kongresi'nde bu konuda şunlar söylendi: “CDU seçme öğrencilerin sınırsızca teşvik edilmesini uygun görüyor.”

Ve seçilecek olan öğrenci takımı hiç kuşkusuz egemen sınıfın damgasını üzerinde taşımaktadır. Bu kararla emekçilerin çocuklarına yüksek okul ve üniversite kapıları tamamen kapatılmak ve eğitim görme sadece zenginlerin bir imtiyazı haline getirilmek isteniyor.

4 Aralık'ta merkezi bir yürüyüşe çağrı yapan VDS ve Öğrenci Temsilciliklerinin bildirimlerinde şöyle denmekte: “Eğitim politikasındaki gerici dönüşüme karşı durmak, yüksek ve orta okul öğrencilerinin, sendikaların ortak çıkarıdır. Tutucu değerlendirme ideolojisi ile akademik sınıf ruhunun ve yaltaklanmanın üniversitelerde yeniden gerçekleştirilmesi sendikalar için önemsiz olamaz. Yüksek okul öğrencilerinin büyük çoğunluğunu düşük bir işte çalışma perspektifi bekliyor. Bunun için laboratuvardaki, sınıftaki, plan tahtasındaki ya da büro-

daki arkadaşlarla dayanışmacı bir tutum içine girmeyi eğiten bir eğitimi savunuyoruz. Bunun için yüksek ve orta okul öğrencilerinin ve sendikaların ortaklaşa adım atmaları gereklidir. Taleplerimiz:

- ★ Öğrenciler için bursların kaldırılmasına hayır!
- ★ Yüksek okul öğrenci burslarının tamamen krediye dönüştürülmesine hayır!
- ★ Eğitim dalında daha fazla

sosyal olmayan tasarruf önlemleri ile kısıtlama yapılmamalıdır!

Biz, sendikali arkadaşları, yüksek okul öğrencilerini, profesörleri, öğrencileri, ebeveynleri ve öğretmenleri merkezi yürüyüşe katılmaya çağırıyoruz! Eğitim zenginlerin bir imtiyazı olmamalı!”

(„4. Dezember: Demonstration gegen Bafög-Kahlschlag“)

HAFTANIN YORUMU

VW otomobillerinin yapıldığı şehir olan Wolfsburg'ta yakın geçmişte bir “Türk-Alman Dostluk Grubu” toplandı. Bu gruba kaba bir şekilde bakıldığında yabancı düşmanlığına karşı bir komiteymiş gibi görünümü yaratıyordu. Ancak aristokrat oteli “Holiday Inn”de toplanan bu grupta Volkswagen patronu Hahn'ın ve Bonn'daki Ekonomik Ortaklaşa Çalışma Bakanlığının yeni müsteşarı Volkmar Köhler'in de yer alması meselelerin tuhaf yanını ortaya koyuyordu.

Ne varki bu yanlış anlaşılmanın hepsi kısa sürede bertaraf edildi. Çünkü bu toplantıya VW patronunun da katılması toplantının neye yönelik olduğunu gösteriyordu. Toplantıya katılanlar faşist cuntanın diplomatları ve onun Alman dostlarıydı. Onlar 7 Kasım 1982 Pazar günü Türkiye'de faşist cunta tarafından halk oylamasına sunulan yeni Anayasa'yı kutluyordular. Ve Bonn Devlet Müsteşarı ise bu Anayasa'yı “Demokrasiye geçiş için yeni bir başlangıç” olarak niteledi.

Hiç şüphesizki şimdi söylenen bu sözler gelecekte daha da sık tekrarlanacaktır. İsimleri ister Schmidt, Matthöfer, isterse de bugünkü yeni Bakanlar olsun, Bonn'daki baylar işkenceci generallere olan ilgilerini hiç bir zaman gizlemediler. Fakat buna rağmen hiç bir güçle karşılaşmadan Türkiye yardımını sürdürmediler. Bonn'un Türkiye Yardımı'na karşı yoğun protestolar sürdürüldü. Ve bunun sonucunda faşist cuntayı destekleyen Batı Alman hükümeti yardımlarını açıktan açığa sürdüremez hale geldi.

Türkiye'de yeni Anayasa :

“Demokrasiye geçiş için yeni bir başlangıç” mı?

Ancak şimdi beşli çetenin başı Evren yeni Anayasa'sı ile onlara yardıma koştu. “Anayasa mı?” Bu gerçekten demokratik bir şeymiş gibi izlenim vermektedir. Faşist cuntanın yasallaştırılmasından başka hiç bir anlam taşımayan bu yeni Anayasa'nın “oylanmasından” sonra Bonn'daki baylar bunu bize demokrasiye geçişin adımı olarak satmaya çalışıyorlar. Bu kanlı faşist rejim genel seçimlerin de yapılacağını açıklarsa, o zaman Bonn'daki baylar demokrasiye geçişin kesin bir yönelim kazandığını söylemekten geri kalmayacaklardır. Bundan ötürü de onlar bu geçişi kolaylaştırmak için “Türkiye Yardımı'nı artırmalıyız” diyorlar.

Cuntaya sağladıkları desteklerini Türkiye'de demokrasiye geçişin hızlandırılması olarak bize satmaya çalışan Bonn'daki baylar yeni Anayasa'nın içeriği üzerine bir tek kelime dahi bahsetmemekteler. Çünkü bu yeni Anayasa'ya kaba bir bakış bile, bunun faşist diktatörlüğün sürekli kılmak ve ona resmi bir görünüm vermek olduğunu göstermektedir.

Faşist generallerin tam bir özenle hazırlattıkları bu yeni Anayasa'da her türlü yetki Cumhurbaşkanına verilmektedir. O, toplumsal yaşamda önemli olan her şeyin gidişatını belirleme hakkına sahiptir. Örneğin hükümet başkanını, bakanları, en yüksek hakimleri, üniversite rektörlerini, Merkez Bankası Müdürünü, Televizyon ve Radyo müdürlerini atama yetkisini elinde bulundurmaktadır. O, gerekli gördüğü takdirde sıkı yönetim ilan ederek parlamentoyu tasfiye eder, beğenmediği bir hükümeti değiştirir vs.

İşte tüm bu sınırsız yetkileri elinde bulunduracak Cumhurbaşkanı ise beşli çetenin başı olan Kenan Evren'dir. Şimdi o “yedi yıllığına seçilmiş” oldu. Yedi yıl sonra ise gelişmenin hangi yönde olacağı o zaman belirlenecek. Bu Anayasa'da siyasi partilerin hiç bir hakkı yok. Eğer onlar bir “sınıf iktidarını kurmayı” hedefliyorlarsa — ki bu reformist güçlere bile maledilmektedir — o zaman bunlar kısa yoldan yasaklanmaktadır. Sendika sorununda ise yeni Cumhurbaşkanı faşist Kenan Evren Polonyalı meslektaşları Jaruzelski'den öğrenmiş olmalı. O, sendikaları — tabi ki kastedilen faşist Türk-İş'tir — yasal olarak var olmalarına izin veriyor, ancak bunların toplu sözleşme, ücretlerin ve iş saatlerinin belirlenmesi gibi “çetrefil” işlerle uğraşmalarını istiyor. Bu gibi şeyleri yeni Anayasa'ya göre Yüksek Hakem Kurulu belirleyecek. Peki bu kurulu kim seçecek? Eh, bu Evren'den başka kim olabilir ki! Ayrıca sendikaların siyaset yapmaları da yasaklanmıştır.

Demek ki faşist cuntanın yeni Anayasasını yakından incelediğimizde bunun, onların Anayasa'nın arkasına gizlenerek her türlü muhalefeti yok etmek için kanlı eserlerini gerçekleştirmeden başka bir şey olmadığını görürüz. Cuntanın bu Anayasası Türkiye işçi sınıfı, emekçi halkı, Kürt ulusu ve diğer azınlık milliyetler üzerinde kölelik zincirinin yasallaştırılmasından başka hiç bir şey değildir. İşte bu da faşist cuntanın, başını ABD'nin çektiği NATO merkezlerinden aldıkları talimattı.

Faşist cuntanın yeni Anayasa oyununun gerçek yüzünü sergilemeliyiz. Hele hele bundan hareketle CDU/CSU Hükümeti'nin cuntaya yardımlarını genişletmeye yönelik adım atacağını da göz önünde bulundurmalıyız. Bu da cuntaya verilen her türlü yardımın durdurulması için protestolarımızı daha yükseltmemiz gerektiği anlamına gelir.

KISA...

KISA...

KISA...

KISA...

Noel ikramiyesinin kısıtlanmasına karşı uyarı grevi

Nürnberg Kabelmetall-Messing işletme yönetimi Noel ikramiyesinin kısıtlanmasını kararlaştırması üzerine 300 işçi ve memur kendiliğinden işi bırakarak uyarı grevine gitti. İş bırakan işçiler bir protesto mitingi yapmak üzere işletmenin giriş kapısının önünde toplandılar.

İşçilerin yaptıkları uyarı grevi aynı zamanda belirli bir zaman sonra işletmenin tamamen kapatılması planını da hedefliyordu.

İşyerlerinin yok edilmesine karşı eylemler

Belçika Union-Chemie (UCB) tekeline ait olan Wuppertal'daki Bremberg-Folien işletmesi, işyerini kapatacağını açıkladı. Bunun üzerine işverenin planını protesto etmek amacıyla işçiler bir yürüyüş düzenlediler. İşletmenin kapatılması durumunda 300 işçi arkadaş işyerini kaybetmektedir.

Giebelstadt'taki plastik pencere yapımcısı Heha-Plast üretleri kısıtlayacağını ve 39 işçinin çıkışını vereceğini açıkladı. Patronun bu planını protesto etmek amacıyla işçiler uyarı grevine gittiler.

Opel patronları yüzlerce işyerini yok etmeyi planlıyorlar

Gelecekte izleyeceği personal politikasını belirlemek için Opel tekeli Yönetim Kurulu, İspanya'nın Saragossa şehrinde bir gizli oturum yaptı. Bu oturumda alınan kararlar üzerine ayrıntılı haber basına sızmamasına rağmen, patronların Bochum'daki, Rüsselsheim ve Kaiserslautern'deki Opel işletmelerinde yoğun bir şekilde

işyerlerini yok etmeyi planladıkları kesin olan bir şeydir.

Bunun yanı sıra gelecek yıl kısa çalışma yapılması gündemde ki, kısa çalışanların ücretlerinin denkleştirilmesi tamamen reddedilmektedir. Opel'de böylesi bir gelişmenin olacağı uzun zamandan beri belliydi. Örneğin Opel patronlarının rasyonalleştirmeye gitmeleri (önümüzdeki yıllarda 2000 robot

Çelik konferansının yapılması talep edildi

Hattingen'deki Thyssen-Heinrichshütte'de çalışan IGM işçi, sendika ve gençlik temsilcileri IG Metall Yönetim Kurulu'na gönderdikleri bir mektupta, Thyssen tekelinin planladığı toplu çıkışlara karşı direnişi sürdüreceklerini vurgulamaktalar.

Thyssen Yönetim Kurulu, tekele ait olan tüm işletmelerde gelecek yıllarda toptan çıkış veremiyor. Şu an her ay, tek tek işletmelerde 29 arkadaşın çıkışının verilmesi planlanmış durumdadır. Thyssen'de şu an çalışan memurların sayısını

Saarbrücken'de ARBED'e ait bir işletme işgal edildi.

ARBED tekeline ait olan tel halat üretiminin yapıldığı Georg Hecke işletmesinde 220 işçi arkadaşın çıkışının verileceği açıklanınca, işçi arkadaşlar geçen hafta perşembe günü toptan işletmeyi işgal ettiler.

ARBED patronları yazın tel halat üretimini tamamen durdurma, ya da üretimi Köln'e taşıma planını açıkladığında işçiler buna karşı protesto eylemi düzenlemiştiler. O zaman IGM sendika ve işçi temsilcileri açık grevi yapmıştilar.

Yapılan bu açık grevi başarıyla sona erdi. ARBED tekele, IGM, işçi temsilciliği ve eyalet hükümeti arasında Burbach'taki üretimin sürdürülmesini, ya da bunun durdurulması durumunda yerine 220 işyerinin açılmasını öngören bir anlaşma yapıldı.

Ne yazık ki, işçi arkadaşlar geçen hafta gazeteden işyerlerinin gelecek yıl büyük olasılıkla kapatılacağını ve bunun

fabrikaya yerleştirilmek isteniyor ya da üretimin bir kısmının ücretlerin düşük olduğu ülkelere taşınması vs. bu yönde bir gelişmenin olacağı haberini veriyordu.

Bundan ötürü Opel işçileri patronun tüm planlarını açıklaması için derhal her işyeri toplantısının yapılmasını talep ediyorlar.

Bunun için Heinrichshütte'de çalışan IG Metall elemanları, sendikalarından “Demir-Çelik sanayisinde işyerlerinin yok edilmesini önlemek amacıyla bir planın hazırlanması için çok acilen bir çelik konferansı yapmasını” talep ediyorlar.

Bunun için Heinrichshütte'de çalışan IG Metall elemanları, sendikalarından “Demir-Çelik sanayisinde işyerlerinin yok edilmesini önlemek amacıyla bir planın hazırlanması için çok acilen bir çelik konferansı yapmasını” talep ediyorlar.

yerine yedek işyerlerinin açılmasının düşünüldüğü haberini okudular.

Bunun üzerine geçen hafta yapılan bir işyeri toplantısında ARBED temsilcileri işçileri mücadeleden alıkoymak için henüz hiç bir kararın alınmadığını sahtece açıkladılar.

Ancak işçiler bu sahte açıklamaya kanmayarak işyerini işgal etmeyi kararlaştırdılar. Tam saati saatine sürdürülen işgali kırmak için işletme yönetimi işyerinde çalışanların, özellikle işgalcilerin ailelerinin içeri girmesini yasakladı. Ama bu yasağa rağmen içeriye girilebildi.

Heckel işçilerinin işgal eylemi süresizdir. İşçi temsilciliği Başkanı Gard, işçi arkadaşların daha önce yapılan anlaşmaya patron uyuncaya dek işgali “gerekirse Noel tatilinden sonraya” kadar sürdüreceklerini açıkladı.



Bu hafta TV'de

14 Kasım, Pazar
Saat 21.10, ARD
Holocaust. Amerikan televizyon dramaturjisinin araç ve gereçleri ile çevrilen bu filmde Hitler Almanyası'nda bir Yahudi ailesinin başından geçen olaylar konu edilmektedir. Üç yıl önce gösterilen bu film o zaman hem Hitler faşistlerinin saldırısına uğrayanlarda hem de seyircilerde büyük tepkilere yol açmıştı. Hiç kuşkusuz bunun Hitler faşist diktatörlüğünün yakından incelenmesine küçümsemeyecek bir katkısı oldu. Dört bölümden oluşan bu dizinin birinci bölümünü ARD tekrardan gösteriyor.

15 Kasım, Pazartesi
Saat 21.15, ARD
Kanlı yaz. Ulrich Kienzle bu filmde İsrail siyonistlerinin yakıp yıktıkları Lübnan'ın başkenti Beyrut'u gösteriyor.

16 Kasım, Salı
Saat 21.45, ARD
Holocaust. Yahudi ailesinin Hitler Almanyası'nda başından geçenleri anlatan dizinin 2. bölümü.

17 Kasım, Çarşamba
Saat 20.15 ARD
Holocaust. Dizin 3. bölümü.

17 Kasım, Çarşamba
Saat 22.05, NDR 3
Bay Klein. Joseph Losey bu filmde, Nazilerin işgal ettikleri Paris'te Yahudilerin içinde bulundukları durumdan faydalanan ve sonra kendisi de faşistlerin kara listesine alınan bir antikacının başından geçenleri konu ediyor.